

Neuordnung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen 1918–1926

I. Ursprünge der deutsch-russischen Handelsbeziehungen

Ausgangspunkt Vorkriegshandel: Handelsvertrag vom 10. Februar 1894

Warum Vertrag?

Wichtigste Regelungen²

(Art. 1)

Grundsatz der Gleichstellung der Angehörigen des fremden Staates mit den Einheimischen in Bezug auf Handel- und Gewerbebetrieb
Zusicherung der Meistbegünstigung und mit der Maßgabe, dass die Landesgesetze auf die Fremden Anwendung finden sollen. Hierzu ist im Schlussprotokoll die Meistbegünstigung noch ausdrücklich hinsichtlich des Passwesens ausbedungen.

(Art. 5)

Verpflichtung, von Ausfuhr- und Einfuhrverboten im allgemeinen Abstand zu nehmen, sowie den Transitverkehr zuzulassen (außer Artikel, die „Gegenstand eines Staatsmonopols“ bilden, desgleichen im Interesse der Gesundheits- und der Veterinärpolizei, ferner der öffentlichen Sicherheit oder aus anderen schwerwiegenden Gründen

(Art. 6)

Sicherung den Handelsgütern (landwirtschaftlich wie gewerblicher Art) generell die Meistbegünstigung hinsichtlich der Zollbehandlung, inkl. des Verkehrs in zollamtlichen Niederlagen und des Wiederausfuhr- und Transitverkehrs.

Laufzeit: 10 Jahre

1904: Vertragserneuerung³

¹ д.и.н., проф. Университета им. братьев Люмьер, Лион (Франция)

² <http://www.lexikus.de/bibliothek/Die-Entwicklung-der-deutsch-russischen-Handelsbeziehungen/Der-Deutsch-russische-Handels-und-Schiffahrtsvertrag-vom-10-Februar-1894> (=Lehrfreund, Ludwig: Die Entwicklung der Deutsch-Russischen Handelsbeziehungen (Tübingen, Staatswiss. Diss. v. 21. Juli 1920), Leipzig 1921.)

³ <http://www.lexikus.de/bibliothek/Die-Entwicklung-der-deutsch-russischen-Handelsbeziehungen/Der-Zusatzvertrag-von-1904-zum-Deutsch-russischen-Handelsvertrag-von-1894?ref=vor>

Geraume Zeit schon vor Ablauf des deutsch-russischen Handels-Vertrages von 1894 trafen sowohl die deutsche als auch die russische Regierung umfassende Vorbereitungen zu seiner Erneuerung. Diese Vorbereitungen gipfelten bei beiden Staaten in der Aufstellung von neuen bedeutend erhöhten Zolltarifen, die die Grundlage für die künftigen Verhandlungen bilden und denjenigen Staaten gegenüber in Anwendung gebracht werden sollten, mit denen ein Vertrags-Verhältnis nicht zustande kommen würde. Die hohen Zollsätze dieser Tarife stellten also gewissermaßen Trümpfe dar, die erst im Verlaufe der Verhandlungen nach Maßgabe der gegenseitigen Zugeständnisse ausgespielt werden sollten.

Volumen des deutsch-russischen Vorkriegshandels⁴

- Höhepunkt vor Vertragsabschluss: **1890** mit 522 Millionen Mark in der Einfuhr aus Russland und 183 Millionen Mark in der Ausfuhr nach Russland
- Steigerung in der Vertragslaufzeit:
1898 Einfuhr 736 Millionen Mark – Ausfuhr 304 Millionen Mark
Höhepunkt in der Einfuhr **1911** mit 1634 Millionen Mark, in der Ausfuhr **1913** mit 880 Millionen Mark (S. 33)

Problematik der Umsetzung:⁵

- (Staats-)Eingriffe wie Ausfuhrverbote, Einfuhrsperrn
- Nichtzulassung bzw. Behinderung der Zulassung russischer Anleihen u.a. Wertpapiere auf dem deutschen Markt
- Beiderseitiges plötzliches Rückziehen erheblicher Geldmittel aus dem Nachbarstaat, d.i. Störung der Zahlungsabwicklung
- Wirkung der vorhandenen politischen Spannungen auf die Abwicklung des Handels
- Ressentiments, von einem Teil des Reichsamts des Inneren (das das Wirtschaftsamt beherbergte) und breiten Geschäftskreisen mitgetragen

Hieraus abzuleiten ist:

- Handel erfordert Vertrauen, gegenseitiges Kennen > Vertragsdurchsetzung
Grundlagen – insbesondere auch zeitgenössisch betrachtet – war häufig eine kulturelle Annäherung bzw. ein kulturelles Verständnis

⁴ Bericht über die Verhandlungen im Deutsch-russischen Wirtschaftsausschuss bestehend aus dem Deutsch-Russischen Verein zur Pflege und Förderung der gegenseitigen Handelsbeziehungen, E. V., Berlin, und dem Verein der Fabrikanten und -Exporteure für den Handel mit Rußland, E. V., Remscheid, am Sonnabend, den 16. Juni 1917, Berlin, S. 33.

⁵ Lemke, Heinz: Einleitung, in: Ders. (Hrsg.): Deutsch-russische Wirtschaftsbeziehungen 1906–1914, Berlin 1991, S. 9 [ganz S. 9–19]

- Handel bedarf einer Finanzierung > Notwendigkeit der monetären Abwicklung (Devisentausch) bzw. der Finanzierung von Bestellungen

Organisationen zur Förderung des Russlandhandels

- Deutsch-Russischer Verein zur Pflege und Förderung der gegenseitigen Handelsbeziehungen, Berlin (gegr. 1899)
- Verein der Fabrikanten und Exporteure für den Handel mit Russland, Remscheid (gegr. 1906)

II. Einschnitt des Ersten Weltkriegs

Mit Kriegsausbruch war Russland zum Feindstaat geworden, sodass der Handel mit Deutschland fast vollständig zum Erliegen kam.

Situation der im Außenhandel mit Russland tätigen Unternehmen:
Zahlreiche Firmen, deren Geschäfte sich stark auf den Außenhandel mit Russland stützten, sahen sich mit finanziellen Schwierigkeiten konfrontiert, weil sie ihre Waren nicht mehr nach Russland ausführen bzw. Güter von dort importieren konnten. In Eingaben und Petitionen an die zuständigen Reichsministerien und die preußische Regierung gaben sie an, sich dadurch in einer finanziellen Notlage zu befinden. Jedoch erhielten sie (bis Dez. 1914) keine konkreten Hilfen (Reichsbürokratie verwies auf die Zeit nach dem Krieg).⁶

„Dieses Verhalten werteten die Exporteure im Russlandgeschäft und ihre Standesvertretung als Fanal zum Mittel der Selbsthilfe zu greifen.“ (H. Wixforth, 2015, S. 414) – diese Einschätzung lässt erkennen, wie stark die Unternehmen – insbesondere in der ersten Hälfte des Krieges – auf Selbstbehauptung setzten (wie an anderer Stelle von Gerald Feldman gezeigt)

In einem Akt der „Selbsthilfe“ wurde aus dem Umfeld des Remscheider Vereins im Dezember 1914 eine deutsch-russischen Kriegskreditbank (angesichts des Umstandes, dass 200 Firmen aus der deutschen Exportwirtschaft offene Forderungen an russische Geschäftspartner in Höhe von mehr als 200 Millionen Mark besaßen) – allein blieb das Inkasso ungeklärt.⁷

⁶ Wixforth, Harald: Instrumente der Kriegswirtschaft oder der wirtschaftlichen Selbsthilfe – Die Kriegskreditbanken 1914–1918, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2015/2, S. 414 [ganz: 389–419]

⁷ Wixforth, S. 415.

Kennzeichen des Instituts (seltenes Modell einer Kriegskreditbank)

Gründung in Form einer Aktiengesellschaft (Einleger: deutsche Exportfirmen und in erster Linie deutsche Exportfirmen und Unternehmen, die in Russland Zweigstellen hatten) > Geschäft sollte zeitlich befristet bleiben. Bei Normalisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse nach Kriegsende, wenn wieder genügend Betriebsmittel zur Verfügung standen, sollte die Bank ihr Geschäft einstellen.⁸

Unternehmern und Exporteuren sollte das Institut Kredite zur Verfügung stellen, wobei diese ihr im Gegenzug ihre Forderungen abtreten mussten, die sie gegen russische Geschäftspartner besaßen.⁹

Nach längeren Vorarbeiten nahm die Bank Mitte Juni 1915 ihr operatives Geschäft auf.

- 1) Schwierig, Einleger zu finden.
- 2) Inkasso erwies sich ebenso als schwierig: Beauftragung einer Firma aus dem neutralen Schweden, doch gelang die Eintreibung der fälligen Beträge nur ansatzweise. 1915 nahmen nur 72 Firmen Kredite in einem Gesamtvolumen von 1,35 Millionen Mark in Anspruch.¹⁰

Angesichts der massiven Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in Russland 1916 und 1917 kamen die Handelsbeziehungen mit dem Kaiserreich fast vollständig zum Erliegen, so dass sich auch das operative Geschäft des Instituts deutlich verringerte. Mit den revolutionären Umwälzungen im Zarenreich im Frühjahr und im Herbst 1917 wurde offenkundig, dass auch die Deutsch-russische Kriegskreditbank mit ihrem Geschäftsmodell keinen Erfolg mehr hatte.¹¹

III.

III. Weichenstellungen 1917/18

(= Analyse der beiden Sitzungsprotokolle 1917 und 1918)

- 1) Ausschussgründung im Krieg
Unter Kriegsbedingungen: Gründung des deutsch-russischen Wirtschaftsausschusses als Zusammenschluss des Berliner Deutsch-russischen Vereins und des Remscheider Vereins der Fabrikanten und Exporteure
Ziel: (vereinte) Vertretung gegenüber den Reichsbehörden (eine Stelle)¹²

Vorsitz: Der erste Präsident Kommerzienrat H. Friedrichs, zugl. Erster

⁸ Wixforth, S. 415.

⁹ Verweis: Diese Funktion übernahm in den 20er Jahre der Staat – (*mit welcher Institution?*)

¹⁰ Wixforth, S. 416.

¹¹ Wixforth, S. 417 !!wörtlich.

¹² Kommerzienrat Friedrichs auf Sitzung, 1917

Vorsitzender des Dt.-russ. Vereins, Berlin; zweiter Vorsitzender:
Vorsitzender des Remscheider Vereins Syndikus Busemann

Anwesend:

- A) Vertreter des Auswärtigen Amtes, des Reichsamts des Inneren, des Ministerium für Handel und Gewerbe
- B) Reichstagsabgeordnete von vier Parteien: Zentrumspartei (politischer Katholizismus), Deutsch-Konservative Partei (Großgrundbesitzer, Adel), Fortschrittliche Volkspartei (bürgerlich-liberal), Reichs- und Freikonservative Partei (protestantisch-christlich-patriarchales Denken) = das konservative bis nationalliberale Segment der deutschen Gesellschaft
- C) 56 Körperschaften und 224 Firmen
U.a. Vertreter von Industrieverbänden Handelskammern aus Leipzig, Halle (Saale), Plauen (Vogtland, Sachsen), Darmstadt, Bromberg, Barmen-Elberfeld, Altenburg, Bergische HK Lennep (heute Remscheid)
- D) politische Lobbygruppen, insb. Geschäftsführender Ausschuß der aus Rußland ausgewiesenen Reichsdeutschen (Q1917, S. 4) sowie „Reichskommissar zur Erörterung von Gewalttätigkeiten gegen deutsche Zivilpersonen im Feindesland“ (existiert seit 1915, im Ausland tätige Firmen machen dort Entschädigungsansprüche geltend)¹³

- Junisitzung 1917 – Haltung leitender Ausschussmitglieder zu Russland / zur Kriegsführung mit Russland (politisch)
Deklamationen auf der Gründungssitzung des Dt.-russ. Wirtschaftsausschusses im Sommer 1917
Vorsitzender Kommerzienrat Friedrichs äußert sich zum Krieg
„Meine Herren! Dieser entsetzliche Krieg, der zwischen uns und der Welt seit fast drei Jahren wütet, ist vielleicht die größte Sünde gegen das Menschengeschlecht, die jemals begangen wurde, und wie ein Krieg zwischen uns und Rußland ausbrechen konnte, – da stehen wir eigentlich vor einem Rätsel.“ (S. 12)
Worte der Erklärung, wie Krieg entstand:
Der Krieg sei Ergebnis einer „künstlichen Verhetzung“ (S. 12) derjenigen, die gegen deutsche Konkurrenz auftraten. – Verfechter eines „imperialistischen Slawismus“ (die Dtl. Ansehen in Russland „verkleinern“ wollte – man habe dem russischen Volk eingeredet, Dtl. strebe nach „einer wirtschaftlichen Herrschaft über Rußland“ (S. 12)

¹³ Einführend (auch Quellenbestände des BArch: <https://artsandculture.google.com/exhibit/QQKuh-0g>)

Blick auf den Wirtschaftskontakt:

Das sei falsch: Alles, was Deutschland getan habe, sei: (a) Lieferung preisgünstiger Waren, (b) Kreditgewährung, „längere Kredite als einer anderen Nation“

(Diese Ausführungen werden in der versammelten Runde mit lebhaftem Beifall aufgenommen)

2) Junisitzung 1917 – Inhaltliche Punkte:

- Analyse des russischen Außenhandels im Krieg (Hauptquelle: Referat des Syndikus Busemann auf der Gründungssitzung)
Durch den Krieg sei der Außenhandel Russlands selbstverständlich „vollständig umgeworfen“ Einfuhrwert: + 95 %, Ausfuhrwert –62 % (vgl. Tabelle I in der Statistischen Beilage)
Andere Handelspartner: Einfuhr Russlands aus Großbritannien von 139 Millionen Rubeln 1912 auf mehr als 700 Millionen Rubel 1916
Noch stärker ist die Zunahme der Einfuhr aus den Vereinigten Staaten von Amerika; ebenso Japan und Frankreich.
- Gerangel um die Gunst Russlands: englische Kultur- und Pressepolitik - russisch-englische Handelskammer, Zusammenarbeit Rüstungsindustrie, schon vor dem Kriege ins Leben gerufene russisch-französische Handelskammer in Rußland -
„hat es an Aufrufen, Plakaten, Firmenverzeichnissen nicht fehlen lassen“ (S. 26)
„Indes weit bedrohlicher als der Wettbewerb aus Europa scheinen mir die Bemühungen der Vereinigten Staaten von Amerika und Japan.“ – USA riesige Kapitalien, geht aus dem Krieg als Handelsmacht hervor > in Moskau ist eine russisch-amerikanische Handelskammer gegründet worden, hat in New York eine Zweigstelle.
- Pariser Konferenz: Bestrebungen der feindlichen Mächte, Deutschland dauernd vom russischen Markt zu verdrängen (S. 24)
In der Tat: Im Juni 1916 tagte in Paris eine interalliierte Wirtschaftskonferenz. Die wesentlichen Entscheidungen betrafen die Verschärfung des Wirtschaftskrieges und die Diskriminierung Deutschlands im internationalen Handel über das Kriegsende hinaus.¹⁴
- Analyse der (inneren) russischen Situation
Busemann zeichnet das Bild einer inneren Krise Russlands. Diese beruhe auf:

¹⁴ Zum Kontext der Pariser Konferenz vgl. Schmidt, Heide-Irene: Wirtschaftliche Kriegsziele Englands und interalliierte Kooperation, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 29, 1981, S. 37–54.

Lücken in der Versorgung (durch Binnenhandel). Nachfrage nach vielen Waren kann nicht befriedigt werden, ob Textilwaren, ob Lederwaren oder Metalle > „überall wird Warenhunger konstatiert“ (S. 20)

Verlust des polnischen Produktionsgebiets, insb. für die Textil- Metall- und Lederindustrie (S. 20)

Russische Industrie könne wachsende Staatsnachfrage nicht befriedigen

- (Wirtschafts-) Politische Wege

Neufassung des Handelsvertrages (mit den Möglichkeiten einer

Busemann: „Je mehr die neue russische Negierung sich auf linksstehende Kreise stützt, desto weniger wird sie in der Lage sein, schutzzöllnerischen Tendenzen Vorschub zu leisten. Es ist bekannt, daß das Schutzzollsystem in Rußland keine Popularität genießt und nur in den Kreisen der Großindustriellen seine Verteidiger hat während die der Landwirtschaft nahestehenden Kreise — und diese bilden doch die große Mehrheit des Volkes — diesem System abhold sind.“

Erwartung an die neue Regierung:

„Die neue Ordnung in Rußland wird bestrebt sein, den Wohlstand der breiten Masse des Volkes zu heben, das heißt, dem Bauernstand zu helfen, aus seiner wirtschaftlich rückständigen Lage herauszukommen.“ (S. 22)

> Rolle Deutschlands: Lieferung landwirtschaftlicher Geräte, Maschinen, Werkzeuge – die die russische Industrie nicht liefern könne

ZWISCHENFAZIT (Juni 1917):

- Hoffnungen auf die neue Regierung > Abschaffung der Schutzzölle – die für deutschen (Industrie-) Exporte schädlich sind
- Gegnerschaft gegen russische großindustrielle Kreise – denen Polemik gg. Deutschland vorgeworfen wird (auf der späteren Sitzung im Febr. 1918: die **Agitation vor dem Kriege** namentlich aus der Moskauer Großindustrie gegen den neuen Deutsch-Russischen Handelsvertrag gehabt hat.“ (Q1918, Referat Hoetzsch, S. 11) – gegen die Einfuhr dt. Industrieprodukte
- Wunsch nach Exklusivität > durch Erneuerung des deutsch-russischen Handelsvertrags
- Zurückdrängung des anglo-amerikanischen und japanischen Einflusses in Russland

3) Exkurs: Parallel stattfindende kulturelle Arbeit: Russlandbeziehungen 1917/18

= Einbettung in die Annäherungspolitik (auch kulturell) an Russland¹⁵

Hoetzsch: Leiter der Deutschen Gesellschaft zum Studium Russlands, gegr. 1913 (umbenannt Juli 1918 in Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas auf Beschluss der Hauptversammlung der Gesellschaft) – S. 270

Was für eine „Gesellschaft“? > wissenschaftlicher Charakter /
Forschungsinstitution

An der Reaktivierung der Gesellschaft 1917/18 beteiligt: u.a. der preußische Kultusminister Schmidt-Ott, der hohe Ministerialbeamte Prof. Carl Friedrich Becker (Orientalist, Staatssekretär im Innenministerium), Kommerzienrat H. Friedrichs (Vorsitzender der Dt.-russ Wirtschaftsausschusses)

2. Febr. 1918 – erste Präsidiumssitzung der Dt. Gesellschaft: Auhagen, Otto Hoetzsch, Schatzmeister der Gesellschaft, Ernst Jenny (Rittergutsbesitzer und extrem antikommunistischer Publizist)
Hoetzsch befürwortete Entsendung einer Studiendelegation nach Russland.

Er war eingeladen Redner auf der Februarsitzung des Dt.-russ. Wirtschaftsausschusses, die im Februar 1918 erneut in Berlin stattfand

4) Februarsitzung 1918

Sie knüpft an der Sitzung des Juni 1917 an – doch hatte sich die Lage in zwei wesentlichen Punkten verändert: Einerseits die russische Oktoberrevolution – andererseits die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk

- Politische Stellungnahme
Vorsitzender Kommerzienrat Friedrichs

„Inzwischen haben in Brest-Litowsk und Petersburg Verhandlungen stattgefunden, die einen unerfreulichen Verlauf genommen haben, vor allen Dingen deswegen, weil die Interessen, die zwischen Rußland und Deutschland für einen aufrichtigen Frieden bestehen, bei den Verhandlungen zu kurz gekommen sind.“¹⁶

„Mit den **unpraktischen Theoretikern** [Anmerkung: das sind die Bolschewiki], die Rußland vertreten, ist nach meiner Meinung überhaupt

¹⁵ Zum Folgenden: Gert Voigt, Otto Hötzsch, Karl Stählin und die Gründung des Russischen Wissenschaftlichen Instituts, in: Karl Schlögel (Hrsg.): Russische Emigration in Deutschland 1918 bis 1941: Leben im europäischen Bürgerkrieg, Berlin 1995, S. 270 [ganz: 267–278]

¹⁶ Allgemeine Mitgliederversammlung des Deutsch-Russischen Wirtschafts-Ausschusses am Freitag, den 1. Februar 1918, vormittags 11 Uhr, S. 5.

nicht zu einem Frieden zu kommen, und ich hoffe und wünsche, daß man deutscherseits Veranlassung nehmen wird, die entwürdigende Art, in der verhandelt worden ist, zu einem Ende zu bringen.“ (ebd.)

- Erwartungen an Friedensverhandlungen:

„Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt — ich spreche da nicht im Namen des Deutsch-Russischen Wirtschafts-Ausschusses, sondern spreche nur meine persönliche Ansicht aus —, daß wir Rußland gegenüber einen Frieden herbeizuführen suchen müssen, bei dem wir auf das Recht des Siegers verzichten und großmütig und großzügig nur an die Zukunft denken, aus Gebietsabtretungen vielleicht vollkommen verzichten, um mit Rußland zu einem wirklich dauernden Übereinkommen zu gelangen, das die wirtschaftlichen Verhältnisse zwischen uns und Rußland auf einer Basis aufbaut, die Dauer verspricht und beiden Seiten zum Nutzen gereicht.“ (S. 6)

>> Die versammelte Runde: Erneut alle beteiligten Ministerien und Reichsbehörden

- Das Russlandbild:

A) Politisch: „Wir sehen ein Chaos vor uns der nationalen Auflösung und des Kampfes der Klassen oder besser innerhalb der Klasse des Proletariats der einzelnen Strömungen dieser Klasse miteinander, das uns heute wenig tröstliche Ausblicke in die Zukunft eröffnet. Aber wir stehen mit diesem Chaos in Friedensverhandlungen, und es eröffnet sich bei diesen Verhandlungen eine erste Aussicht, die politische und wirtschaftliche Koalition, die uns ersticken wollte, zu sprengen.“

(Referent Hoetzsch, s.o.)

Daran anschließend:

„Agrarrevolution, der Versuch (im Dekret Lenins vom 9. November), einen agrarischen Kommunismus durchzuführen. And so ungeklärt das alles ist, so wenig irgend jemand weiß, wer nun das Land verteilt, wer Anspruch daraus haben soll usw., die Tatsache besteht, daß diese agrarische Revolution bereits zu einer ungeheuren Verwüstung landwirtschaftlicher Werte geführt hat und weiter führt.“ (S. 9)

Ebenso desaströs: Situation des Handels und der Staatsfinanzen, und am schlimmsten: „Schlimmer aber zuletzt ist der staatliche Verfall oder, gleich gesagt, der staatliche Zerfall, in dem sich Rußland befindet...“ (S. 9)

Über die Bolschewiki: „[...] selbst die Bolschewiki in Brest-Litowsk diesen Gesichtspunkt unseren Unterhändlern entgegengehalten haben, daß selbst **diese unpraktischen Theoretiker**, die eine internationale Staatengesellschaft mit vollkommener Sozialisierung der Produktion

und der Güterverteilung aufbauen wollen, mit dem nationalistischen Gesichtspunkt kamen: Rußland soll nicht von Deutschland ausgebeutet werden, ihr habt uns bisher als eine Kolonie betrachtet!“ (S. 11)

>> „Die Frage ist für Rußland: wird es diesen Anschluß nach Deutschland, vielleicht nach Mitteleuropa finden und dadurch sich wirtschaftlich selbständig und wieder gesund machen, oder wird es eine angelsächsische Kolonie werden?“ (S. 21)

B) Wirtschaftlich: **Resolution** (verlesen von Syndikus M. Busemann) – S. 22

1. Die Neuordnung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Rußland ist für den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens von größter Bedeutung, [...]
2. Die Neuordnung muß unter Wahrung der Eigeninteressen Deutschlands so angestrebt werden, daß sie die Gewähr eines dauernden, ersprießlichen Wirtschaftsfriedens in sich trägt. Das Gleiche gilt für die etwa von Rußland sich ablösenden Teile. Insbesondere darf eine solche Loslösung nicht zu einer Erschwerung des deutsch-russischen Handels führen.
3. Der Rahmen ist durch die Verbindung der unbedingten Meistbegünstigung mit einem Handels- und Tarifvertrage gegeben.
4. Die fortlaufende Heranziehung von Sachverständigen [nach Diskussion ersetzt durch: „Vertreter des deutschen Wirtschaftslebens“] des deutschen Wirtschaftslebens durch die deutsche Regierung ist unbedingt geboten. Diese Sachverständigen sind zweckmäßig von den zentralen Wirtschaftsverbänden und Fachvereinen zu bezeichnen.
5. Zur Herbeiführung eines Friedensabschlusses ist auch auf der russischen Seite die Entsendung wirklich sachverständiger Vertreter und Kenner des russischen Wirtschaftslebens notwendig. Ihre Heranziehung sollte unsererseits und seitens unserer Verbündeten erstrebt werden.¹⁷

Dieser Punkt war umstritten, denn es stellte sich die Frage, welche die sog. Fachleute und Praktiker sein würden, die von Seiten Russlands in die Verhandlungen eingreifen würden. Einige befürchteten, dass es die Deutschland nicht zugeneigten Moskauer Industriellenkreise sein könnten. Andere waren der Meinung, dass man mit den unerfahrenen Bolschewiki besser zurechtkäme. Wiederum andere stellten sich auf den Standpunkt der alten

¹⁷ Vgl. S. 26: Der letzte Satz ersetzte nach einer längeren Aussprache den ersten Vorschlag Fischers: „Auf ihre Heranziehung muß seitens unserer und unserer Verbündeten Vertretung in Brest-Litowsk bestanden werden“.

diplomatischen Gepflogenheit, dass man einem anderen Staat nicht vorzuschreiben habe, welche Delegierte er entsende.

C) Ausdrücke deutschen Superioritätsdenkens (Redebeitrag Reichstagsabgeordneter Kommerzienrat Zimmermann aus Berlin)

- „Der Kaufmanns- und Fabrikantenstand in Deutschland ist ein ganz anderer, weit reger und weit zahlreicher als in Rußland. Wir haben zweifellos ein großes Übergewicht über unser Nachbarland, und ich halte es für richtig, wenn wir von diesem Übergewicht den nötigen Gebrauch machen.“ – *lebhafter Beifall!*
- Keine zu große Liebenswürdigkeit oder zu große Nachgiebigkeit: „Wer in Rußland gelebt oder gehandelt hat, weiß, daß der Russe im Grunde genommen nur Respekt hat vor einem willensstarken Menschen [...] Schwankende Politik legt jeder Russe als Schwäche aus, und damit erreichen wir gar nichts, weder im kaufmännischen Leben noch in unserer Politik.“ (S. 23)
- „Theorien, schöne Worte, Versprechungen allein führen uns zu gar nichts, besonders jetzt, wo in Rußland völlige Anarchie herrscht.“ (S. 23)

IV. Übergang in die Friedenszeit

Das Ende des Ersten Weltkrieg führte nicht zur Aufgabe der alliierte Handelsblockade. Unter britischer Führung wurde sie bis Juli 1919 fortgesetzt, sodass auf deutscher Seite das kriegswirtschaftliche System der Ein- und Ausfuhrkontrolle bestehen blieb.

Verschiedene Bestimmungen des Versailler Vertrages erlaubten es nicht mehr, eine eigenständige Handelspolitik zu betreiben.¹⁸

Insight: Art. 264 – 270.

¹⁸ Vgl. Der Friedensvertrag von Versailles, Berlin 1919, Artikel 264–270.

Die Alliierten führten eine einseitige Meistbegünstigung ein, die Deutschland nicht zuteilwurde, und setzten somit den auf der Pariser Konferenz 1916 beschrittenen politischen Weg fort.

Solche diskriminierenden Bestimmungen versuchte die Reichsregierung durch den Abschluss bilateraler Handelsverträge zu umgehen, wie zum Beispiel im Handelsabkommen vom 6. Mai 1921 mit der Sowjetunion, die sich in einer vergleichbaren Lage angesichts ihrer internationalen Isolierung befand.

Erreichen/Nicht-Erreichen deutscher Ziele:

Exklusivität nicht erreicht, z.B. Abschluss eines Handelsabkommens zwischen England und Sowjetrußland (16. März 1921)

Ansonsten: Fortführung der vom deutsch-russischen Wirtschaftsausschuss angebahnten Handelspolitik

Kopplung an die Frage der Kriegsgefangenenrückkehr: Abkommen Dt. Reich-RSFSR 19. April 1920 „Heimschaffung der beiderseitigen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten“ (Ergänzungsabkommen 1921 verhandelt)¹⁹

Erst im Zuge der Währungsstabilisierung Ende 1923 erfolgte schrittweise eine Liberalisierung. Erst am 10. Januar 1925 erlangte Deutschland wieder seine volle handelspolitische Souveränität. Gleichwohl blieben die Handelskontakte durch den weltweit herrschenden Protektionismus stark eingeschränkt.²⁰

¹⁹ Reichstagsprotokolle 1920. Reichstagsdebatte vom 26. April 1921. Bericht Behrendt, Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt.

²⁰ Ambrosius, Staat und Wirtschaft, EDG, S. 28.

Экспорт удобрений из СССР в Германию в 1920-1930-е годы

Ситуация 1920-х годов была сложной как для России, так и для Германии: кризис, охвативший страны Европы после окончания Первой мировой войны снизил экономические возможности этих двух государств. Договор в Рапалло подписанный в 1922 году восстановил прерванные торговые взаимоотношения, в том числе возобновляя импорт и экспорт удобрений.

С точки зрения обеспечения продовольственной безопасности, внесение удобрений в почву является одним из ключевых элементов, позволяющих повысить урожайность почвы на ограниченном пространстве, избегая при этом лишних финансовых затрат. Для европейских стран роль фактора удобрения планомерно повышалась с середины 19 века, когда Юстус фон Либих развивая теорию питательных минеральных веществ выделил три наиболее важных компонента для роста растений: азот, фосфор и калий. Применение удобрений вкупе с другими достижения в сфере медицины и промышленности, привели к резкому увеличению численности европейского населения 19 века (примерно с 200 млн. в 1800 году, до 400 млн. в 1900 году). Разразившаяся Первая мировая война привела к уменьшению использования минеральных удобрений при обработке почвы, что напрямую отразилось на уменьшении запасов продовольствия у воюющих сторон.

Одной из проблем сельского хозяйства Германии, являлось наличие в ряде регионов малопродуктивных песчаных почв, которые могли давать высокие урожаи только при внесении минеральных удобрений (Северо-Германская низменность, Средняя Германия). Производство азотных удобрений всегда шло по линии двойного использования (в гражданских и военных целях), соответственно в годы Первой мировой войны его мирное

²¹ к.и.н., Кемеровский государственный университет, Западносибирский центр германских исследований

использование резко снизилось, а имеющихся запасов африканских фосфоритов и апатитов оставалось очень мало для полноценного использования в период проведения посевных работ.

В Российской империи ситуация с производством удобрений была еще хуже. До 1917 года минеральные удобрения добывались в небольших количествах на Украине, Подолии и ряде центральных губерний. Развал русской экономики к 1921 году, вполне логично привел к снижению промышленного производства, в том числе и по добыче минеральных удобрений. После восстановления в 1922 году дипломатических отношений между Веймарской республикой и СССР товарооборот стал постепенно увеличиваться, сохраняя предшествующую специфику – экспорт в Германию заключался в большей степени в сырьевом ввозе, а СССР закупала современную технику и технологии. Ситуация вполне логичная если вспомнить в каком состоянии находилась экономика России к 1921 году.

Торговый оборот Веймарской Германии в сфере удобрений характеризуется следующим моментом: с 1921 по 1925 года в СССР удобрения только ввозились. Экспорт удобрений с советской стороны отсутствовал, так как все шло на внутреннее потребление, в связи с восстановлением экономики, а немецкий импорт с каждым годом увеличивался: 1921/22 год – 3948 тонн/2265 тыс. руб., 1922/23 – 6274/2471, 1923/24 – 7686/2492, 1924/25 – 4784/2286. Начиная с 1926 года, возрастает экспорт из СССР в Германию: 1922-1925 гг. – 1 т./1 т.р., 1926/27 гг. – 743/139, 1927/28 гг. – 6242/2802, 1929 г. – 4937/2509, 1930 г. – 4958/2673, 1931 г. – 3893/2649, 1932 г. – 4547/2035. То есть с 1926 по 1932 год общие поставки удобрений увеличились более чем в 6 раз, при росте дохода советской стороны более чем в 14.6 раза. Денежные поступления увеличились с 139 тыс. руб. до 2035 тыс. руб. Это примерно выше в 14,6 раза, с учетом всплеска в 1929-1931 гг. денежных поступлений по экспорту удобрений, за счет экономической депрессии приведшей на Западе к уходу

ряда конкурентов и повышению доли рынка удобрений СССР во внешнеторговых отношениях с Германией.

Однако, если посмотреть импорт из Германии в СССР за тот же период, то картина будет не столь радужной для советской стороны: 1926/27 гг. – 19388 тонн/8270 тыс.руб., 1927/28 – 46653/14526, 1929 – 68862/20719, 1930 г. – 31914/14861, 1931 г. – 10721/6221, 1932 г. – 1394/894. Даже с учетом падения товарооборота к 1932 году, общий объем ввезенных удобрений был больше, чем вывоз советской стороны: советская сторона – 25321 т., немецкая сторона – 198613 т. (разница в 173292 т. или 7,8 раза).

С 1933 года торговое сальдо по удобрениям стало меняться в положительную для СССР сторону, с точки зрения увеличения продаж в объеме поставленных удобрений, но в стоимостном выражении ситуация продолжала быть не слишком блестящей. В 1931 году за 3893 т. было выручено 2649 тыс. руб., а в 1935 году за 115648 т. советская сторона получили 2258 тыс. руб., то есть на 391 тыс. руб. меньше. К 1938 году германский импорт удобрений окончательно упал с 501 т. в 1933 году, до 0. Возможно, это было связано с двумя моментами: 1. запуск основных мощностей по добыче и переработке сырья для производства удобрений в СССР и 2. военная программа вермахта.

Увеличение объема экспорта советских удобрений с 1933 года во многом было связано с шедшей в стране индустриализацией и необходимостью получения валюты для покупки нового промышленного оборудования. Этим можно объяснить увеличение объема продаж, при одновременном стоимостном падении. В 1933 году было экспортировано 2145 т. удобрений, в 1934 году – 113205 т. (что в 52,8 раза больше), в 1935 году вывоз увеличился до 115648 т. (пик продаж в 1930-х гг.), хотя доход от этих продаж был ниже.

Анализируя низкий объем продажи удобрений до 1934 года, можно предположить, что это было связано с недостаточными производственными возможностями СССР. Советская сторона вынуждена

была покрывать имеющийся дефицит за счет внешних закупок. Мероприятия по исправлению данной ситуации предпринимались еще с начала 1920-х годов, когда в СССР были проведены обширные геологические мероприятия по выявлению запасов сырья для производства фосфорных и калийных удобрений, а также было запланировано строительство целой серии химических комбинатов по производству азотных удобрений. Уже с 1923 года начинается разработка фосфоритных месторождений на Верхнекамском руднике при их дальнейшем обогащении на фабрике (Кировская область), в 1925 году были обнаружены залежи калийных солей под Солекамском (акад. Н.С. Курнаков и проф. П.И. Преображенский, Урал), в 1926 году залежи апатита были обнаружены в Хибинских горах (акад. А.Е. Ферсман, Кольский полуостров). С 1929 года начинается добыча фосфоритов на Воскресенском руднике, при одновременном обогащении на фабрике (Московская область), с 1930 года идет разработка Щигровского рудника (Курская область), Егорьевского рудника и обогащение полученного сырья на фабрике (Московская область), с 1931 года разработка Вятского рудника (Кировская область) и с 1932 года на Березниковском химкомбинате было запущено производство азотной группы (Пермский край).

Наиболее же крупные месторождения апатитов и фосфоритов были найдены на Кольском полуострове в конце 1920-х гг., тогда же начинается промышленное освоение найденных запасов трестом «Апатит» состоявшего из обогатительной фабрики, рудника и рабочего поселка. В рамках двух пятилеток в 1931 году была запущена первая, а в 1934 вторая очередь апатито-нефелиновой фабрики в Хибинах проектной мощностью 250 тыс. тонн концентрата. По большей части экспорт советских фосфорных удобрений с 1932 года шел именно с данного месторождения.

После 1934 года правительство Германии все активнее начинает загружать немецкую экономику военными заказами. Соответственно по мере усиления милитаризации экономики немецкая сторона все сильнее

переключала свою химическую промышленность на военный лад, что понижало возможности рейхсминистерства продовольствия и сельского хозяйства по выполнению планов обеспечения немецкого населения продовольствием, по причине нехватки азотных удобрений для сельского хозяйства. Аммиачная селитра, являвшаяся главным азотным удобрением, использовалась как сырье для боеприпасов (аммонала). Для процесса получения взрывчатых веществ необходима та же серная кислота, что и для производства суперфосфата. И в одном и в другом случае идут одни и те же химические реакции. Поскольку полной продовольственной автаркии достичь не удалось, то решить эту проблему предполагалось за счет закупок крупных партий удобрений из СССР. Именно с 1934 по 1939 год были отмечены самыми высокими объемами поставок фосфорных и калийных удобрений в Германию, общим объемом 438302 тонны.

Таким образом, мы видим, что по имеющимся статистическим данным за межвоенный период, выстраивается следующая динамика: с 1922 по 1939 годы, только 2 года (1934, 1935), объем экспортируемых удобрений был более 100 тыс. тонн, во все остальные годы он в среднем был чуть больше 33 тыс. тонн в год. Поставлять такой объем удобрений стало возможным только с увеличением возросших производственных возможностей СССР по производству и обогащению фосфорных и калийных удобрений. Азотные удобрения поставлялись в меньшей степени по причине малой востребованности с немецкой стороны.

Несмотря на явные проблемы во внешнеторговых отношениях, обострившиеся после прихода к власти национал-социалистов в 1933 году, начавшееся перевооружение Германии и «сталинские» пятилетки объективно толкали будущих противников в «коммерческие» объятия друг к другу.

**Советско-германские экономические отношения и
миссия Д.В. Канделаки 1935-1937 гг.**

1933 год стал переломным в развитии германо-советских отношений, что объяснялось исключительно внутривнутриполитическими переменами в Германии. Тактика Гитлера и установленного им режима в отношении СССР, не говоря уже о стратегии, представляла собой полный разрыв с политикой Веймарской республики. Лейтмотивом двусторонних отношений, температура которых определялась отныне в Берлине, становится на многие годы принцип, сформулированный Гитлером на заседании правительства 26 сентября 1933 г.: «die deutsch-russischen Beziehungen unsererseits nicht abubrechen und nicht «den Russen Vorwände für diesen Abbruch zu geben».

На этом фоне, несмотря на продолжавшиеся в совокупности ухудшаться германо-советские отношения, значение экономических связей в качестве связующего звена, вовсе не уменьшилось, продолжая занимать важное место, особенно в укреплении военно-экономического потенциала обоих государств. Это, разумеется, не означало, что общий политический климат не обременял советско-германские торгово-экономические отношения, ежегодный объем которых имел явную тенденцию к сокращению. Тем не менее заинтересованность в их поддержании сохранялась не только в экспортно-ориентированных отраслях германской промышленности и банковском секторе, но и в военных кругах. Причины этого коренились в следующем: во-первых, большой заинтересованностью в сырье, особенно стратегически важном (нефть и нефтепродукты, железная и марганцевая руда) и сельскохозяйственной продукции,

²² к.и.н., ст.н.с Института славяноведения РАН

особенно в технических и кормовых культурах. Во-вторых, СССР был единственной страной, в которой стратегическое сырье можно было закупать не за валюту, дефицит которой постоянно испытывался в Германии, а на рейхсмарки. В-третьих, крупные советские заказы германским фирмам обеспечивали их стабильную долгосрочную загруженность и способствовали уменьшению безработицы, смягчая социальную напряженность в стране. И, наконец, по мере увеличения вооруженных сил и наращивания военного производства потребность в бесперебойном получении стратегического сырья из СССР неизбежно возрастала, что неоднократно отмечалось военно-экономическими инстанциями Рейхсвера, а затем и Вермахта.

Не менее важные факторы мотивировали и советское руководство к сохранению и расширению экономических связей с Германией. Среди них немаловажная роль принадлежала: возможности вести торговлю на безвалютной основе; приобретение на хорошо освоенном рынке высококачественной и высокотехнологичной продукции по приемлемым ценам; размещение крупных промышленных заказов, в том числе на продукцию военного назначения; и, самое главное, получение больших долгосрочных кредитов на выгодных условиях для оплаты этих заказов, чего не удавалось достичь СССР в торговле ни с одним из государств.

Таким образом, наличие обоюдных заинтересованностей и обусловило то, что вплоть до весны 1937 г., несмотря на перманентно ухудшавшиеся политические отношения между Москвой и Берлином, экономические связи сохранялись и даже поддерживали в Кремле иллюзии относительно возможности улучшения отношений в целом.

В такой обстановке Сталин в конце 1934 г. инициировал так называемую миссию Д.В. Канделаки, наделив нового торгпреда в Германии особыми полномочиями. Начиная с января 1935 г.

Канделаки регулярно встречался не только с высокопоставленными сотрудниками Министерства экономики, но и с его главой – Я. Шахтом и даже был принят Г. Герингом. Как свидетельствуют документы, эти встречи, связанные с подготовкой и заключением ежегодных соглашений о товарообороте и платежах, проходили непросто. Они осложнялись как стремлением советской стороны погашать свои финансовые обязательства поставками сырья и продовольствия, не вся номенклатура и объемы которых в равной мере представляли интерес для немцев, так и стремлением германской стороны получать значительную часть платежей по старому кредиту золотом или валютой. Другим, не менее важным фактором переговоров являлся вопрос о германском кредите и условиях его реализации. Добиваясь получения 200 млн кредита, Москва через Канделаки стремилась обеспечить не только наиболее благоприятные условия его погашения, но прежде всего гарантии германской стороны относительно выполнения высокотехнологичных заказов, значительная часть которых приходилась на продукцию военного назначения. Причем на безусловном одобрении Берлином прежде всего именно этой части своих заказов настаивали советские представители как на необходимом условии заключения соглашения о 200 млн кредите.

Несмотря на немалые трудности, возникавшие в ходе почти год продолжавшихся переговоров о заключении 200 млн кредита, они были успешно завершены, и 9 апреля 1935 г. было подписано соглашение, регулировавшее весь комплекс торгово-экономических и финансовых вопросов, связанных с предоставленным СССР пятилетним кредитом.

Советская сторона была вполне удовлетворена достигнутым соглашением, особенно условиями реализации кредита, а также согласием Рейхсминистерства экономики «bei der Vergabe der Aufträge

und deren Umsetzung unterstützen werde». Не в меньшей степени были довольны соглашением и в Берлине, оно обеспечивало германской промышленности большой долгосрочный объем заказов и, что особенно было важно, получение значительных объемов сырья, в том числе стратегического значения.

Таким образом, советское руководство делало упор на экономических отношениях с третьим рейхом, стремясь получать, прежде всего, продукцию и оборудование военного и смешанного назначения, составлявшие львиную долю заказов, прежде всего в рамках германских кредитов, которые должны были служить повышению обороноспособности СССР, в том числе для подготовки к его неизбежному столкновению с Германией. При этом речь шла о самых современных образцах тяжелых вооружений и, в первую очередь об их электронно-оптическом оснащении. Руководство Германии было вынуждено, порой в условиях жесткого межведомственного противостояния, идти на уступки СССР, т.е. фактически на усиление его военно-экономической мощи, т.к. было очень заинтересовано в советском сырье для ускоренного наращивания вооружений, осуществления экспансионистской политики и в недалеком будущем – для войны с Советским Союзом. Такой, вот, своеобразный симбиоз ярко выраженных антагонистических основополагающих целей и интересов.

При этом и в одной, и в другой стране были сторонники и противники этой политики. Так, в заключении Русского комитета германской промышленности от 17 января 1935 г. – касательно представленного Торгпредством СССР списка заказов в рамках переговоров о 200 млн кредите – акцентировалось внимание на следующем: «Die deutsche Industrie hat kein Interesse daran, den Russen diejenigen Erzeugnisse, Anlagen oder gar Verfahren zu liefern, welche die UdSSR auf den Weg zur völligen industriellen Selbstständigkeit führen,

eine spätere Lahmlegung von wesentlichen Teilen unserer Industrie und damit eine Steigerung unserer Arbeitslosigkeit heraufbeschwören». Вполне реалистично оценивали ситуацию и советские дипломаты в Берлине, полагая, что «allem Anschein nach die Deutschen dahingehend ernsthafte Zweifel haben, «ob es für Deutschland zulässig sei, derart eng und derart innig am Aufbau der Rüstungsindustrie in der Sowjetunion mitzuwirken».

Хотя подписанное экономическое соглашение позволило сторонам найти в целом приемлемое решение по многим вопросам на компромиссной основе, однако реализация принятых решений, особенно касающаяся номенклатуры советских военных заказов, наталкивалось зачастую на серьезные трудности. Как сообщал Канделаки Сталину 3 сентября 1935 г., Берлин ввел новые правила, согласно которым требуется «fast jeder wichtige Auftrag nicht nur nach Verhandlungen mit den Firmen, sondern auch mit deutschen Regierungsorganen erteilt wird, da die Deutschen ihren Export, und insbesondere die uns interessierenden Objekte, einer strengen Kontrolle unter militärischem Gesichtspunkt unterziehen». По мнению руководителя Экономического отдела МИД К. Риттера, «es [gäbe] in Deutschland eine Reihe von Dingen, die unter keinen Umständen an die UdSSR verkauft werden könnte, weil sie in militärischer oder in technischer Hinsicht einen Ausnahmewert darstellten und in gewisser Weise ein deutsches Monopol seien». При этом в качестве примера он сослался на стремление СССР das Herstellungsgeheimnis für Akkumulatorenbatterien zu erhalten. «Wir würden ohne Zögern dieses Geheimnis an ein beliebiges Land verkaufen, das keine U-Bootflotte hat, ... Aber, verzeihen Sie bitte, – bemerkte Ritter im Gespräch mit dem sowjetischen Botschaftsrat Bessonoff – das Produktionsgeheimnis für U-Bootbatterien einem Land zu verkaufen, dessen U-Boote in der Ostsee kreuzen – das können wir nicht und werden es nicht tun».

При решении данного, конкретного вопроса произошло именно так, как и предвидел Риттер, но по ряду других «щекотливых»

пунктов, касавшихся советских военных заказов, Берлин вынужден был пойти на серьезные уступки, в частности, дав согласие на поставку в СССР броневой стали, корабельных катапульти и приборов для осуществления слепой посадки самолетов. Возникает закономерный вопрос: Почему? Ответ на него был дан на межведомственном совещании, состоявшемся в Рейсминистерстве экономики 4 января 1936 г., при обсуждении информации о готовности Шахта предоставить СССР новый кредит, на этот раз в сумме уже 500 млн рейхсмарок на 10 лет и начать переговоры о заключении соответствующего соглашения. Как отмечалось в протоколе совещания, «...die deutsche Rohstofflage infolge des Ausbleibens der russischen Rohstoffe [drohe] eine katastrophale Entwicklung zu nehmen. Deutschland benötigt für mindestens 160 Millionen RM Rohstoffe aus der Sowjetunion, insbesondere Holz, Naphtha, Futtermittel, Manganerze. Auch die deutsche Devisenlage erfordere dringend einen weiteren Zufluss von Russengold».

На первый взгляд в правительстве СССР не должно было бы иметь место разных мнений по поводу официального курса, ориентированного на расширение торгово-экономических отношений с Германией, но, тем не менее, они были. Их выразителем был, в частности, нарком Литвинов, обращавший внимание, в частности, в одной из записок Сталину, что «angesichts der völligen Hoffnungslosigkeit, die politischen Beziehungen zu verbessern, würde ich es für nicht richtig halten, für die nächsten Jahre alle oder den Löwenanteil unserer Auslandsaufträge an Deutschland zu vergeben. Dies wäre deshalb nicht richtig, weil wir damit dem deutschen Faschismus, der gegenwärtig auf wirtschaftlichem Gebiet mit den allergrößten Schwierigkeiten zu kämpfen hat, stark unterstützen würden». При обсуждении этого вопроса в Кремле Сталин поддержал позицию торгпреда Канделаки, активно отстаивавшего, явно, не по собственной инициативе, всяческое

расширение объема экономических отношений с Германией. Почему? Трудно представить, что Сталин не понимал того значения, которое имеют для экономики Германии и наращивания ее военной мощи советские поставки сырья. Может быть, он рассчитывал на то, что при помощи военной продукции и технологий, полученных из Германии, экономический потенциал и военная мощь СССР, в конечном счете, как минимум не будут уступать таковым третьего рейха, и поэтому такая политика оправдана? Подобные соображения, разумеется, исключать нельзя, но были ли они определяющими и тем более единственными?

И здесь на первый план выдвигается то главное, что, по моему мнению, и побудило Сталина наделить Канделаки полномочиями, явно выходящими за рамки рутинных переговоров по торгово-экономическим вопросам, даже касавшихся лоббирования заказов военного назначения. Все, что в этой связи имело, несомненно, немалое значение для усиления военно-экономического потенциала СССР, было одновременно трамплином, который, по замыслу Сталина, позволил бы не просто нормализовать отношения с Германией, но и ввести их в рамки политического соглашения. Что дает основания для подобного рода вывода? Прежде всего, это те немногие письменные инструкции Канделаки, которые в настоящее время уже доступны исследователям.

В первой из таких известных инструкций – для беседы с Шахтом, составленной Литвиновым и отредактированной Сталиным через несколько дней после заключения советско-французского договора о взаимопомощи в мае 1935 г., фактически направленного против Германии, – подчеркивалась неизменная готовность советского правительства с Берлином «die besten Beziehungen zu unterhalten, insbesondere die Wirtschaftsbeziehungen, die sie sehr zu schätzen weiß». Более того, «ein abgeschlossener Pakt (mit Frankreich) [muss] nicht stören, sondern im Gegenteil

dabei behilflich sein kann, ruhigere und höchst korrekte Beziehungen zu Deutschland sowie eine weitere Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen herbeizuführen». Однако из этой попытки, используя Шахта, повлиять на внешнюю политику третьего рейха в отношении СССР ничего не вышло.

Несмотря на подобный афронт, Сталин, по-видимому, продолжал питать иллюзии относительно возможности достижения политического сближения с нацистским рейхом, даже вопреки перманентной антисоветской кампании в германской печати, особенно усилившейся после начала Гражданской войны в Испании и осенью 1936 г. накануне очередного съезда НСДАП в Нюрнберге. Поздней осенью 1936 г. ситуация еще больше обострилась после того, как в ходе набравшей обороты в СССР шпиономании были произведены многочисленные аресты подданных Германии в Москве, Ленинграде и Новосибирске, якобы «im Ergebnis der Aufdeckung einer faschistischen Organisation, die sich konterrevolutionär und terroristisch betätigte». Волна арестов приняла такие масштабы, что германский посол в СССР граф Ф. фон Шуленбург добился приема у председателя Совнаркома В.М. Молотова, заявив ему, что аресты носят зачастую провокационный характер, что в Советском Союзе никогда не было национал-социалистической организации и т.д.

Закономерно возникает вопрос, чем объяснить столь не сочетаемые между собой действия Сталина – стремление к политическому урегулированию с Германией, с одной стороны, и провоцирование Берлина на дальнейшее обострение отношений – с другой? Можно предположить, что в этом случае, как и в ряде других, имело место сочетание тесно связанных внутри- и внешнеполитических соображений высшего советского руководства. В том числе тех, которые, приобретая доминирующее влияние на политику в целом, входили в известное противоречие с внешнеполитическими замыслами того же руководства.

Многочисленные аресты германских подданных в СССР, обвинявшихся «wegen einer aktiven Terror-, Diversions- und Spionagetätigkeit im Auftrag der Gestapo», стали частью новой волны массового террора, материализацией постулата высшего партийно-государственного руководства о том, что «пока существует капиталистическое окружение, будут существовать у нас вредители, шпионы, диверсанты и убийцы, засылаемые в наши тылы агентами иностранных государств».

В такой напряженной обстановке в Берлине были приняты решения по поводу заявления советского руководства, переданного через Канделаки Шахту 29 января 1937 г., в котором, в частности, говорилось: «Die sowjetische Regierung lehnt auch nicht Verhandlungen über die offiziellen dipl[omatischen] Ver[treter] ab. Sie ist gleichfalls bereit, diese vertraulich zu behandeln und sowohl unsere letzten als auch die weiteren Gespräche nicht der Öffentlichkeit preiszugeben, falls die deutsche Regierung darauf besteht». Выслушав Канделаки, Шахт заметил, что, хотя сделанное сообщение представляет несомненный интерес, но, как он (Шахт) говорил уже ранее, подобного рода заявления должны адресоваться полпредом непосредственно МИД. 10 февраля 1937 г. министр иностранных дел К. фон Нейрат доложил Гитлеру о встречах Шахта с советским торгпредом, акцентировав внимание на последнем заявлении Канделаки, сделанном от имени Сталина и Молотова. Реакция Гитлера была вполне предсказуема. Он сказал Нейрату, что не видит смысла в переговорах с советским правительством, поскольку «diese zur Zeit zu keinerlei Ergebnissen führen können, von den Russen vielmehr höchstens dazu benützt werden würden, um das angestrebte Ziel eines engeren Militärbündnisses mit Frankreich zu erreichen und wenn möglich auch noch zu einer weiteren Annäherung mit England zu gelangen». В то время Гитлер не нуждался в каком-либо урегулировании отношений с СССР, состояние которых

совершенно не зависело от тех или иных предложений советской стороны.

Таким образом, «миссия Канделаки», нацеленная на наведение политического моста между Москвой и Берлином завершилась полной неудачей, а ее основной исполнитель был отозван в Москву и, после непродолжительного пребывания на посту замнаркома внешней торговли, арестован и расстрелян. Советско-германские отношения вступили в период затяжных заморозков на всех направлениях, продолжавшихся вплоть до поздней осени 1938 г. Однако приобретенный опыт в попытке достижения политического урегулирования с Германией в ходе «миссии Канделаки» не был предан забвению советским руководством и уже в другой международной обстановке привел к положительному результату.

Zwangsarbeit sowjetischer Kriegsgefangener während des Zweiten Weltkriegs

Ich möchte zunächst den zweiten Teil der Überschrift des Panels aufgreifen, die historische Verantwortung:

Es ist in meinem Verständnis ein wichtiger und auch sehr substantieller Ausdruck des deutschen Bewusstseins um unsere historische Verantwortung, dass das ein deutsch-russisches Projekt „Sowjetische und deutsche Kriegsgefangene und Internierte“ mit auf die Beine gestellt und tatkräftig vorangetrieben wird. Ob es der einzige oder ein genügender Ausdruck dieses Bewusstseins, ein zu später oder zeitgemäßer Ausdruck ist, das kann man sicherlich diskutieren –

zum Projekt selbst wird gleich Esther Meier, zum Gesamtkomplex der Übernahme von Verantwortung Frau Begalke viel mehr sagen

Hinsichtlich des Projekts selbst will ich hier nur eingangs unterstreichen, dass personenbezogen gearbeitet wird, um für möglichst viele Gefangene möglichst genaue und detaillierte Daten zusammenzutragen

- Wert für Schicksalsklärung liegt auf Hand
- Wert für historische Forschung hier im Vortrag im Vordergrund, am Beispiel der Zwangsarbeit von sowjetischen Kriegsgefangenen

die Bedeutung dieser Zwangsarbeit sowjetischer Kgf für deutsche Kriegs- und Besatzungsmaschinerie –

in ganz Europa – u.a. mit dem Einsatz beim Bau des Atlantikwalls, mit Arbeitseinsätzen in Norwegen usw. –

ist bis heute in Wissenschaftslandschaft und Erinnerungskultur vergleichsweise wenig präsent –

die gewichtigste deutsche Studie hierzu, von Rolf Keller

– allerdings nur für das Reichsgebiet – stammt bezeichnenderweise von 2011, rd. 65 Jahre nach Ende WK2

²³ К.и.н., Германский исторический институт в Москве

²⁴ К.и.н., Университет им. Гельмута Шмидта, Гамбург

Forschungslücken hinsichtlich des Komplexes sind erheblich – sie betreffen

- faktischer Anteil der Zwangsarbeit sowjetischer Kgf an den kriegswirtschaftlichen Anstrengungen Deutschlands –
hierzu gibt es v.a. punktuelle Schlaglichter, die die Gesamtdimension deutlich machen:
so waren 1941-1945 von 35-36 Mio Arbeitskräften in deutscher Industrie, Landwirtschaft und Transportwesen 1941 3 Mio ausländische Arbeiter/innen bzw. Zwangsarbeiter/innen, 1944 schon 7 Mio in diesem Spitzenjahr machten sowjetische Zwangsarbeiter und Kgf verschiedenen Berechnungen zufolge gut 35% dieser 7 Mio aus, von diesen 35% Kgf wiederum fast die Hälfte – das ist eine erhebliche Größenordnung, auch wenn die Zahlen nicht mehr als Tendenzen angeben können

- faktischer Anteil in anderen wichtigen Bereichen, insbesondere der direkten Vernichtungs- oder von nationalsozialistischer Prestigepolitik – mit indirekten Aussagen über entsprechende Planungen und Visionen
 - wie die Abstellung von rd. 25000 Kgf zu KZ-Bau im Herbst 1941 – oder mehr? –
wobei diese Gruppe binnen weniger Wochen bewusst und gezielt durch Arbeit vernichtet wurde –
immerhin existierten Planungen über SS-Kgf-Lager für über 100.000 Gefangene noch 1942
 - eine ungewisse Zahl sowjetischer Kgf wurde zu prestigeträchtigen Großunternehmen wie dem sog. „Neubau Münchens“ und zu Arbeiten in Berlin reserviert/eingesetzt
für die sich im Oktober 1941 etwa Hitler, Speer und Bormann stark machten –
hier zeigen Planungen zu sowjetischen Gefangenen durchaus interessante Details über derlei Visionen und ihre Dynamiken

die genannte Gesamtberechnung erscheint mir jedoch aufgrund der Quellenlage bislang kaum möglich – da werde ich mich gerne korrigieren lassen

wünschenswert bleibt auf jeden Fall jedoch

- eine genaue Rekonstruktion der zahlreichen Arbeitsorte und Arbeiten mit ihren konkreten Bedingungen,
- darüber eine Aufschlüsselung exemplarischer betriebswirtschaftlicher Rechnungen und Praktiken und
- genaue Beschreibungen relevanter Branchen –
- genaue Beschreibungen von spezifischen Gefangenengruppen, def. z.B. über Beruf, über Lagerstandorte und Wirtschaftszweige, durch Gesundheitszustand und Alter, durch ideologische Kriterien –

derartige Kenntnisse zur Politik/Wirtschaft fehlen – pauschal und vereinfacht gesagt – für die Jahre ab 1942 und für u.a. die Besatzungsgebiete, für den Blick von unten quasi für den gesamten Zeitraum und alle Regionen

damit geht es als Mehrwert für die Forschung um die konkrete Umsetzung und das Erleben einer Politik,

für die – generell, aber zugegebenermaßen nach dem Scheitern der Blitzkriegstrategie –

die Zwangsarbeit sowjetischer Gefangener einen deutlichen Stellenwert hatte, die aber trotzdem weiter wesentlich von ideologischen Prämissen und Zielsetzungen geprägt wurde –

wir wissen noch zu wenig über

um Handlungsspielräume bei der Umsetzung,

um konkurrierende Ansprüche etwa von Reich und Wehrmacht und

um deren Austragung,

um ein genaueres Bild des Umgangs mit Teilgruppen,

um ein genaueres Bild der Einflüsse von Kriegsgeschehen, Widerstand, Kollaboration vor Ort, und und und –

ich will im Folgenden nur kurz den Rahmen der deutschen Kriegsgefangenenpolitik in ihren Windungen gerade 1941 skizzieren, während Frau Meier die eigentlichen weitergehenden Forschungsmöglichkeiten diskutiert

von Anfang an großes Interesse der Wirtschaft – und der Wehrmacht – an Arbeitsausnutzung,

wobei diese beiden potentiellen oder direkten Großabnehmer mit einer gezielten Schlechterstellung von sowjetischen Kgf allgemein und als Arbeiter in aller Regel sehr gut leben konnten –

wie beispielhaft an Einsätzen von Kgf zum Minenräumen in der Wehrmacht oder an überlangen Arbeitstagen in Industrie/Landwirtschaft zum Ausdruck kam die Forschung sieht sich oft an – Zitat - „Sklavensarbeit“ erinnert, wenn es um Einsätze bei der Wehrmacht, im Kohlebergbau in besetzten und deutschen Gebieten oder in einzelnen Betrieben geht

Forderungskataloge von Kohle/Rüstung/Landwirtschaft kalkulierten bereits im Juli 1941 mit einem Bedarf von 500.000 sowjetischen Kgf,

doch Hitler wollte zuerst nur 120.000 im Reich selbst sehen,

Hitler beugte sich aber Ende Oktober 1941 endgültig der Einsicht, dass

der – Zitat aus dem OKW – „Mangel an Arbeitskräften zu einem immer gefährdenden Hemmnis für die künftige deutsche Kriegs- und Rüstungswirtschaft“ werde –

zumal es zu diesem Zeitpunkt klar war, dass mit „Freistellungen“ deutscher Arbeitskräfte aus der Wehrmacht nicht zu rechnen war

ab diesem Zeitpunkt ging es darum –

und dies wurde im Detail etwa ausgeführt im Befehl des OKW vom 4.11.1941 über den Einsatz von sowjetischen Kriegsgefangenen im Reich –

- möglichst viele sowjet. Kgf gerade zu schweren/Massenarbeiten oder effektiv entlang ihrer Ausbildung einzusetzen –

das war das Endziel sog. Aufpäppelungskampagnen und „Auskämmungen“ durch Kommissionen der Landesarbeitsämter in Lagern
ab 1942/43 war die Gefangennahme möglichst vieler Rotarmisten/Partisanen auch operatives Ziel von Wehrmachtsplanungen und sog. Bandenbekämpfung

- dabei sollten der – steigende - Wehrmachtsbedarf, Industrie- und LWS-Bedarf balanciert werden bzw. Schwerpunkte vorrangig bedacht werden (Rüstung, Kohle, Infrastruktur, Landwirtschaft)
- dabei rassenideologische Hierarchien aufrecht erhalten werden, u.a. deutlich in Behandlung und Minderernährung, kontinuierlicher Unterbezahlung und sanitärer Versorgung, aber auch im absoluten Vorrang der Versorgung Deutscher (Soldaten und Zivilisten), dann des Luftschutzes für nicht-sowjetische Arbeiter, und der absonderlich harten Verfolgung von privaten Beziehungen sowjetischer Gefangener mit Deutschen
- ferner wurde immer eine besondere Gefährlichkeit der sowjetischen Gefangenen mitgedacht, der man Herr werden müsse (u.a. durch Kolonnenarbeit, Bewachungsprinzipien, Aussonderungen; Fluchtbekämpfung)

Sterblichkeitsraten unter den sowjetischen Gefangenen, die bis zum Ende um ein Vielfaches höher lagen als unter westlichen Gefangenen, zeigen

dass die klaren Widersprüche im Gesamtpaket dieser Vorgaben letztlich v.a. auf Kosten der Gefangenen selbst aufgelöst werden sollten

das ist ein Gesamtbild,

dessen Dimensionen und Ausdifferenzierung die Forschung über das erwähnte Projekt erreichen kann

Wirtschaft im “2. Kalten Krieg“ – Die Bundesrepublik und das CoCom Embargo in den 1980er Jahren²⁶

Seit wenigen Jahren beginnen Historiker wirtschaftliche Aspekte des Kalten Krieges zu untersuchen. Ein Stiefkind dieser Untersuchungen, vor allem für die Endphase des Kalten Krieges in den 1980er Jahren ist das ‘Coordinating Committee for Multilateral Export Controls’, gemeinhin bekannt als CoCom.²⁷ CoCom wurde im November 1949 beschlossen und begann seine Arbeit im Januar 1950. Die wichtigste Aufgabe des Gremiums war die Verhinderung der Ausfuhr von ‘strategischen Gütern’, d.h. solchen Waren, die die Militärkapazität des Ostblocks hätten stärken können. In der Folge, und dann ganz besonders in den 1980er Jahren, kam es unter den Mitgliedsländern zu ausführlichen Debatten über die Art der Waren die als ‘strategisch’ klassifiziert werden konnten (oder sollten). Langwierige Diskussionen gab es vor allem um die sogenannten ‘dual use’ Güter, d.h. solchen die sowohl zivil aber auch direkt oder indirekt militärisch genutzt werden konnten; und solche Waren, die zwar auf der CoCom Verbotsliste standen, aber zwischenzeitlich als technisch überholt oder als ‘überall erhältlich’ eingestuft wurden. In die letzte Kategorie gehörten in den 1980er Jahren vor allem Werkzeugmaschinen und Computer. In der Form wie es entstand und arbeitete, war das Committee eine britische Idee. Es diente zu einem guten Teil dazu, weitreichende US-amerikanische Forderungen nach Exportbeschränkungen jeglicher Art in den Ostblock, die seit dem Beginn des Marshall Plans von den USA gefordert worden waren, zu

²⁵ д.и.н., Университет г. Бирмингэм, Англия

²⁶ Teile der Forschungen zu diesem Aufsatz wurden von der Gerda-Henkel-Stiftung gefördert, für deren Unterstützung ich mich ganz herzlich bedanke.

²⁷ *Alan P. Dobson*, *United States Economic Statecraft for Survival 1931-1991: Of Sanctions, Embargoes and Economic Warfare*, London 2002; *Ian Jackson*, *The Economic Cold War: America, Britain and East-West Trade 1948-1963*, Basingstoke 2001; *Michael Mastanduno*, *Economic Containment: CoCom and the politics of East-West Trade*, London 1992; *Tor Egil Følrand*, *Cold Economic Warfare: CoCom and the Forging of Strategic Export Controls, 1948-1954*, Dordrecht 2009, ist eine der ganz wenigen Studien, die das CoCom aus europäischer Sicht darstellt. Es konnte keine Studie gefunden werden, die sich mit dem CoCom im ‘2. Kalten Krieg’ der 1980er befasst, und schon gar nicht von deutscher Seite.

verhindern oder zumindest abzuschwächen.²⁸ Großbritanniens prekäre wirtschaftliche Lage nach dem Ende des 2. Weltkriegs hatte die Labour-Regierung unter Clement Atlee dazu gezwungen, einerseits eine Austeritätspolitik im Land einzuführen, andererseits nach außen mit einer Exportoffensive das Handelsbilanzdefizit und die Auslandsschulden abzubauen. Ein generelles Exportembargo gegenüber Osteuropa, das zum Beispiel immer noch als Lieferant für wichtige Erzimporte diente, die nicht in knappen Dollars bezahlt werden mussten, war nicht im britischen Interesse. Erschwerend kam aus britischer Sicht hinzu, dass die neugegründete Bundesrepublik Deutschland (BRD), sollte sie wirtschaftlich überlebensfähig sein, auf Exporte angewiesen war. Da Deutschland vor dem 2. Weltkrieg traditionell gute Handelsverbindungen nach Osteuropa gehabt hatte und den Exportmarkt nach Russland bzw. in die Sowjetunion teilweise sogar dominierte, war es auch nicht im britischen Sinne, dass dieser Markt für die Bundesrepublik verschlossen bleiben sollte. Dies hätte nämlich zur Folge gehabt, dass die BRD noch weit mehr als es dann ohnehin geschah, ihre Exporte in vormals britische Absatzgebiete umgeleitet hätte, was für den britischen 'export drive' zusätzliche Konkurrenz bedeutet hätte. Auch aus diesem Grund unterstützten die Briten in den frühen 1950er Jahren eine Lockerung der deutschen Exportrestriktionen, die, angelehnt an die strengeren US Regeln, 20 bis 30% mehr Güter enthielt als die der anderen CoCom Länder.²⁹ Es war für die Geschichte des CoCom von überragender Bedeutung, dass es den Briten gelang, dass das Gremium nur einstimmige Beschlüsse fassen konnte, was dazu führte, dass zu weitgehende amerikanische Exportverbote von den Europäern abgelehnt wurden und nicht durchgesetzt werden konnten.

Mitgliedsstaaten des CoCom, dessen Sitzungen ebenso wie die Embargolisten der strengsten Geheimhaltung unterlagen, waren alle klassischen NATO-Länder (Stand 1955), mit Ausnahme Islands, und Japan. Es ist nicht wirklich

²⁸ *Førland*, *Cold Economic Warfare* pp. xv, 1-71 and especially on the creation of CoCom pp. 73-91.

²⁹ *Armin Grünbacher*, *Reconstruction and Cold War in Germany. The Kreditanstalt für Wiederaufbau 1948-1961*, Aldershot 2004, pp. 214; 223-24.

überraschend, dass die Bundesrepublik dem CoCom schon 1950 beitrug, dies war ganz einfach ein weiterer Schritt in Kanzler Adenauers Politik der Westintegration und der Rehabilitierung Westdeutschlands. Nach dem Ausbruch des Korea-Krieges im Juni 1950 konnten die USA die CoCom Regeln und die damit verbundenen Exportlisten von Gütern, die nicht in den Ostblock oder in die Volksrepublik China exportiert werden durften, drastisch verschärfen. Nach Stalins Tod und dem Waffenstillstand in Korea waren die Europäer allerdings in der Lage, zahlreiche Restriktionen wieder rückgängig zu machen oder ganz aufzuheben. Trotzdem hat der bundesrepublikanische Handel mit dem Ostblock und besonders mit der Sowjetunion stark unter den Folgen des Kalten Krieges gelitten: Werner Bührers Schätzungen gehen davon aus, dass zwischen 1928 und 1933 18% der deutschen Exporte in die Sowjetunion gingen, weitere 16% in die Balkanländer und die Türkei.³⁰ Dagegen betragen westdeutsche Exporte in die Sowjetunion 1954 gerade einmal DM 50 Millionen, bei einem Gesamt-Exportvolumen von DM 22 Milliarden.³¹ Der Kalte Krieg und CoCom behinderten in der Adenauer-Zeit weiterhin die Wiederaufnahme der alten deutschen Handelsbeziehungen.

Obwohl das CoCom seit Mitte der 1950er Jahre immer mehr an Bedeutung verlor – das Ölpipeline Röhrenembargo gegen die Sowjetunion 1962 wurde im NATO Rat verabschiedet, in dem es zur Beschlussfassung keiner Einstimmigkeit bedurfte und dann von Nicht-NATO-Land Japan unterlaufen wurde – wurde das Gremium nicht aufgelöst. Während der Detente Periode trafen sich die Delegierten weiterhin regelmäßig, aber weitreichende Beschlüsse wurden nicht gefasst. Für die politisch Verantwortlichen in der Bundesrepublik hatte die Ostpolitik unter dem Motto ‘Wandel durch Annäherung’, was für viele Männer der Wirtschaft so viel wie ‘Wandel durch Handel’ hieß, andere

³⁰ Werner Bührer, ‘Der Bundesverband der Deutschen Industrie und Adenauers Außenpolitik in den fünfziger Jahren’, in Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, vol. 20 no. 2 (1990), pp 241-261, p. 253. Für eine Zusammenfassung der Bedeutung des deutschen Handels mit der Sowjetunion siehe Armin Grünbacher, *West German Industrialists and the Making of the Economic Miracle. A History of Mentality and Recovery*, London 2017, pp. 135-136.

³¹ Grünbacher, *West German Industrialists*, pp. 139-140.

Prioritäten gesetzt. Der deutsche Handel mit der Sowjetunion wuchs in den späten 1960er und 1970er Jahren dann zu ungefähr 6-7% des Gesamtexports. Das war zwar eine Verdreifachung des Handels der späten 1950er Jahre, entsprach aber dem deutschen Handel mit der Schweiz; allerdings erzielten einige Branchen und Firmen einen Exportanteil in die Sowjetunion von 15-35%.³² Dieser neue Status Quo geriet Ende der 1970er Jahre zusehends unter Druck. Unter dem Eindruck sowjetischer Interventionen in Afrika (vor allem in Angola und Mosambik) und der Stationierung der SS 20 Mittelstreckenraketen, besonders aber auch wegen Menschenrechtsfragen im Ostblock, begann US-Präsident Jimmy Carter eine aggressivere Politik gegenüber der Sowjetunion. Nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan verstärkte Carter auch wieder Embargos gegen die Sowjetunion und forderte seine europäischen Verbündeten dazu auf, ihm zu folgen, zumindest aber nicht das US-amerikanische Embargo, vor allem für Weizen, das er gegen Moskau verhängt hatte, zu unterlaufen. So informierte der US CoCom Delegierte seine Kollegen im Januar 1980, dass auf Anordnung Präsident Carters die USA ihre Exportlizenz Richtlinien für Ausfuhren in die Sowjetunion verschärft hatten und keine neuen Lizenzen mehr ausgestellt werden würden, bereits erteilte Lizenzen würden widerrufen. Auch europäische Waren, die unter US-Lizenz gebaut worden waren oder größere US Komponente enthielten, seien von diesen Maßnahmen betroffen. Dasselbe gelte auch für Ausnahmegenehmigungen, die die USA beim CoCom erbeten hatten.³³ Ausnahmegenehmigungen für eigentlich gesperrte Waren konnten dem CoCom Gremium zur außerordentlichen Genehmigung vorgelegt werden und waren Routine im CoCom Prozess. Eigentlich gesperrte Exportwaren wie radioaktives Material für wissenschaftliche oder medizinische Zwecke konnten so exportiert werden, solange nachgewiesen, oder zumindest argumentiert werden konnte, dass es sich um Güter für nicht-militärische Verwendung handelte oder um

³² Bundesarchiv Koblenz, (künftig BAK) B102/270468, Memo Abteilung V B1, 6.11. 1981, Bedeutung des Handels mit Ostländern.

³³ Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (künftig PAAA) ZW 133253, Fernschreiben Botschaft Paris an Auswärtiges Amt, 16.1. 1980.

solche für humanitäre Anwendungen, besonders im Gesundheitsbereich.³⁴ Die Lieferung eines Stahlwerkes wurde beispielsweise immer damit gerechtfertigt, dass es für eine zivile Nutzung vorgesehen sei – unabhängig davon, dass der produzierte Stahl auch für die Produktion von ‘hartem‘ Militärgerät verwendet werden konnte. Auch die Verschickung von Uran aus westlichen Atomreaktoren Wiederaufbereitung in der Sowjetunion erhielt Ausnahmegenehmigungen.³⁵

Jimmy Carters schärfere Gangart gegenüber der Sowjetunion war zu einem großen Teil motiviert durch das Gefühl der moralischen Überlegenheit der USA gegenüber der Sowjetunion, besonders in Menschenrechtsfragen nach der Unterzeichnung der Helsinki KSZE Schlussakte.³⁶ Die Bundesregierung unter Helmut Schmidt war bereit, Carters Linie bis zu einem gewissen Punkt zu folgen und instruierte die deutsche CoCom Delegation in Paris entsprechend, verlangte aber weitere Informationen von den Amerikanern. Da Kanzler Schmidt Präsident Carter zugesagt hatte, das strengere US Embargo nicht zu unterlaufen, wiesen die Handelsfachleute im Auswärtigen Amt (AA) darauf hin, dass die Bundesrepublik ihre Exportkontrollen den neuen Gegebenheiten anpassen muss, um zu verhindern, dass amerikanische Produkte durch deutsche ersetzt werden könnten.³⁷

Obwohl Carters Embargo Ansatz davon ausging, dass bestehende Exportverträge eingehalten werden könnten – Konrad Adenauer hatte 1962 sogar darauf bestanden, dass deutsche Firmen bereits geschlossene Verträge brechen und keine Pipeline Rohre liefern, was zu massiven politischen

³⁴ Das Archive Diplomatique in Paris hat nach dessen Auflösung 1993 die Akten des CoCom übernommen, bis auf wenige Ausnahmen sind diese Akten frei zugänglich. Die Akte 4QO648 (Export Controls 1982) enthält Beispiele zu Ausnahmegenehmigungen. Ebenso BAK B102/286105 Ausnahme zu CoCom. Obwohl Waffen generell dem Embargo unterlagen, wurden Ausnahmegenehmigungen für den Export von Jagd- und Sportwaffen immer gewährt.

³⁵ The National Archive Public Record Office, EG 14/66, Brief Fitzsimmons an PS/Secretary of State [for Energy], 28.2.1980.

³⁶ PAAA ZW133253, Memo an Herrn Staatssekretär, 4.4. 1979.

³⁷ PAAA ZW 133253, Fernschreiben Entwurf AA an Botschaft Paris (undatiert – vermutlich Ende Januar/Anfang Februar 1980); Memo an Herrn Staatssekretär, 29.1. 1980.

Reaktionen der Wirtschaft geführt hatte³⁸ – war die Reaktion der deutschen Industrie, allen voran des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft, vehement.³⁹ In Interviews, Pressemitteilungen und –artikeln sowie in scharf gehaltenen Briefen and die Regierung sprach sich der Ostausschuß gegen das neue Embargo aus. Die Reaktion der Regierung blieb dagegen aber insgesamt moderat, in erster Linie wurde auf mögliche sowjetische Gegenmaßnahmen hingewiesen, und auf die die kurzzeitig negative Auswirkungen die diese mit sich brächten.⁴⁰ Eine Neuauflage eines Ostembargos war sicherlich nicht willkommen, weder bei der sozial-liberalen Regierung, die an Wandel durch Annäherung glaubte und daran festhalten wollte; und noch weniger bei der Wirtschaft, die mit dem Wirtschaftsabschwung nach der zweiten Ölkrise zu kämpfen hatten. Angesichts steigender Arbeitslosigkeit und Inflation war der Wegfall eines alles in allem zuverlässigen Handelspartners, der vor allem Waren aus der Schwerindustrie und dem Maschinenbau bezog, keine gern gesehene Entwicklung. In der Präsidialsitzung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) am 22 Januar 1980 sprach man sich aber klar aus für ‘Solidarität mit den USA, auch wenn dies möglicherweise Opfer kostet’, pochte aber eindeutig auf die Einhaltung der geschlossenen Verträge.⁴¹

Im März 1980 platzierten die USA einen neuen Vorschlag, der die Größe von Exportprojekten in die Sowjetunion auf \$ 100 Millionen pro Projekt begrenzen sollte.⁴² Diese Änderung hätte vor allem den deutschen Großanlagenbau, besonders im Stahlwerks- und Chemiewerksbau, betreffen können, wurde aber auch von Frankreich und Großbritannien vehement abgelehnt.⁴³ Es ist auch höchst zweifelhaft, ob eine finanzielle Projektlimitierung überhaupt hätte

³⁸ Siehe *Grünbacher*, *German Industrialists*, pp. 144-145; und besonders *Armin Scheufler*, *Das Röhrenembargo von 1962/63. Zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen in der späten Adenauerzeit*, Dissertation Universität Gießen 1996.

³⁹ Stiftung Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv zu Köln, (künftig RWWA) 181-3254-3, Memo Ostausschuß 24.1. 1980; 181-3216-3, passim.

⁴⁰ BAK B136/27197, Fernschreiben Botschaft Moskau an AA und Chef Bundeskanzleramt, 26.3. 1980; Ergebnisprotokoll Bundessicherheitsrat vom 2.4. 1980.

⁴¹ BDI Archiv A 128, Niederschrift Präsidialsitzung 22.1. 1980, TOP 3.

⁴² PAAA ZW 133253, Memo für Herrn Staatssekretär und Herrn Minister, 27.3. 1980

⁴³ Ibid.

funktionieren können, denn sogenannte ‘Zerlegungsexperten‘ (so Kurt Steves, der Ostexperte des BDI) hätten ein Großprojekt einfach in kleinere, nominal unabhängige Teilprojekte aufgeteilt.⁴⁴ Das CoCom Gremium lehnte den amerikanischen Vorschlag auch prompt ab.

Die betroffenen deutschen Stellen und Firmen waren sicherlich nicht angetan von Carters Politik. Dies war aber nichts im Vergleich zur noch viel härteren amerikanischen Haltung, die sich zeigte als Ronald Reagan seine Präsidentschaft antrat. Nun, und das wurde eindeutig ersichtlich aus den amerikanischen Reaktionen nach der Zerschlagung der polnischen Solidarnoz Bewegung Ende 1981, wurde der Konflikt ideologisch-dogmatisch. Die neue härtere Haltung zeigte sich schon kurz nach Reagans Amtsübernahme, als die USA beim CoCom eine dringende Listenüberprüfung (d.h. eine Verschärfung) der Embargogüter forderten. Um dies schneller durchsetzen zu können, schlugen die USA ein High Level Meeting (HLM) der CoCom Mitglieder auf Minister-Ebene vor. Die Treffen im Januar 1982, April 1983 und Februar 1985 führten dann auch tatsächlich zu einer Modernisierung und Verkürzung der CoCom Listen und eine Entbürokratisierung des Verfahrens⁴⁵ – was z.T. nicht von den Amerikanern beabsichtigt war. Eine langlebige Idee der Reagan Administration das CoCom durch die Hereinnahme von Militärexperten zu ‘militarisieren‘ wurde von den anderen Mitgliedsländern strikt abgelehnt. Alles was die USA nach langem diplomatischen Ringen schließlich erreichen konnte, war eine militärische Beratergruppe außerhalb des CoCom die dem Gremium zuarbeitete.⁴⁶ Was ursprünglich die Europäer besonders erregte, war vor allem, dass Präsident Reagan das Weizenembargo, das Jimmy Carter 1980 gegen die Sowjetunion verhängt hatte wieder aufhob, um ein Wahlversprechen einzulösen, gleichzeitig aber von den Europäern verlangte, ihren Handel mit der

⁴⁴ RWWA 181-3216-3, Memo Steves zu US Embargo Ideen, 21.3. 1980.

⁴⁵ BAK B136/27197, Brief Bundeswirtschaftsministerium an den Chef des Bundeskanzleramtes, Krancke, 14.9.1981, Anhang. *Committee on Science, Engineering, and Public Policy (U.S.). Panel on the Impact of National Security Controls on International Technology Transfer, ‘Balancing the National Interest. US Security Export Controls and Global Economic Competition’, Washington, D.C., 1987, pp. 136-37.*

⁴⁶ BAK B102/297190, passim.

Sowjetunion einzuschränken. Für 1982 betrug die gesamten sowjetische Weizenimporte 45 Millionen Tonnen, 40% davon (17,8 Millionen Tonnen) kamen aus den USA.⁴⁷ Aus Sicht der Europäer stellte sich Reagans Politik somit dar als ein Verbot europäischer Industriegüter in die Sowjetunion während amerikanische Getreidelieferungen noch staatlich gefördert wurden. Das prominenteste, aber bei weitem nicht das einzige, Opfer der US Forderung keine Industriewaren zu liefern, wurde das sogenannte 2. Erdgasröhrengeschäft.

In den späten 60-er Jahren hatte die Sowjetunion ein erstes Erdgasröhrengeschäft mit dem Westen ausgehandelt. Um die eigene Bevölkerung großflächig mit Erdgas zu versorgen, brauchte die Sowjetunion westliche technische Ausrüstungen und Pipelinetechnologien, vor allem Großrohre (d.h. Röhren mit einem Durchmesser von 1220 bis 1420 mm) und Kompressor Stationen; um diese zu bezahlen, wurden langfristige Gaslieferungsverträge mit westeuropäischen Ländern, allen voran der Bundesrepublik, abgeschlossen.⁴⁸ Der Erfolg des ersten Gasabkommens führte in der Sowjetunion zu Überlegungen, ein noch größeres Gasfeld bei Yamal zu erschließen. Allein die Verhandlungen über das notwendige Kreditabkommen, für das die Deutsche Bank federführend war, dauerte 3 Jahre.⁴⁹ Schon vor Reagans Amtsantritt hatte es scharfe US Kritik an dem Abkommen gegeben. US Kritiker argumentierten vor allem mit der Ansicht, dass sich die Bundesrepublik und Westeuropa mit dem Abkommen in sowjetische Energieabhängigkeit begeben würde. Um dem zu begegnen kam deswegen zu einem informalen Übereinkommen zwischen Bundeskanzler Schmidt und den beteiligten Firmen (Deutsche Bank, Ruhrgas und den großen Röhrenlieferfirmen, allen voran der Mannesmann AG), dass der deutsche Gasimport aus der Sowjetunion nicht mehr als 30% des Gesamtgasbedarfs betragen sollte. Das entsprach etwa 5% des gesamten damaligen westdeutschen Energieverbrauchs; diese Übereinkunft

⁴⁷ BAK B102/286183, Fernschreiben Botschaft Washington an AA und Bundeswirtschaftsministerium, 23/8/1982

⁴⁸ Per Högselius, *Red Gas. Russia and the Origins of European Energy Dependency*, New York 2013.

⁴⁹ Historisches Archiv Deutsche Bank, ZA 1/420, Kreditverträge vom 6.2. 1980; *Friedrich Wilhelm Christians, Wege nach Rußland. Bankier im Spannungsfeld zwischen Ost und West*, Hamburg 1989, p. 80.

sollte zumindest bis Ende der 1980er Jahre gelten.⁵⁰ Auf die Bundesrepublik und die anderen beteiligten europäischen Länder (Frankreich, Großbritannien und Italien) wartete allerdings ein Schock: hatten beim Bau der ersten Gaspipeline US Firmen an der österreichischen Sektion mitgebaut, so verhängte Reagan nach der Ausrufung des Kriegsrechts in Polen im Dezember 1981 nicht nur ein Embargo für US Firmen, sondern dehnte es auch auf europäische Tochterfirmen amerikanischer Firmen aus. Reagans Exportverbot ging aber noch weiter, es schloss nun auch Produkte mit ein die auf amerikanischen Patenten basierten oder Komponenten aus amerikanischer Produktion enthielten und unabhängig davon, ob europäische Firmen gültige Verträge mit Ostblock Ländern abgeschlossen hatten. Europäische Firmen hatten zu diesem Zeitpunkt Aufträge für 125 Gaskompressor Stationen mit 25 MW Leistung, das Auftragsvolumen betrug zusammen mehr als \$ 8,5 Milliarden.⁵¹ Dazu kamen die Großrohre für die ca. 4400 km lange Gaspipeline aus dem Yamal/Urengoi Gebiet, die hauptsächlich von deutschen Firmen geliefert wurden. Die extra-territoriale Ausweitung des Embargos durch die Reagan Regierung führte zu einer echten Krise in der westlichen Allianz.

Die entscheidenden Komponenten, die von dem Embargo betroffen wurden, waren die Rotorblätter für die Gasverdichterstationen. Diese wurden entweder von General Electric (GE) hergestellt und an die europäischen Firmen verkauft oder, basierend auf einer GE Lizenz, in Europa gebaut. Hauptleittragender von diesem erweiterten US Embargo in der BRD war AEG-Kanis, die 45 Kompressor Stationen liefern sollte. Zwar war GE bereit, die Rotoren an AEG-Kanis zu liefern und AEG hatte die Hoffnung, durch das Pipelineprojekt noch an andere lukrative sowjetische Aufträge zu kommen.⁵² Allerdings hätte ein Bruch des amerikanischen Exportverbotes die AEG, die zu dieser Zeit in großen

⁵⁰ *Christians, Wege nach Rußland*, pp. 46-7.

⁵¹ *Högselius, Red Gas*, pp. 91; 189-90.

⁵² Stiftung Deutsches Technikmuseum Berlin, I.2.060 Ü-2 FA AEG Telefunken 515, Notiz Erdgas-Röhrengeschäft, 15.10. 1981; und Memo für Herrn Dürr, 16.10. 1981; Brief AEG Telefunken and Bundesministerium für Wirtschaft 20.10. 1981. Zwar war das Technikmuseum Berlin in der Lage mehrere Kubikmeter Akten der AEG 'zu retten', leider konnten diese aber noch nicht erschlossen werden. Meinen besonderen Dank an Dr. Jörg Schmalfuß für die Einsichtnahme in die bisher erschlossenen Akten.

Schwierigkeiten war und kurz vor dem Konkurs stand, in weitere Probleme in und mit den USA verstrickt. Obwohl das Bundeskabinett sich mehrmals mit dem Fall beschäftigte, konnte AEG seine Kompressor Stationen mit den GE Rotoren nicht ausliefern.⁵³ Während es in Großbritannien, Frankreich und Italien gesetzliche Regelungen gab, die es den jeweiligen Regierungen erlaubte, ihre Firmen zum Export zu zwingen, gab es ein solches Gesetz in Deutschland nicht. Tatsächlich ordneten die britische, französische und italienische Regierung ihre Firmen (John Brown Engineering; Creusot-Loire; Nuovo Pignone) an, das Embargo zu ignorieren und ihre Verträge zu erfüllen.⁵⁴ Als Reaktion darauf verhängte die Reagan Administration sogenannte ‘*denial orders*‘ gegen die betroffenen Firmen, was sie automatisch von weiteren Geschäften in den USA ausschloss. Im Fall von John Brown Engineering soll dies dazu beigetragen haben, dass die Firma in Konkurs ging.⁵⁵ AEG Kanis versuchte einen anderen Weg zu gehen: Auf sowjetischen Vorschlag wollte die Firma Rotorblätter nach sowjetischen Patenten fertigen und diese in die dann zu liefernden Kompressor Stationen einbauen, obwohl beide Seiten davon ausgingen, dass die technische Qualität des sowjetischen Designs weit hinter der von GE zurück blieb.⁵⁶ Obwohl Ronald Reagan die *denial orders* im November 1982 vor allem wegen britischem Widerstand wieder zurücknehmen musste, kam es am 3 März 1983 zum Vertragsabschluss zwischen der AEG und der Gutehoffnungshütte Sterkrade über den Bau und die Lieferung von 25 Gaskompressor Stationen mit je 25 MW Leistung nach sowjetischem Design mit einem Auftragswert von DM 230 Millionen.⁵⁷

⁵³ Siehe u.a. 76. Kabinettsitzung 12.5. 1982; 85. Kabinettsitzung 14.7.1982 in Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, online http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1982k/kap1_1/index.html.

⁵⁴ Högselius, Red Gas, pp. 189-90.

⁵⁵ Sam Mckinstry, ‘The Rise and Progress of John Brown Engineering 1966-1997: US Technology, Scottish Expertise and English Capital’, in Business History vol. 39 no 3, (July 1997), pp. 105-134, p 132.

⁵⁶ PAAA AV 25058, Fernschreiben Botschaft Moskau an AA, 22.7. 1982 betreffs Information von AEG Vertretern.

⁵⁷ BAK B102/297358 Fernschreiben AA, 17.11. 1982, weitergeleitetes Fernschreiben Botschaft Washington, 16.11. 1982; B102/297358, Fernschreiben Botschaft Moskau an AA, weitergeleitet an Bundesministerium für Wirtschaft, 3.3. 1983

Der AEG Fall enthielt zwei juristische Komponenten. Einerseits besagte der Liefervertrag mit GE, dass im Falle eines Ausfuhrverbotes durch die US Regierung GE nicht lieferpflichtig sei und in einem solchen Fall AEG keinen Anspruch auf Kompensation hätte.⁵⁸ Andererseits brach das amerikanische Embargo das Prinzip der Extra-Territorialität, d.h. es zwang nicht-amerikanische Firmen außerhalb der USA amerikanischen Verordnungen zu folgen. Bei aller Bündnistreue der Europäer, dies war aber eine Maßnahme, die sie nicht bereit waren, zu akzeptieren. Deutsche Firmen klagten vor amerikanischen Gerichten gegen die US Regierung.⁵⁹ Sowohl die Regierungen einzelner CoCom Mitglieder als auch die Europäische Gemeinschaft protestierten auf das Schärfste gegen die US Maßnahme.⁶⁰ Die extra-territorialität des US Embargos führte zu einer schweren Krise in den transatlantischen Beziehungen. Da diese Maßnahmen auch gegen US Recht verstießen war es nur eine Frage der Zeit bis US Gerichte sie für unrechtmäßig erklärt hätten. Es war deshalb unausweichlich, dass nach einer kurzen Periode, die es der Reagan Regierung erlaubte, ihr Gesicht zu wahren, die Inklusion nicht-amerikanischer Firmen in das Embargo im November 1982 wieder aufgehoben wurde.⁶¹ Die Yamal Gaspipeline wurde schließlich im Spätjahr 1983 in Betrieb genommen. Der Versuch, die Bauverzögerungen, die das Rotoren Embargo geschaffen hatte, zu kompensieren, führte allerdings zu schlampiger Arbeit, was zu mehreren Unfällen führte und die Effektivität der Pipeline in den ersten Betriebsjahren stark minderte. Es ist nicht ohne Ironie, dass trotz dieser Schwierigkeiten sich die Sowjetunion in den 1980er Jahren als zuverlässiger Gaslieferant herausstellte als Norwegen, das, obwohl von den USA als ein alternativer Gasversorger zum sowjetischen Gas angepriesen, in dieser Zeit von einer Serie von schweren und langen Streiks im Öl- und Gasbereich getroffen wurde.⁶²

⁵⁸ PAAA B130/10395 A, Fernschreiben Botschaft Washington an AA, 23.6. 1982, betreffs AEG-GE Vertragstext.

⁵⁹ BAK B102/286183, Memorandum der Anwaltsfirma Wilmer, Cutler & Pickering betreffs ihrer Eingabe vor Gericht für AEG, 30.7. 1982.

⁶⁰ BAK B102/286183, deutsche Übersetzung der EG Verbalnote an die USA vom 10.8. 1982.

⁶¹ Högselius, Red Gas, p. 190.

⁶² Högselius, Red Gas, pp. 197-8; 201.

Es deutet viel darauf hin, dass nach dem Scheitern des erweiterten Embargos durch die Temporary Denial Orders, die Reagan Administration eine neue Embargo-Front eröffnete, die den High-Tech Bereich betraf. Da der größte Teil der CoCom Embargolisten ihren Ursprung in den 1950er hatte, lag der Schwerpunkt eindeutig auf industrieller Hardware, d.h. auf Maschinen, Werkzeugmaschinen und Anlagen. Durch die Einführung von Computern in vielen Produktionsbereichen waren einerseits viele Posten, die sich auf den Listen befanden, technisch überholt; andererseits fehlten ursprünglich viele neuere Entwicklungen wie zum Beispiel CNC/CAD Maschinen oder Computer und deren Zubehör. Verhandlungen darüber in der Pariser CoCom Gruppe waren nicht immer einfach. Sogar noch 1988, als CoCom schon wieder auf dem Rückzug war, brauchte das Komitee immer noch 56 Seiten um 'Posten 1565, 'Electronic Computers'' zu definieren; die CoCom Definition von 'Software' war dagegen mit 'nur' 17 Seiten fast als kurz zu bezeichnen.⁶³ Aber erst 1989 waren die USA bereit, Laptop Computer von der CoCom Liste zu nehmen weil sie zwischenzeitlich in vielen Nicht-CoCom Ländern problemlos gekauft werden konnten.⁶⁴ Der neue amerikanische Fokus auf die Kontrolle von Hochtechnologie ist einerseits verständlich, wollte man den technischen Vorsprung, dem man gegenüber dem Warschauer Pakt besonders in der Militärtechnologie besaß, über Jahre hinaus behalten. Das Verhalten der US Administration in diesem Punkt zeigt aber andererseits ganz eindeutig die ideologische Ausrichtung des Embargos gegen Moskau und dass man durchaus bereit war, europäische Verbündete zu diskriminieren. Schon seit Anfang der 1980er Jahren war Washington mehr und mehr bereit, Ausnahmegenehmigungen für den Export, auch und vor allem von Computern, in die Volksrepublik China zu fordern bzw. zu unterstützen. In der Mehrheit der Fälle unterstützten die anderen CoCom Staaten diese Wünsche, denn auch sie konnten von einer Exportliberalisierung nach China profitieren. Der offensichtliche Widerspruch in ihrer Politik schien die Amerikaner nicht zu

⁶³ Archive Diplomatique, 4QO553 International Lists 1988.

⁶⁴ RWWA 175-166-1, Fax BDI/DIHT Büro Washington an BDI/DIHT, 18.9. 1989

stören. Zwar war die Volksrepublik China auch ein kommunistischer Staat, aber man sah die Chinesen als ‘gute‘ Kommunisten, da sie immer noch in einem gewissen Gegensatz zur Sowjetunion – den ‘bösen‘ Kommunisten – standen. Da die USA auch bei weitem die meisten Ausnahmeanträge für Exporte nach China stellte, wurde in Europa oft der Verdacht geäußert, dass es sich bei diesem Verhalten in erster Linie um die Frage des Marktzuganges ging.⁶⁵

Was die deutsche Seite, sowohl Politik als auch Industrie, mehr echauffierte als diese Doppeldeutigkeit im Umgang mit China war, dass die Reagan Regierung (oder zumindest Teile davon) CoCom Bestimmungen dazu verwendeten, den sogenannten ‘West-West Technologietransfer‘ zu verhindern. Für einen Zeitraum von ca. zwei Jahren, von 1984 bis 1986 fanden es deutsche Stellen immer schwieriger, mit US Partnern im Hochtechnologiebereich zu kooperieren. Das galt sowohl für den industriellen als auch für den wissenschaftlich-akademischen Bereich. Als im Herbst 1983 das Max-Planck-Institut für Meteorologie einen Cyber 205 Höchstleistungscomputer bestellen wollte, um bessere Wettermodellierung durchführen zu können (von der z.B. auch die transatlantische Luftfahrt profitiert hätte), wurde dies von US Stellen unter Hinweis auf mangelnde Sicherheit verweigert. Die Sicherheitsanforderungen, die von amerikanischer Seite gestellt wurden, waren derart unrealistisch (die US Forderung, vor Ort die Sicherheits- und Zugangsbedingungen zu überprüfen bevor die Exportlizenz in Erwägung gezogen werden konnte, war noch eine der praktikableren Vorschläge), dass Ende 1984 noch immer keine Entscheidung vorlag. Als ein hochrangiger Mitarbeiter des Bundesministeriums für Wirtschaft während eines Besuches in Washington den Fall ansprach und den USA vorwarf, sie wollten lediglich ihren Technologievorsprung sogar gegenüber ihren verbündeten bewahren, so wurde ihm mit Hinweis auf die CoCom Regelungen widersprochen.⁶⁶ Zwischenzeitlich hatten deutsche ministerielle

⁶⁵ Balancing the National Interest, p. 142.

⁶⁶ BAK B102/297194 passim, besonders Vermerk über Besprechung im MPIM am 4.9. 1984; Fernschreiben Auswärtiges Amt 21.8.1984 mit weitergeleiteten Fernschreiben Botschaft Washington 20.8. 1984 betreffs Besprechung Ministerialdirektor Schlomerus mit US Vertretern.

Stellen auch schon ihre französischen und britischen Kollegen um ihre Meinung zu diesem Fall gebeten. Die Franzosen bezeichneten die US Forderungen einfach als unakzeptabel; die Briten wiesen darauf hin, dass, da es sich um einen West-West Technologietransfer handelte, CoCom überhaupt nicht zuständig sei.⁶⁷ Die deutsche Presse berichtete mehrfach kritisch über die Situation und demonstrierte damit, wie sehr das deutsch-amerikanische, beziehungsweise amerikanisch-europäische, Verhältnis angespannt war.⁶⁸ Inoffiziell war den meisten Beteiligten klar, dass der amerikanische Versuch, Deutschland und Westeuropa von den neuesten amerikanischen Technologien fernzuhalten, nicht nur mit der Strategic Defence Initiative (SDI) zu tun hatte, sondern generell der Versuch war, den US Technologie Vorsprung auch gegenüber Verbündeten zu wahren. Verhandlungen und Gespräche zum West-West Technologie-Export bis zur Minister-Ebene dauerten bis Anfang 1986 und deutsche Stellen mussten sich im Namen der deutschen Industrie zu außerordentlicher Geheimhaltung verpflichten, um doch noch US Hochtechnologie zu erhalten bzw. and SDI Projekten mitarbeiten zu dürfen.⁶⁹

Betrachtet man die Geschichte der Bundesrepublik in den 1980er Jahren kommt man fast unausweichlich auch zum Kanzlerwechsel von Helmut Schmidt zu Helmut Kohl am 1. Oktober 1982 und der Frage, welche Auswirkungen dies auf die deutsche Mitarbeit im CoCom hatte. Im Sommer 1980 brachte der CDU Bundestagsabgeordnete und spätere Verteidigungsminister und NATO Generalsekretär Manfred Wörner den sogenannten ‘Fall Gildemeister‘ an die Öffentlichkeit. Angeblich hatte die Maschinenbaufirma Gildemeister illegal Lieferungen von Maschinen zur Munitionsherstellung in die Sowjetunion getätigt, was nach den CoCom Regeln strikt untersagt war. Der Vorwurf schlug hohe Wellen, sogar das Kanzleramt und das Bundeskabinett beschäftigten sich mit dem Fall, aber die eingeleitete Untersuchung ergab, dass sich die Firma

⁶⁷ BAK B102/297194, Fernschreiben Botschaft Paris an AA, 4.10. 1984; Fernschreiben AA an Bundesministerium für Wirtschaft, mit weitergeleitetem Fernschreiben Botschaft London an AA, 12.9.1984.

⁶⁸ RWWA 181-2234-1, Presseauschnitt aus Die Zeit, 10.8. 1984; Der Spiegel, no. 34 1984.

⁶⁹ PAAA B130/13711 A, passim.

eindeutig keines Vergehens schuldig gemacht hatte.⁷⁰ Obwohl Wörner als antikommunistischer Hardliner galt waren Fälle von Firmen die an den Pranger gestellt wurden, eher selten und deutete darauf hin, dass nach einem Machtwechsel in Bonn die CDU einen härteren Kurs fahren könnte. Dem war nicht so. Schon im September 1980 hatte *Die Zeit* unter dem Titel ‘Munition für Moskau – oder Wahlkampf’ über den Fall berichtet und deutete an, dass das Ganze in der Tat nichts als Wahlkampf gewesen sei.⁷¹ Im gleichen Jahr kritisierte der Bundesverband der Deutschen Industrie den CDU Vorsitzenden Helmut Kohl wegen seiner Warnung vor einer angeblich wachsenden Importabhängigkeit der Bundesrepublik von der Sowjetunion wegen des bevorstehenden Gaspipeline Geschäfts. Der BDI verwies auf die Tatsache, dass die anderen potentiellen Gas Lieferländer, Algerien, Libyen und Nigeria, politisch weniger stabil seien als die Sowjetunion, und dass man sich nicht von einem relativ kleinen, aber stabilen Exportmarkt trennen sollte.⁷² In den Akten fanden sich dann auch keine Hinweise, dass nach dem Machtwechsel in Bonn die Regierung Kohl den verschärften amerikanischen Kurs unterstützt hätte. Im Gegenteil, sowohl diplomatische Kontakte als auch Osthandel gingen weiter wie unter der sozial-liberalen Regierung.

Das Gleiche gilt auch für die traditionell guten Verbindung zwischen der Wirtschaft, insbesondere den Wirtschaftsverbänden, die im Osthandel tätig waren, und der Ministerialbürokratie, wo der Informationsaustausch ebenso weiter ging wie zuvor. Fernschreiben aus den deutschen Botschaften in Washington und Moskau zu wichtigen wirtschaftspolitischen Entscheidungen oder Embargofragen wurden vom Auswärtigen Amt regelmäßig an den BDI und/oder an den Ostausschuß der deutschen Wirtschaft weitergeleitet. Gelegentlich bat das AA das Wirtschaftsministerium darum, kritische Informationen an deutsche Firmen weiter zu leiten. Es ist auch nicht

⁷⁰ BAK B136/27197, Memo Bundesministerium der Verteidigung an Chef Bundeskanzleramt, 9.9.1980; 197. Kabinettsitzung am 24.9. 1980 in Kabinettsprotokolle online, http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1980k/kap1_1/index.html

⁷¹ Die Zeit, no. 40, 26 September 1980,

⁷² RWWA 72-1175-2, Brief BDI Präsident Rodenstock an CDU Vorsitzenden Kohl, 24.6. 1980.

überraschend, dass Firmen- oder Verbandsvertreter von den Ministerien zu Besprechungen neuer Sanktionslisten eingeladen wurden.⁷³ Selbstverständlich hatte die deutsche Wirtschaft auch Lobby-Büros direkt in Washington, die sowohl vom BDI als auch vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHT) bzw. der Deutsch-Amerikanischen Handelskammer betrieben wurden und aktiv versuchten, Entscheidungen im US Kongress zu beeinflussen.⁷⁴

Es ist offensichtlich, dass die amerikanische Embargoverschärfung in Deutschland nicht gerne gesehen war und einiges Kopfzerbrechen verursachte. Allerdings ist es auch nichtzutreffend, dass die Bundesrepublik lediglich ein Opfer dogmatischer amerikanischer Handelspolitik zu sehen. Man kann ebenso argumentieren, dass die BRD zwar den Buchstaben des CoCom folgte, aber nicht – zumindest nicht immer – seinem Geist. Das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft (BAW), die für die Einhaltung der Embargobestimmungen bzw. für die Erteilung der Ausfuhrgenehmigungen zuständige Bundesbehörde, rühmte sich damit, sie sei ‘... ein Bundesamt FÜR die Wirtschaft. Hauptsache, wir exportieren’⁷⁵, ihr Auftrag sei also nicht, ‘Wirtschaft’, d.h. Ausfuhr, zu verhindern. Zwei Beispiele verdeutlichen diese Haltung und die damit verbundene Einstellung zum CoCom: Der Firma Optron Feinmechanik wurde im März 1985 vom BAW bestätigt, dass ein Sonnensimulator zur Raumtauglichkeitsprüfung, das heißt Temperatur- und Strahlungsfestigkeit, von Satelliten keine Ausfuhrlizenz braucht, da er nicht ‘genehmigungspflichtig’ sei weil er nicht auf der CoCom Embargo Liste stand.⁷⁶ Bezüglich der Lieferung einer Bandwickelmaschine, deren vermutlicher Verwendungszweck das Wirtschaftsministerium als ‘Fertigung von Composit-Struktur-Elementen für

⁷³ RWWA 175-88-3, dringendes Fernschreiben Botschaft Moskau an Auswärtiges Amt, 13.9. 1982, weitergeleitet an Ostausschuß; PAAA B130/10915 A, Brief Auswärtiges Amt, Abteilung 421 an Bundesministerium für Wirtschaft, 5.12. 1984, betreffs ‘Einkristalline Rotorscheufeln’ der Firma Thyssen; RWWA 181-3254-3, Brief Bundesministerium für Wirtschaft and DIHT, 17.2. 1985, Einladung zur Besprechung der CoCom Listenrevision.

⁷⁴ RWWA 181-3216-3, Brief German American Chamber of Commerce (Inc) an das Weiße Haus, 19/7/1982; RWWA 175-166-1, passim, diese Akte bezieht sich aber vor allem auf 1989 und deutsche Versuche zur Schadensbegrenzung nachdem in Libyen eine deutsche Giftgasfabrik entdeckt worden war.

⁷⁵ Der Spiegel, no 17 1986, pp. 49-51.

⁷⁶ BAK B102/297231, Brief Bundesamt für Wirtschaft and Firma Optron Feinmechanik Werke, 7.3. 1985.

strategische Raketen‘ bezeichnete, antwortete das BAW auf Anfrage des Wirtschaftsministeriums in gleicher Weise, dass die CoCom Bestimmungen dahin ausgelegt werden können, dass die Ausfuhr der Maschine erlaubt sei, da sie nicht in den CoCom Listen enthalten sei und damit kein Embargogut darstellt.⁷⁷

Sogar wenn man die CoCom Regelungen über ‘dual use‘ Güter großzügig auslegt, was die Optron Lieferung für zivile Satellitentechnik gerade noch ermöglicht hätte, so scheint es klar zu sein, dass eine solche Interpretation im Fall der Bandwickelmaschine höchst zweifelhaft war. Trotz solcher ‘liberalen‘ Auslegungen der CoCom Regeln bestätigten US Beamte gegenüber Vertretern des BDI, dass, abgesehen von den USA selbst, die Bundesrepublik das CoCom Mitgliedsland sei, das die Exportbeschränkungen am striktesten einhielt.⁷⁸ Zugleich waren sich deutsche Industrielle aber klar darüber, dass sich, verglichen mit Frankreich oder Großbritannien, die Bundesrepublik in einer schlechteren Position gegenüber den USA befanden. Das hatte vor allem mit der sicherheitspolitischen Lage der Bundesrepublik zu tun die, wie der BDI bemerkte, die ‘... handels- und wirtschaftspolitische Konfliktfähigkeit der Bundesregierung reduziert‘.⁷⁹ Die Bundesrepublik war weit mehr auf den militärischen Schutz der USA angewiesen als ihre europäischen Partner. Weiterhin hatte Bonn keine rechtliche Möglichkeit, deutsche Firmen dazu zu zwingen, Exportgüter gegen den Willen der USA zu verschicken, wie das Erdgasröhrengeschäft gezeigt hatte. Auch deswegen war die deutsche Verhandlungsposition gegenüber Washington schwächer. Allerdings waren es auch deutsche Industrielle, allen voran Otto Wolff von Amerongen, die sich vehement gegen eine deutsche Version des britischen Trade Protection Acts aussprachen.⁸⁰ Der deutschen Regierung blieben damit nur subtilere Methoden

⁷⁷ Ibid., Brief Bundesamt für Wirtschaft an Bundesministerium für Wirtschaft, Ref V A8, 25.3. 1985.

⁷⁸ BDI Archiv HGF VES 45, Gesprächsprotokoll über US Technologie-Transfer Kontrollen mit US Sonderbotschafter Robert Dean, 4.12. 1986.

⁷⁹ BDI Archiv SP 622, Ansätze und Überlegungen zu einer Außenwirtschaftspolitischen Konzeption aus Sicht des BDI, April 1985, pp. 14-15.

⁸⁰ RWWA 181-3254-3, Wolff von Amerongen Interview in Wirtschaftswoche, 5.10. 1984.

sich gegen amerikanischen Druck zu wehren. So wollten sowohl das Auswärtige Amt als auch das Bundesministerium für Wirtschaft auf einer Informationsreise des Ostausschusses nach Chabarowsk bestehen, und das auch noch nach dem Abschuss einer Koreanischen Passagiermaschine durch die sowjetische Luftwaffe am 1. September 1983.⁸¹ Die Botschaft hier war klar: Handel mit der Sowjetunion der nicht von CoCom betroffen wurde, ging nicht nur im alten Stil weiter, Mitte der 1980er Jahre wuchs er sogar noch an.⁸²

Es kann darüber spekuliert werden warum deutsche Firmen – von einer verschwindend geringen Anzahl schwarzer Schafe, von denen einige sich sogar auf Embargo Umgehung spezialisiert hatten, abgesehen – sich an das Embargo hielten, ganz im Gegensatz z.B. zu Japans Toshiba, die direkt mit DDR Behörden über die Lieferung von Embargo Waren verhandelte.⁸³ Das Strafmaß für Vergehen gegen das Außenwirtschafts- bzw. Kriegswaffen-Kontrollgesetz war relativ mild, wie ein Urteil des Landgerichts Düsseldorf zeigte. Im Frühjahr 1986 verurteilte es vier Rheinmetall Manager zu Bewährungsstrafen für die illegale Ausfuhr von Maschinengewehren und Artilleriewaffen nach Südamerika und Südafrika.⁸⁴ Es war wohl eher der mögliche Schaden des Firmenrufes, den deutsche Manager davon abhielt, das Embargo zu brechen. Obwohl sich seit den späten 1970er Jahren viele Klein- und Mittelfirmen an Geschäften mit der Sowjetunion beteiligten, waren es immer noch die traditionellen großen Firmen im Anlagenbau, die den Osthandel der Bundesrepublik bestimmten.⁸⁵ Die Firma Krupp ist ein passendes Beispiel zum generellen Verhalten: Krupp hatte einen Auftrag für ein Stahlwerk bei Kursk im Auftragswert von ca. 300 Millionen DM. Der Prozessrechner zur Stahlwerkssteuerung, den Krupp aus den USA beziehen wollte, war aber in die CoCom Liste aufgenommen worden und damit

⁸¹ RWWA 175-59-3, passim; besonders Fernschreiben Ostausschuss an designierte Delegationsmitglieder, 12.9. 1983, mit handschriftlichem Vermerk 'Dr. Gerhard AA: Reise SOLL stattfinden' (Hervorhebung im Original; Dr. Gerhart war der Leiter der AA Abteilung 421.

⁸² RWWA 181-3208-3, DIHT Report 16.3. 1984.

⁸³ Bundesbeauftragter für die Stasi Unterlagen, MfS HA XVIII 4705, passim.

⁸⁴ BAK B102/333884, Memo Abteilung Z B4 an Herrn Minister, 12.8.1986; Der Spiegel, no 17, 1986, (21.4. 1986), pp. 49-51.

⁸⁵ Historisches Archiv der Deutschen Bank ZA 1/418, passim, Kreditverträge von Klein- und Mittelfirmen

nicht mehr verfügbar. Bei einem Treffen im Bundeswirtschaftsministerium im Dezember 1980 machten Krupp Manager einen Vorschlag, einen passenden Rechner in einem nicht-CoCom Land zu beschaffen und dann mit Genehmigung der Bundesregierung an die Sowjetunion zu liefern, was eindeutig ein Bruch des CoCom Abkommens bedeutet hätte. ‘Diese Erwägungen wurden vom BMWi verstanden und nicht zurückgewiesen. Es entstand jedoch der Eindruck, dass bei der Bundesregierung die Gefahr von Störungen der Beziehungen zu den USA höher eingeschätzt wird [als die zur Sowjetunion]‘.⁸⁶ Es ist bezeichnend, dass hohe Ministerialbeamte den Krupp Managern nicht augenblicklich und ausdrücklich widersprachen und den implizierten Embargo Bruch zurückwiesen. Eine, wenn auch nur unzureichende, Lösung für das Problem konnte nach mehr als zweijährigen Verhandlungen und vielen Problemen durch die Einschaltung einer schwedischen Firma gefunden werden, die ihre Software auf sowjetischer Hardware laufen ließ. Erst 1987, nach der Auflösung finanzieller Rückstellungen, konnte Krupp das Projekt mit einem geringen Profit abschließen.⁸⁷

Man kann ohne weiteres argumentieren, dass es Michail Gorbatschow und seine Politik der Perestroika war, die das Ende des strikteren US Embargo-Kurses einleitete. Nachdem Gorbatschow das Vertrauen deutscher Politiker – und dann auch das von Ronald Reagan selbst gewonnen hatte – war es auch für US Hardliner immer schwieriger, ihren rigiden Embargo Kurs zu halten. Hatten die Europäer Anfang der 1980er Jahre noch sehr defensiv auf amerikanische Embargo-Erweiterungen reagiert, so scheint es, dass sie nach 1986/7 gegenüber den USA weit selbstbewusster auftraten. Einerseits arbeiteten die europäischen Länder nun weit besser zusammen, andererseits verlangten immer mehr US Firmen ihren Teil an dem neuen Absatzmarkt, der sich in der Sowjetunion durch

⁸⁶ Historisches Archiv Krupp (HAK) WA (Werksarchiv) 42 v271, Brief Krupp Industrie- und Stahlbau an den Krupp Vorstand, 8. 12. 1980, im Anhang Protokoll des Gesprächs im Bundesministerium für Wirtschaft am 5.12. 1980.

⁸⁷ HAK WA 213 v177, Memo Schröder für Schneider, 26.7. 1987; passim, zahlreiche Aktenvermerke über Gespräche mit der schwedischen Firma und sowjetischen Stellen.

Perestroika herauszubilden begann, besonders nachdem die Sowjetunion joint ventures mit westlichen Firmen erlaubt hatte.⁸⁸

Zusammenfassend lässt sich folgendes zum deutschen Verhalten zum CoCom Embargo in den 1980er Jahren sagen: Sowohl Industrie als auch die Regierung – und es machte keinen Unterschied ob Kanzler Schmidt oder Kanzler Kohl – waren zwar grundsätzlich ‘bündnistreu’, d.h. man arbeitete aktiv im CoCom mit, aber man war nicht wirklich bereit, US Embargoausweitungen unbegrenzt mitzutragen. Die Wirtschaft, sei es einzelne Manager, Firmen oder Wirtschaftsverbände folgten offiziell dieser Linie, betrieben aber aktive Lobbyarbeit, sowohl in Bonn als auch bei der Europäischen Gemeinschaft und in Washington gegen neue Restriktionen. Am meisten Erfolg gegen ideologisch motivierte amerikanische Forderungen zur Ausweitung des Embargos hatten deutsche Interessenvertreter dann, wenn es eine einheitliche europäische Front gab, die sich vor allem in Paris im CoCom selbst zeigte. Der Grundsatz der Einstimmigkeit bedeutete, dass die US Delegierten zwar deutsche (und europäische) Exportprojekte verzögern konnten, aber umgekehrt auch, dass trotz massiven Drucks die Amerikaner nicht in der Lage waren, CoCom zu ‘militarisieren’, wie der fehlgeschlagene Versuch, eine militärische Gruppe direkt im CoCom zu installieren zeigte.

Dass sich die deutsch-sowjetischen Beziehungen Anfang bis Mitte der 1980er Jahre wegen der amerikanischen Politik und obwohl einige Projekte von den neuen Embargos getroffen wurden, nicht wirklich verschlechterten, hat viele Gründe. Ein wichtiger Grund war, dass die sowjetische Seite zu einem gewissen Grad akzeptierte, dass die deutsche Seite unter amerikanischem Druck stand.⁸⁹ Weiterhin musste die Sowjetunion akzeptieren, dass die Bundesrepublik (und andere westliche Länder) in der Lage war, einzelne Güter, wie zum Beispiel Großrohre, in besserer Qualität herzustellen als sie selbst und man damit auf den

⁸⁸ RWWA 181-3208-3, passim.

⁸⁹ RWWA 175-53-3, Memo BDI Ostabteilung an Wolff von Amerongen und Steves, 31/7/1981; RWWA 181-3254-3, Transkript, ‘Fernsehbrücke Moskau-Davos’, Interview mit Nikolai Ryschkow.

westlichen Handel angewiesen war. Auch politisch hatte es für die Sowjetunion einen Vorteil, mit der BRD und den anderen europäischen CoCom Ländern weiterhin gute Beziehungen zu pflegen: Ost-West Handel war ein einfaches Mittel, Dissonanz ins westliche Lager zu bringen, besonders dann, wenn in Washington eine dogmatische Regierung im Amt war. Moskaus Verhalten in den 1980er Jahren hat damit eine gewisse Parallele zur Internationalen Wirtschaftskonferenz 1952, die auch als eine anti-CoCom Veranstaltung gesehen werden kann.⁹⁰ Es ist schwierig, eine klare Aussage zu treffen ob und wie weit diese Strategie der Sowjetunion wirklich Früchte trug, denn umgekehrt war die deutsche Schwer- und Maschinenbauindustrie selbst sehr am Osthandel interessiert.

Sowohl die deutsche Wirtschaft als auch die deutsche Regierung musste letztendlich aber den politischen Realitäten ins Auge schauen, der Hegemon USA war zu mächtig, als dass die BRD amerikanische Forderungen einfach ignorieren konnte. Das CoCom Gremium bot stattdessen die Möglichkeit, auf Zeit zu spielen und neue Forderungen zu verzögern (was die USA aber umgekehrt auch gegen deutsche Exportgenehmigungen tat). Vor allem bot CoCom aber die Möglichkeit, mit den anderen europäischen Staaten gegen amerikanische Embargo Verschärfungen vorzugehen, wenn diese weit über den gesetzten Rahmen des Embargos hinaus gingen. Der CoCom Konsens war, dass nur solche Waren die die 'nationale Sicherheit' betrafen vom Embargo betroffen wurden.⁹¹ Wollten die USA ihre europäischen Verbündeten in das Embargo einbinden, so mussten sie immer wieder weitreichende Kompromisse eingehen, wie auch das US Committee on Science, Engineering, and Public Policy (fast mit Zufriedenheit) in ihrem Bericht wiederholt feststellte.⁹²

⁹⁰ *Mikhail Lipkin*, 'Soviet Snodrops in the Ice Age? The Surprising Attempt of an Early Economic Détente in 1952', in *Oliver Bange, Poul Villaume* (eds) *The Long Détente. Changing Concepts of Security and Cooperation in Europe, 1950s – 1980s*, Budapest 2017

⁹¹ *Balancing the National Interest*, p. 144.

⁹² *Balancing the National Interest*, pp. 135-49 passim.

Das Coordinating Committee for Multilateral Export Controls entstand auf dem Höhepunkt des (ersten) Kalten Krieges. Während der 1980er Jahre diente es den Europäern in erster Linie dazu, amerikanische Embargoforderungen gegen den Ostblock, die nicht mehr strategisch sondern ideologisch motiviert waren, abzuwehren. CoCom war damit ein Instrument der Europäer, allen voran der Bundesrepublik als dem grössten sowjetischen Handelspartner geworden.

Im März 1994 wurde CoCom aufgelöst. Aber schon im Dezember des darauffolgenden Jahres wurde das Wassenaarer Abkommen unterzeichnet, das die Exportkontrolle strategischer und 'dual use' Güter auf eine breitere internationale Basis stellte und dem zwischenzeitlich 41 Staaten beigetreten sind.⁹³ Dass eine solche Einrichtung durchaus ihre Berechtigung haben kann, hatte sich schon in den letzten Jahren des CoCom gezeigt: Anfang 1989 hatte Der Spiegel in einer Reportage Serie 1989 auf illegale Exporte, besonders über eine Giftgas Anlage für Libyen, berichtet.⁹⁴ Der Skandal, den die Bundesregierung anfänglich noch zu vertuschen versuchte, brachte sowohl die deutsche Industrie als auch die Regierung in schwere Erklärungsnot. Dieser Fall hat gezeigt dass Embargos nur dann einen Sinn machen, wenn sie tatsächlich auch eingehalten werden (– und auch dann nicht immer).

⁹³ Richard T. Cupitt and Suzette R. Grillot, 'COCOM is Dead, Long Live COCOM: Persistence and Change in Multilateral Security Institutions', in: British Journal of Political Science, Vol. 27, No. 3 (Jul., 1997), pp. 361-389.

⁹⁴ Der Spiegel no. 4 1989 Titelstory.

Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bayer AG und der Sowjetunion Am Beispiel der Stiftung „Lekarstvo“ (1980-1992)

**«Экономические отношения между фармацевтической компанией
Байер и СССР» на примере фонда «Лекарство» (1980-1992)**

Liubov Osatiuc

Universität Hamburg

1

Die Stiftung „Lekarstvo“ war ein Instrument der Bayer AG um den sowjetischen bzw. postsowjetischen Markt mit eigenen Arzneimitteln zu betreten. Das große Interesse der Bayer AG war vor allem eigene Arzneimittel in die Sowjetunion einzuführen, wobei die Sowjetunion großes Interesse an Pflanzenschutzmitteln zeigte. Der Vortrag sollte die Bemühungen der Bayer AG den Sektor Pharma auf dem sowjetischen Markt voranzubringen.

Nach dem ersten Weltkrieg wurden die Wirtschaftsbeziehungen erst im Jahr 1973 wiederbelebt. Da es wenig Materialien zum Thema „Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bayer AG und der Sowjetunion“ gibt, absolvierte ich Anfang Juni einen kurzen Forschungsaufenthalt im Bayer-Archiv in Leverkusen. Die Recherche verlief unter der Bedingung der 30-Jahre-Zeitsperre. Das heißt, die Unterlagen konnten bis zum Jahr 1989 gesichtet werden.

Am 11. Oktober 1978 eröffnete Bayer AG in Moskau ein Büro. Damit sollte ein schneller Kommunikationsweg zwischen den verschiedenen Kunden in der Sowjetunion und Bayer geschaffen werden, um die Beziehungen im beiderseitigen Interesse auszubauen. Schon fünf Jahre zuvor hatte Bayer mit dem Staatskomitee für Wissenschaft und Technik einen Vertrag über Zusammenarbeit geschlossen. 1

Der Außenhandel in der Sowjetunion war zentralisiert. Dennoch waren die Entscheidungswege beim Import äußerst kompliziert, um nicht zu sagen, verworren. In Frage kamen viele Stellen, angefangen beim Endabnehmer bzw.

Verarbeiter, über die wissenschaftlichen Forschungsinstitute der Industrie und die zuständigen Fachministerien bis hin zu den Außenhandelsorganisationen. Dazwischen lagen die regionalen Institute und Ministerien, verschiedene Staatskomitees, das Außenhandelsministerium, die oberste Staatliche Planungsbehörde und schließlich die Staatsbank und die Außenhandelsbank, die den Kauf finanzieren und Devisen bereitstellen mussten. All das machte die Markterschließung in der Sowjetunion alles andere als leicht.²

Mit dem im Jahr 1973 Kooperationsvertrag mit dem Staatskomitee für Wissenschaft und Technik eingeschlossen sind alle Geschäftsbereiche außer Pharma und Dental. Eine Erweiterung des Kooperationsvertrages auf den Sektor Pharma ist in Verhandlung – aus dem Landesbericht.³

1 Verg, Erik et. al.: Meilensteine: [125 Jahre Bayer; 1863 - 1988], Leverkusen 1988, S. 516.

2 Kula, F. J.: Goldene Zwiebeltürme unter strahlend blauem Himmel. In: Unser Werk. Zeitschrift der Bayer AG. 1983/6. S. 4-6.

3 Bayer Corporate History & Archives. Landesergebnis. 1985.

2

Noch im April 1981 wurde auf Wunsch der Sojuzchimexport in Leverkusen eine Absichtserklärung unterzeichnet, die eine Grundlage für die bilateralen Geschäftsbeziehungen zwischen Sojuzchimexport und Bayer für die Jahre 1981-1985 bildet. Nach langwierigen Verhandlungen wurde von beiden Seiten eine Liste B

(Bayer-Lieferungen) und Liste A (Bayer-Bezüge) erarbeitet.⁴

Da Interesse von der Sowjetunion an Pflanzenschutzmitteln groß war, führte Bayer AG

Demonstrationsversuche mit den Fungiziden Baytan und Bayleton im Getreidebau sowie mit dem Herbizid Sencor in Tomaten, Luzerne und Sojabohnen. Die benötigten Muster von Bayer wurden kostenlos zur Verfügung gestellt. Außerdem erfolgte eine technische Beratung bei der Anwendung der Pflanzenschutzmittel.⁵ In der Zeit vom 08. bis 12.04.1984 besuchten die

Fachleute der Firma die Sowchose und Kolchose in Lipezk, um das Arbeitsprogramm über die gemeinsame Durchführung von Betriebsversuchen auf einer Fläche von 200 ha für eine intensive Anbautechnologie für Winterweizen zu besprechen. Die Firma Bayer lieferte Pflanzenschutzmittel sowie Anbau-Drillmaschine der Firma Tröster und ein Beizgerät der Firma Gompper kostenlos.⁶ Ziele solcher Projekte ist die Erhöhung der Ernteerträge mit Hilfe deutscher Technologie⁷ - von der sowjetischen Seite. Von der deutschen Seite – auf dem Markt zu bleiben.

Die Sowjetunion hat immer wieder den Druck im Jahr 1984 erhöht, um einen wesentlich verstärkten Import von Pflanzenschutzmitteln im Hinblick auf die angestrebte Reduzierung von Getreideimporten zu erzielen.⁸

Auch wenn die sowjetischen Partner nicht immer ehrlich gegenüber dem Pharmakonzern waren, nahm Bayer AG dies in Kauf. An Herrn Generaldirektor V.G. Molodzov Sojuzchimexport vom Vorstand der Bayer AG: „[...]“.

Wir benötigen auch einen gewissen Kundenschutz, wie z.B. bei Isobutanol.⁹ Gefachem berichtet, dass sie immer wieder die Erfahrung gemacht habe, daß Sojuzchimexport versucht, mit dem Kunden direct abzuschließen, wenn wir ihn der Sojuzchimexport auf Wunsch im Voraus bekanntgeben. [...]“¹⁰

Oder wenn die sowjetischen Partner Gemüse in der Region einbauen, wo es im Sommer 12 °C ist: aus Makrolon von Bayer baute man Gewächshäuser, wo es während des ganzen Winters regelmäßig frische Gurken gab.¹¹

4 Bayer Corporate History & Archives. Konzernverwaltung. Regionale Koordinierung. 24. Januar 1984.

5 Bayer Corporate History & Archives. Aktivitäten der Sparte Pflanzenschutz in der Sowjetunion. 23. Januar 1984.

6 Bayer Corporate History & Archives. Bericht über die Tätigkeit der Firma im 2. Quartal 1984.

7 Bayer Corporate History & Archives. Aktivitäten der Sparte Pflanzenschutz in der Sowjetunion. 23. Januar 1984.

8 Bayer Corporate History & Archives. Verteiler. Herrn Direktor Prof. Dr. Böker et. al., 9. September 1984.

9 Lösungsmittel, Verdüner und Zusatz in Nitrocelluloselacken, synthetischen Harzen, Reinigungsmitteln, Druckfarben.

10 Bayer Corporate History & Archives. Werner Gebauer. 20. Juni 1985.

11 Schade, M.: Frisches Gemüse vom Polarkreis. In: Unser Werk. Zeitschrift der Bayer AG. 1989/3. S. 1-2.

3

Außerdem wurden an folgenden Projekten Interesse gezeigt:¹²

Die sowjetischen Reifenfirmen waren an der Entwicklung von Spezialreifen interessiert. Außerdem wollte man die Technologie "Pulverkautschuk" prüfen und übernehmen. Mit verschiedenen Schuhfabriken haben gemeinsame Versuche zum Einsatz von Polyurethanen für Sohlen geführt. Der Sektor Pharma hat sich grundsätzlich entschieden, eine Erweiterung des Kooperationsvertrages von 1973 für das Gebiet "Verschreibungspflichtige Arzneimittel" zu erreichen.

Aus der Aktennotiz (30. Sept. 1985) sieht man, dass Bayer AG ihren Sektor Pharma im Weiteren voranbringen wollte:¹³ „Derzeit laufen Verhandlungen über ein Barter-Geschäft via DDR für ADALAT Kapseln im Wert von ca. DM 10 Mio. Strategische Ziele: Substantielle Umsatzausweitung durch Formulierungskooperationen (WZLizenzverträge)

mit dem sowjetischen Ministerium für Medizinische Industrie, alternativ: Aufbau von

"Drittländergeschäften" via Jugoslawien, Indien, Finnland. Flankierend: Intensivierung von Barter-Geschäften.

Direktimport von lebensrettenden Produkten. Operative Schritte: Verhandlungen mit dem Staatskomitee für Wissenschaft und Technik und dem Ministerium für Medizinische Technik laufen seit Anfang 1985: Angeboten sind CANESTEN und ADALAT retard als Kooperationsprodukte zur nationalen Formulierung.

Erweiterung um

verschreibungspflichtige Pharmazeutika.“

Aus einem Protokoll der Bayer AG: „Wir nehmen Bezug auf Ihre Aktennotiz vom 30.09.1985 und hier insbesondere auf Punkt 3.2 (Operative Schritte). Aufgrund der bisherigen Erfahrungen müssen wir davon ausgehen, daß eine Erweiterung des Kooperationsvertrages lediglich um einen Teilbereich des entsprechenden Sektors dem Staatskomitee für Wissenschaft und Technik schwer verständlich sein wird. Dies gilt insbesondere, wenn hierbei die Formulierung "Erweiterung um verschreibungspflichtige Pharmazeutika" gewählt wird. Wir empfehlen daher, für Ihre Vorverhandlungen mit dem Staatskomitee für Wissenschaft und Technik, die von Ihnen vorgesehene Kooperation möglichst so zu formulieren, daß evtl. Missverständnisse seitens des Staatskomitees im Interesse aller am Kooperationsvertrag beteiligten Pharma-Geschäftsbereiche vermieden werden.“¹⁴

Die Bayer AG überwachte die Situation in der Sowjetunion: 1985 wird der Pharma-Import der UdSSR um 10 Prozent auf 3,4 Mrd. DM steigen. Dies ist doppelt so hoch wie 1980. 90 Prozent davon erfolgen aus sozialistischen Ländern.¹⁵

12 Bayer Corporate History & Archives. Konzernverwaltung. K-Regionale Koordinierung/Controlling.

September 1985

13 Bayer Corporate History & Archives. Aktennotiz, 30. September 1985.

14 Bayer Corporate History & Archives. Bayer Konzernverwaltung Regionale Koordinierung und Controlling.

15 Bayer Corporate History & Archives. Marktinformationen aus Staatshandelsländern. 1985/1.

4

Warum die sowjetische Regierung weigerte, den Pharma-Sektor der Bayer AG intensiver zu benutzen, ist unklar, denn der Mangel der Arzneimittel Anfang der 1980er bzw. Ende der 1980er Jahre ist unumstritten.

Die katastrophale Lage im postsowjetischen Gesundheitswesen verbindet der Medizinhistoriker Heinz Müller-Dietz mit der Förderung der Schwerindustrie und Raumfahrt in der Sowjetunion, so dass der Gesundheitsdienst ganz hinter allen priorisierten Bereichen in der Sowjetunion stand.¹⁶ Seine Schilderung der Lage bzgl. Des Mangels an Medikamenten, an kompetenten Ärzten und der Medizintechnik teilt auch die Satirezeitschrift

„Krokodil“.¹⁷

Die Wahrnehmung der Lage des Gesundheitssystems zur Selbstheilung hat der Artikel „Patient, behandle dich

selbst“ in der Satirezeitschrift „Krokodil“ im Jahr 1989 verlautbart.¹⁸ Die

Reaktion auf den Artikel war groß. Die Redaktion der Satirezeitschrift

„Krokodil“ erhielt etliche Briefe von verzweifelten Bürgern.¹⁹ Die Redaktion schrieb auch etlichen Ministerien, um eine Antwort zu bekommen, wann endlich die Medikamente in die

Apotheken der Sowjetunion kommen. Die Antwort war, dass das Ministerium für Gesundheitswesen Verbesserung plane.²⁰ Die Redaktion stellte sich die

Frage: „Vielleicht helfen wir uns selbst?“. Im gleichen Artikel „Könnte der

Patient sich selbst behandeln?“ kündigte die Redaktion eigene Initiative in

Kooperation mit der Unionsvereinigung „Sojuzfarmacija“ an.²¹ Somit kämpfte Krokodil gegen „torricellische Leere“ in

Apotheken und angesagte Selbstheilung.²² Die Initiative „Krokodilskaja

Intiativa“ sollte die Organisationen, Firmen und Privatpersonen motivieren, die

Valjuta (ausländische Währung, Anm. d. Verf.) besitzen, 1,5 oder 2 Prozent zu spenden, damit dringend benötigte Medikamenten im Ausland eingekauft

werden konnten.²³ Die Bedingung war, dass die einheimischen Arzneimittel

Patienten nicht helfen konnten und dass Ärzte überzeugt

waren, dass – in dem konkreten Fall die ausländischen Präparate helfen werden.

Das Rezept sollte vom behandelten Arzt, Chef-Arzt und der Assistenz

unterschrieben werden. Patienten konnten sich wegen eines Arzneimittels mit

dem ärztlichen Rezept bei der Unionsvereinigung „Sojuzfarmacija“ melden.²⁴

Es gelang der Satirezeitschrift einige Organisationen und Firmen zu mobilisieren.

16 Müller-Dietz, Heinz: Das kranke Gesundheitswesen der Sowjetunion. In: Deutsches Ärzteblatt, Heft 24, 11. Juni 1987.

S. A-1701

17 Müller-Dietz, Heinz: Das kranke Gesundheitswesen der Sowjetunion. In: Deutsches Ärzteblatt, Heft 24, 11. Juni 1987.

S. A-1701-A1703, Krokodil, 1989, Nr. 13, S.4

18 Krokodil, 1989, Nr. 13, S.4

19 Krokodil, 1989, Nr. 28, S.2

20 Krokodil, 1989, Nr. 28, S.2

21 Krokodil, 1989, Nr. 28, S.3

22 Krokodil, 1990, Nr. 1, S.3

23 Krokodil, 1989, Nr. 28, S.2-3

24 Krokodil, 1990, Nr. 1, S. 3

5

Anfang November klingelte das Telefon. Das waren unsere alten Bekannten von der westlichen Firma „Bayer“, so die Zeitschrift „Krokodil“. Vertreter der Firma „Bayer“ meinte: „Wir produzieren nicht nur Pflanzenschutzmittel, sondern auch Arzneimittel. Wir möchten an Ihrer Aktion teilnehmen.“²⁵ Anfang November fand ein Treffen im Ministerium für Gesundheitswesen statt: Vertreter der Firma „Bayer“, Generaldirektor der Unionsvereinigung „Sojuzfarmacija“ Aleksandr Apazov und Korrespondent der Zeitschrift „Krokodil“. Herr, Genosse und Korrespondent haben die Initiative besprochen – so „Krokodil“.²⁶ Das war der große Gewinn für die Stiftung „Lekarstvo“, dass der deutsche Pharmakonzern „Bayer“ im Rahmen der Initiative Medikamente wie Aspirin, Paracetamol, Adalat für 3 Mio. D-Mark gespendet hat.²⁷

Auch bei der Initiative kann es festgehalten werden, wie postsowjetische Bürger an ihrem Staat und an der Gesellschaft insgesamt verzweifelt waren. In die Redaktion der Satirezeitschrift „Krokodil“ kam ein Brief von einer Dame, die zweifelte, ob die Medikamente an die Zielgruppe ankommt:

„Du glaubst, dass ausländische Medikamente an die Leidenden gehen werden?

Leider... An all diese

Medizinmittel legen ihre Pforte škuroděry-kooperatory (sehr geizige

Genossenschaftler, Anm. d. Verf.). Oder irre ich mich?“²⁸

Die Redaktion der Satirezeitschrift „Krokodil“ versicherte die Leserin, dass sie sich irrt, weil die Protokollierung der Vergabe der Medikamente durch hochrangige Persönlichkeiten des Gesundheitsministeriums und natürlich durch den Chefredakteur des „Krokodils“ durchgeführt wird.²⁹ Es sei hier erwähnt, dass die Medikamente (Paracetamol, Adalat und Aspirin) Menschen aus der Region Černobyl', Veteranen des Zweiten Weltkrieges und kranke Kinder erhielten.³⁰ Auf die Messe „Gesundheit 90“ wurde die Redaktion der Satirezeitschrift „Krokodil“ von der Bayer AG eingeladen, wo die deutsche Firma ausgestellt hat.³¹ Der Messestand präsentierte sowohl die neuesten Arzneimittel als auch die Ausgaben der Satirezeitschrift „Krokodil“.³² „Die Messe wurde auch durch die Ausgaben Nr.5 und Nr. 9 schmückt, wo die Informationen über das großzügige Geschenk der Bayer AG zu finden waren.“³³ Die Ausgaben wurden neben den Messegästen, Experten, als auch hochrangigen Politikern präsentiert.³⁴

25 Krošin, Grigorij: Est' pervye lekarstva. In: Krokodil, 1990, Nr. 5, S. 3

26 Krošin, Grigorij: Est' pervye lekarstva. In: Krokodil, 1990, Nr. 5, S. 3

27 Krošin, Grigorij: Est' pervye lekarstva. In: Krokodil, 1990, Nr. 5, S. 3

28 Krošin, G.: Krokodil'skaja Inicijativa. Piljulja dlja knigi Ginnessa. In: Krokodil, 1990, Nr. 22, S. 6.

29 Krošin, G.: Krokodil'skaja Inicijativa. Piljulja dlja knigi Ginnessa. In: Krokodil, 1990, Nr. 22, S. 6.

30 Krošin, G.: Krokodil'skaja Inicijativa. Piljulja dlja knigi Ginnessa. In: Krokodil, 1990, Nr. 22, S. 6-7.

31 Krošin, G.: Krokodil'skaja Inicijativa. Piljulja dlja knigi Ginnessa. In: Krokodil, 1990, Nr. 22, S. 7.

32 Krošin, G.: Krokodil'skaja Inicijativa. Piljulja dlja knigi Ginnessa. In: Krokodil, 1990, Nr. 22, S. 7.

33 Krošin, G.: Krokodil'skaja Inicijativa. Piljulja dlja knigi Ginnessa. In: Krokodil, 1990, Nr. 22, S. 7.

34 Krošin, G.: Krokodil'skaja Inicijativa. Piljulja dlja knigi Ginnessa. In: Krokodil, 1990, Nr. 22, S. 7.

6

Die Messe „Gesundheit 90“ war ein Ansporn dafür, dass die ersten Pläne bzgl. der Einfuhr der Arzneimittel der Bayer AG in die Sowjetunion auf der Ebene der Parteiführung kamen. Die Zeitschrift der Bayer AG „Unser Werk“: „Der Sektor Gesundheit der Bayer AG stellte auf der Messe „Gesundheit 90“ in Moskau die Produkte der drei Geschäftsbereiche Pharma, Diagnostika und Selbstmedikation vor. Unter den Vorzeichen der zunehmenden politischen und wirtschaftlichen Öffnung zum Westen traf diese alle 5 Jahre stattfindende Fachmesse für das gesamte Gesundheitswesen auf allseits großes Interesse. Bei Gesprächen mit dem sowjetischen Gesundheitsminister Denisov wurden Vereinbarungen darüber getroffen, dass die Zusammenarbeit bei der Herstellung von Arzneimitteln zwischen der Bayer AG und sowjetischen Partnerfirmen gefördert wird.“³⁵

Das Schicksal der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bayer AG und der Sowjetunion erinnert an die Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Pepsi-Cola-Konzern und der Sowjetunion. Nikita Chrušëv probierte das amerikanische Getränk „Pepsi-Cola“ auf der amerikanischen nationalen Messe in Moskau im Jahr 1959. Eine

Fabrik in Novorossijsk produzierte „Pepsi-Cola“ erst im Jahr 1974. Da Rubel keine internationale Währung war, tauschte der Konzern „Pepsi-Cola“ gegen den Wodka „Stoličnaja“. Da die Nachfrage an den Wodka gesunken hat, tauschte er „Pepsi-Cola“ gegen Kriegsschiffe (im Jahr 1989 verfügte der Konzern über 17 U-Boote, einen Kreuzer, eine Fregatte und einen Zerstörer).

Im Jahr 1994 eröffnete Bayer die juristische Aktiengesellschaft „Bayer“ in Russland. Bis dahin spendierte Bayer AG noch weitere Aspirin-Tabletten an russische Patienten und Krankenhäuser. „Mit einer Großlieferung Aspirin hat

die Bayer AG die deutsche Spendeninitiative „Ein Herz für Rußland“
unterstützt: Das Unternehmen stellte
insgesamt 26 Krankenhäusern in Moskau und St. Petersburg 20 Millionen
Tabletten des weltbekannten Schmerzmittels kostenlos zur Verfügung.“³⁶
35 Eb.: Zusammenarbeit mit UdSSR wird erweitert. In: Unser Werk. Zeitschrift
der Bayer AG. 1990/5. S. 23.
36 Eb.: Zusammenarbeit mit UdSSR wird erweitert. In: Unser Werk. Zeitschrift
der Bayer AG. 1993/5. S. 24.

Der Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft als Motor der Wirtschaftsdiplomatie? (1952-1970)

Urs Unkauf (Humboldt-Universität zu Berlin)

Einleitung

Während für die Zwischenkriegszeit von 1918 bis 1939 einige Arbeiten vorliegen und auch die anfangs bestehende wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Reiches mit der Sowjetunion unter der Herrschaft der Nationalsozialisten vergleichsweise gut erforscht ist, gibt es für die Phase der deutschen Teilung im Kontext des Kalten Krieges noch Desiderate der Forschung und Hintergründe zu beleuchten.

Interessant ist hierbei im Speziellen, die Perspektiven unterschiedlicher Akteure zu betrachten: Wirtschaft, Politik sowie den ‚Vermittlern‘ zwischen diesen beiden gesellschaftlichen Teilbereichen. Wirtschaftliche Interessenvereinigungen und Verbände nehmen hierbei in einer marktwirtschaftlich verfassten Wirtschaftsordnung eine zentrale Stellung als Sprachrohr der Wirtschaft zur Politik - und umgekehrt - ein.

Die Gründung des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft im Jahr 1952, als der Systemkonflikt zwischen Ost und West auf einem seiner Höhepunkte angelangt war, kann als eine Strategie des pragmatischen Umgangs der Wirtschaft mit den Rahmenbedingungen in der internationalen Politik angesehen werden. Die Frage nach der Rolle von gesamtwirtschaftlicher Verantwortung versus die Stärke partikularer Interessen gegenüber der Außenpolitik spielt ebenso eine Rolle, wie die Frage nach dem Verhältnis der privatwirtschaftlichen Erfüllung staatlicher außenpolitischer Richtlinien gegenüber der ‚offiziellen‘ Außenpolitik staatlicher Institutionen und Behörden.

Neben der kenntnisreichen Monographie von Jüngerkes, die diese Fragen jedoch der Intention einer Gesamtdarstellung geschuldet nur am Rande behandeln kann,

existiert bisher keine aktuelle Forschung, die sich der Bedeutung dieses zentralen Verbandes der deutschen Wirtschaft in Bezug auf die wirtschaftspolitischen Beziehungen der ‚Bonner‘ Bundesrepublik mit der Sowjetunion widmet.

Daran anknüpfend gilt es zunächst, Begrifflichkeiten wie „Wirtschaftsdiplomatie“, „Außenpolitik“ und „Wirtschaftspolitik“ in Bezug auf den Untersuchungsgegenstand zu definieren und analytisch abzugrenzen.

Basierend auf einer einleitenden Darstellung der geopolitischen Umstände nach 1945, welche die Beziehungen zwischen den westlichen Besatzungszonen, der späteren Bundesrepublik und der Sowjetunion betreffen, folgt eine Analyse der politischen Debatten im Zusammenhang mit der Gründung des Ost-Ausschusses 1952. Diese wird von der Frage geleitet, welchen Einfluss die Neugründung damals auf die Politik der Bundesregierung im Hinblick auf die Schaffung wirtschaftlicher Kontakte und Verbindungen zur Sowjetunion ausüben konnte. Dieser Fokus verhindert zugleich eine vertiefende Betrachtung der bis zur Gründung des Asien-Pazifik-Ausschusses im Jahr 1993 bestehenden wirtschaftsdiplomatischen Verbindungen nach Ostasien (Volksrepublik China, Mongolei, Vietnam und Nordkorea) und Jugoslawien, die jeweils in einem eigenen Vortrag analysiert zu werden verdienen. Auch die deutsch-deutschen Beziehungen treten bei dieser Darstellung weitestgehend in den Hintergrund.

Die daraus gewonnenen Erkenntnisse können vertiefende Einblicke in die Funktionsmechanismen eines für die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen maßgeblich relevanten Verbandes liefern sowie Anregungen zu weiteren wirtschaftshistorischen Betrachtungen ermöglichen.

Zeitlich wird mein Beitrag bei der Gründung im Jahr 1952 ansetzen und den Zeitraum bis zu den Erdgas-Röhren-Geschäften in den 1970er Jahren näher betrachten.

Untersucht werden sollen (auch vor dem Hintergrund aktueller Relevanz) die Fragestellungen:

- Was kann die Wirtschaft in einer Zeit der politischen Konfrontation leisten?
- Welche Handlungsmöglichkeiten der Akteure beeinflussten die wechselseitigen Beziehungen zwischen Politik und Wirtschaft in der 'Bonner Republik' im Hinblick auf die wirtschaftlichen Beziehungen zur UdSSR?

Daraus ergibt sich ein Spannungsfeld, innerhalb dessen die Möglichkeiten und Grenzen von Wirtschaftsdiplomatie von einer Hochphase des Kalten Krieges bis zum Beginn der Entspannungspolitik

I. Begriffe

I.A) Außenpolitik

In erster Linie bezeichnet der Begriff ‚Außenpolitik‘ das Wechselverhältnis der Beziehungen staatlicher Akteure zueinander. Zugleich können aber auch nicht- oder semi-staatliche Akteure einen wirkmächtigen Einfluss auf außenpolitische Prozesse ausüben. Die bis 1990 de jure eingeschränkte Souveränität der Bundesrepublik Deutschland in diesem zentralen Politikbereich darf nicht außer Acht gelassen werden, wenn von den Möglichkeiten und Grenzen des Ost-Ausschusses gesprochen wird.

I.B) Wirtschaftsdiplomatie

Der Begriff der Wirtschaftsdiplomatie ist etwas komplexer, da er sich im Spannungsfeld der Handlungsmöglichkeiten zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren bewegt. Meist wird er in der Praxis daraufhin angewandt, um die Einfluss- und Netzwerkmöglichkeiten von privatwirtschaftlichen Unternehmen oder Wirtschaftsverbänden auf staatliche Institutionen und Akteure wie Minister, Staatssekretäre und Abgeordnete zu analysieren.

Im Selbstverständnis des Ost-Ausschusses findet sich dies wieder: Er handelte, wie Jüngerkes schreibt „eigenverantwortlich, aber beauftragt, unterstützt und legitimiert von der Bundesregierung“⁹⁵

II Der Osthandel in Nachkriegswestdeutschland

II A) Situation nach dem Zweiten Weltkrieg

- Abhängigkeit von Absatzmärkten im Ausland besonders stark in den Westzonen
- Vormacht der Alliierten im Außenhandel - Erst im Dezember (!) 1949 Übertragung der vollen Hoheitsrechte in diesem Bereich an die BRD
- Aber: bis zum März 1951 musste die BRD jede außenwirtschaftliche Aktivität wie beispielsweise Transaktionen bei den Alliierten anmelden und genehmigen lassen
- Im selben Monat: Neugründung des Auswärtigen Amtes
- 1951 betrug die Handelsbilanz der BRD mit Osteuropa nur noch etwa ein Zehntel des Vorkriegsniveaus
 - ➔ Heikle Situation: BRD musste neue Handlungsspielräume schaffen, ohne die Alliierten (insbesondere USA) zu verstimmen
 - ➔ Lediglich vertrauliche Konsultationen seitens der Regierung mit Unternehmern über Konditionen und Restriktionen möglich (beispielhaft: Rolle von Hans Kroll, Leiter der Ost-Abteilung im Wirtschaftsministerium und späterer BRD-Botschafter in der Sowjetunion)

II B) Die Gründung des Ost-Ausschusses 1952

- Marshallplan lief 1952 aus – sicherlich ein Faktor, der den Schritt zur Gründung des OA begünstigte, da die unmittelbare wirtschaftliche Abhängigkeit von den USA zurückging

⁹⁵ Jüngerkes, S. 14.

- Gründung des OA als „Antwort der deutschen Unternehmerschaft auf die komplexe Problematik des Ost-West-Handels“⁹⁶
 - ➔ Zu Beginn ab Februar 1952 Institutionalisierung eines Gesprächsforums zwischen Wirtschaftsvertretern und der Bundesregierung
 - ➔ Infolge von Konsultationen zwischen der Bundesregierung und den Siegermächten, aber auch zwischen diesen auf multilateraler Ebene wurde am 26. Juni 1952 der Kabinettsbeschluss zur Gründung eines Ost-Ausschusses gefasst.
 - ➔ 14. Juli 1952: erstes als „privat“ deklariertes Treffen in Frankfurt am Main
 - ➔ Anregung von Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard beim Treffen am 9. Oktober: Einbeziehung der führenden Wirtschaftsverbände Bund der Deutschen Industrie (BDI), Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK) sowie Bundesverband Groß- und Außenhandel (BGA) + Alleinvertretungsanspruch der Gesamtwirtschaft für den Osthandel
 - ➔ Formale Eintragung am 17. Dezember 1952 in Köln
- Erster Vorsitzender wurde der Industrielle (Geschäftsführer der Deutschen Maschinenbau-Aktiengesellschaft DEMAG) Hans Reuter, der bis 1955 im Amt blieb
- Ihm folgte im Jahr 1955 der Kölner Stahlunternehmer Otto Wolff von Amerongen
 - ➔ Der Ost-Ausschuss verkörpert damit die erste regional fokussierte Initiative der bundesdeutschen Wirtschaft und übernimmt in der Phase seiner Gründung auch eine „ersatzdiplomatische Rolle“ gegenüber denjenigen Staaten, mit denen (noch) keine diplomatischen Beziehungen bestehen

⁹⁶ Jüngerkes, S. 27.

II C) Wirtschaftsdiplomatische Leistungen der 1950er Jahre

- UdSSR vergab 1953 erstmals kleinere Aufträge in der BRD – sowjetische Wirtschaftsdiplomaten reagierten pragmatisch auf die neuen Möglichkeiten und blendeten politische Fragen in wirtschaftlichen Verhandlungen weitgehend aus
- Gescheiterte Moskau-Reise Wolff von Amerongens 1954 als Beispiel für divergierende Interessen von Politik und Wirtschaft im Kompetenzbereich des OA
- Abschluss der ersten bilateralen Wirtschaftsverträge mit RGW-Staaten und der Sowjetunion: Rumänien (1956), VR China (1957), UdSSR (1958)
- Zahlreiche Verhandlungen im Rahmen semiprивater Treffen, die der Öffentlichkeit weitgehend vorenthalten waren (beispielsweise 1953 und 54 in Bern)
- Moskaureise von Bundeskanzler Adenauer im Jahr 1955 vermied wirtschaftliche Fragen oder gar Geschäftsanbahnungen – OA sollte sich nun auf Länder fokussieren, mit denen keine diplomatischen Beziehungen bestanden
- Seit 1952 verdoppelte sich das Handelsvolumen mit der UdSSR jährlich und überschritt 1956 den Wert von über einer halben Milliarde Mark
- Erst 1958 wurde die Konvertabilitätsbeschränkung der D-Mark vollständig abgeschafft
- Institutionelle Rolle des OA zwischen Flexibilität und Informalität einerseits und staatstragender Rolle und Repräsentationsfunktion (mit straffer innerer Bürokratie) andererseits

III Die Phase von 1960-1970: Etablierung und Stabilisierung

III A) Die 1960er Jahre

- Von 1958 bis 1961 kontinuierlich steigende Handelsbilanzen – trotz politischer Komplikationen wie der Berlin-Frage und dem Mauerbau

- 1962/63: Röhren-Exportembargo der BRD i die Sowjetunion: Zurückhaltung des OA aus taktischen Gründen
- Haltung des OA zu Sanktionen: wirtschaftlich weitgehend unbedeutend und politisch schädlich für die ohnehin angespannten Beziehungen
- 1963-67 verschlechterte sich die Handelsbilanz der BRD mit der Sowjetunion, erst ab 1969 entstand wieder eine positive Dynamik (Grund: Bedeutung des Stahlhandels für den bundesdeutschen Osthandel /NATO-Röhren-Embargo)

-

III B) Vom Ost-Ausschuss zur Ostpolitik:

- 1970er Jahre: Erdgas-Röhren-Geschäfte als Meilenstein der deutsch-sowjetischen Wirtschaftszusammenarbeit und Transmissionsriemen der politischen Entspannung im Zeichen der Ostpolitik von Bundeskanzler Willy Brandt
- Ab dem 1. Februar 1970: Röhrenlieferung und Kreditgewährung bundesdeutscher Firmen und Banken gegen Erdgaslieferungen aus der Sowjetunion (bereits Ende der 1950er Jahre im Gespräch von Entscheidungsträgern, aber blockiert durch die Haltung der USA im Röhren-Embargo von 1962)

-

IV Fazit und Diskussionsanregungen

- Anknüpfend an das einschlägige Überblickswerk von Jüngerkes aus dem Jahr 2012 anlässlich des 60-jährigen Bestehens des Ost-Ausschusses verdienen es die einzelnen Phasen von dessen Wirken, genauer betrachtet zu werden. Insbesondere für qualitative Studien anhand von Archivunterlagen und Dokumenten von Mitgliedsunternehmen besteht vielfältiges Potential.

- Kann man von einer besonders günstigen Rolle für wirtschaftsdiplomatische Ansätze im korporatistischen Institutionengefüge der Bonner Republik sprechen? Nach meiner Auffassung sprechen gewichtige Gründe dafür, dass die institutionelle Struktur der westdeutschen Nachkriegsordnung das Wirken dieses Verbandes in dieser Form überhaupt erst ermöglicht hat. Ein systematischer Vergleich mit dem Russland-Ausschuss der Zwischenkriegszeit bildet nach wie vor ein Desiderat der Forschung.
- Und schließlich: Können wir etwas aus der Geschichte des Ost-Ausschusses für die Fragen der Gegenwart lernen und falls ja, was?

Archivquellen:

Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv Köln (RWVA): Bestand 175: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft.

Literatur:

AUDOUARD, Rolf: Trade without diplomatic relations — the experience of the federal republic of Germany. In: Journal of East and West Studies, Nr. 14 (1), 1985, S. 41-49.

BERNARDINI, Giovanni: Principled Pragmatism: The Eastern Committee of German Economy and West German-Chinese relations during the early Cold War, 1949-1958. In: Modern Asian Studies, Nr. 51 (1), 2017, S. 78-106.

GOTTHELF, Michael: Außenhandelsentwicklung und Außenhandelsstrategie in der Sowjetunion. Die Entwicklung des Außenhandels der Sowjetunion mit den westlichen Industrienationen und die sowjetische Außenhandelsstrategie in den Jahren 1918-1978. Frankfurt 1979.

JÜNGERKES, Sven: Diplomaten der Wirtschaft. Die Geschichte des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft. Osnabrück 2012.

- MAULUCCI, Thomas: The foreign office of the federal republic of Germany and the question of relations with communist states, 1953–55. In: *Diplomacy & Statecraft*, Nr. 12 (1), 2001, S. 113-134.
- MEISSNER, Boris/ EISFELD, Alfred (Hrsg.): 50 Jahre sowjetische und russische Deutschlandpolitik sowie ihre Auswirkungen auf das gegenseitige Verhältnis. *Studien zur Deutschlandfrage*, Bd. 14, Berlin 1999.
- PIEL, Dieter: Die außenpolitische Rolle der Wirtschaftsverbände. In: SCHWARZ, Hans-Peter (Hrsg.): *Handbuch der Deutschen Außenpolitik*, München/ Zürich 1975, S. 207-215.
- RUDOLPH, Carsten: *Wirtschaftsdiplomatie im Kalten Krieg. Die Ost-Politik der westdeutschen Großindustrie 1945-1991*. Frankfurt/ New York 2004.
- SCHUEFLER, Armin: Das Röhrenembargo von 1962/63. Zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen in der späten Adenauerzeit. Gießen 1996.
- SCHLARP, Karl-Heinz: *Zwischen Konfrontation und Kooperation. Die Anfangsjahre der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen in der Ära Adenauer*. Münster 2000.
- DERS./ WINDELEN, Markus: Das Dilemma des westdeutschen Osthandels und die Entstehung des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft 1950-1952. In: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 41/2, 1993, S. 223-276.
- STENT, Angela: *Wandel durch Handel? Die politisch-wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion*. Köln 1983.
- WOLFF VON AMERONGEN, Otto: *Der Weg nach Osten. Vierzig Jahre Brückenbau für die deutsche Wirtschaft*. München 1992.
- WÖRMANN, Claudia: *Der Osthandel der Bundesrepublik Deutschland. Politische Rahmenbedingungen und ökonomische Bedeutung*. Frankfurt/ New York 1982.

**Экономическое сближение ФРГ-СССР 1969-1974 годов: причины,
акторы, основные направления**

Тема исследования является относительно новой для автора, поэтому сегодня будут представлены промежуточные результаты. К настоящему времени проведена работа в двух немецких архивах: архиве Конрада Аденауэра в Рёндорфе и архиве Вилли Брандта в Бонне и в трёх российских архивах: Российском государственном архиве экономики (РГАЭ), Российском государственном архиве новейшей истории (РГАНИ) и Архиве внешней политики (АВП РФ).

В российско-германских отношениях после Второй мировой войны экономика всегда играла особую и очень роль: она стала той конструктивной основой, которая скрепила их, взаимовыгодно связала дополнительными прочными каналами взаимодействия. Даже сегодня РФ реализует совместно с ФРГ, во многом вопреки её западным союзникам, масштабные проекты, подобно "Северному потоку 2". Так было не всегда, на достижение высокого уровня стратегического партнерства ушел десятилетия. С 1949 года до конца 1960-х годов до стратегического партнерства было очень далеко, развитие экономического сотрудничества искусственно сдерживались конфронтационным противостоянием государств в рамках Холодной войны. Ситуация начала постепенно меняться в 1960-е годы, а с приходом к власти социал-демократического правительства Брандта последовал прорыв.

Для Аденауэра экономика выступала не обособленной областью возможного взаимовыгодного сотрудничества, а дополнительным инструментом в борьбе с коммунизмом. Он до последнего ждал ухудшения экономического положения в СССР и последующего

⁹⁷ К.и.н., Омский государственный университет им. Ф.М. Достоевского

советского отступления из Восточной Европы. Поэтому и поддержал в начале 1960-х годов эмбарго на поставку труб, что не добавило ему популярности в СССР (передовица "Комсомольской правды" от 5 марта 1963 года содержала статью о начале производства труб большого диаметра в Челябинске, снабженную фотографией первой выпущенной трубы, на которой рабочие крупными буквами написали "Труба тебе, Аденауэр!!!"). Тогда же Аденауэр выступил против поставок зерна в СССР, стремясь "загнать Советы в угол". Закон о внешней торговле ФРГ 1961 был либеральным за исключением торговли с восточным блоком. Страны-экспортеры делились на 3 группы по ввозному режиму, и в отношении соцстран он был самым дискриминационным: ввоз некоторых видов товаров был запрещен, а большинства - строго лимитирован количественно (контенгирован). Чтобы закупить в СССР продукцию, немецкий контрагент должен был подать заявку и получить лицензию от правительства.

В 1961 году на большую внутривосточную арену ФРГ как кандидат на пост канцлера от СДПГ вышел Вилли Брандт. В концепции восточной политики Брандта экономика играла совсем другую роль. Интересно, что первый известный источник с размышлениями об экономическом развитии СССР – это выпускное сочинение Брандта в гимназии, 1931-1932. Брандт-гимназист писал: «С экономической точки зрения Советы делают огромные вещи. И в этом их суть, что они превращаются из отсталой аграрной страны в прогрессивную страну с самыми современными технологиями. Им пророчат закат уже 15 лет. Они двигаются вперед». В своих статьях периода эмиграции он неоднократно призывал западные страны к экономическому сотрудничеству с СССР, считал, что Запад должен помочь СССР в его послевоенном экономическом строительстве. Для более позднего политика Брандта важную роль играла теория конвергенции. Согласно этой теории, два военных блока в конечном итоге должны сближаться через следующие экономические процессы и тенденции: общее направление научно-

технического прогресса, сходство в организационных формах производственных процессов (например, автоматизация), наличие высокообразованных, высококвалифицированных специалистов и т. д. Концепция Брандта "изменений через сближение" предполагала добиться улучшений путем тактики мелких шагов в областях, свободных от непримиримых противоречий (культура, наука, спорт, экономика). Уже на посту бургомистра Западного Берлина Брандт прилагал усилия для интенсификации экономических контактов. В 1966 году он стал министром иностранных дел. С середины 1960-х годов все отчетливее начинает складываться альянс, приведший ФРГ к прорыву в восточной политике: СДПГ, СвДП и заинтересованные в экспорте на Восток немецкие промышленники.

Представители восточного комитета немецкой экономики стали посланниками новой восточной политики, иногда и в прямом смысле слова. В апреле 1967 года заместителя начальника управления торговли с западными странами Министерства внешней торговли СССР (МВТ) Курепова посетил представитель западногерманской фирмы «Зальцгиттер» Кох. Протокол беседы содержится в фондах РГАЭ. Накануне поездки в Москву Кох беседовал с министром иностранных дел ФРГ Брандтом. Брандт высказался за неофициальную встречу с министром внешней торговли СССР Патоличевым на нейтральной территории. По мнению, Коха, «встреча Брандта с Патоличевым могла бы содействовать развитию советско-западногерманских торговых отношений, подобно тому, как это было после визита А.И. Микояна в ФРГ». Более того, как сообщил Кох, «Брандт просил довести до сведения советской стороны его согласие по следующим 5 пунктам, в качестве предварительной основы для переговоров: признание существующей границы с Польшей; признание границы с Чехословакией; отказ ФРГ от ядерного вооружения; упорядочение отношений с ГДР; либерализация торговли с СССР». Курепов ответил, что последние вопросы не входят в компетенцию МВТ и пообещал доложить о них руководству, что и сделал. Таким образом,

Брандт уже в 1967 году посылал сигналы о готовности решения важнейших политических проблем через один из первых налаженных каналов двусторонней конструктивной коммуникации: МВТ-представители немецкого бизнеса.

Что касается советской стороны в целом, то начиная с 1952 года, с проведения международной экономической конференции в Москве, можно говорить о смене концепции внешнеэкономической политики СССР, об ее большей открытости относительно Запада. Советское руководство стремилось вывести экономические контакты с Западом из общего конфликтного поля взаимодействия Холодной войны. Начало эпохи Брежнева знаменовалась дальнейшим углублением этой линии, взаимовыгодное недискриминационное экономическое взаимодействие со странами Запада становится важнейшим элементом советского позиционирования на мировой арене: СССР стремился к равенству и диалогу, стабилизации своих позиций в Европе за счет снижения конфронтации с Западом и консолидации собственного лагеря. Готовность развивать торговлю с промышленно развитыми капиталистическими странами, которые готовы развивать торговлю с СССР, была декларирована на XXIII Съезде КПСС в 1966 году. Постепенно на Западе СССР стали воспринимать не как угрозу, а как индустриальную развитую страну с большими возможностями для бизнеса, как надежного партнера.

В Германии Советский Союз видел поставщика современного высокопроизводительного оборудования, техники, передовых технологий и выгодного рынка для своей продукции, особенно сырья и энергоресурсов. В то же время, конечно, решалась сопутствующая политическая задача нормализации отношений с ФРГ и завоевания поддержки влиятельных экономических и промышленных кругов. Эти две группы аргументов содержатся неизменно в аналитических записках советских послов Царапкина 1969 года и Фалина 1971 года о необходимости развития экономических связей с ФРГ. Документы хранятся в АВП РФ. У Фалина это звучало так: «Наша активная линия в

налаживании экономического и научно-технического сотрудничества будет укреплять позиции сторонников ратификации Московского договора... ФРГ представляет значительный интерес для нас, прежде всего, как поставщик высокопроизводительного современного оборудования, прогрессивных технологий и как выгодный рынок, где можно реализовывать практически все изделия, выпускаемые и экспортируемые Советским Союзом».

Что касается персоналий в советском руководстве, то здесь, безусловно, следует выделить самого Брежнева, на тот период еще деятельного политика, проявлявшего большой интерес к развитию отношений с ФРГ, в том числе внешнеэкономических. Брежнев использовал для этого установившиеся хорошие личные отношения с Брандтом. В Воспоминаниях Фалина выделяется также конструктивная роль Андропова, на тот момент председателя КГБ СССР. Необходимо отметить значение МИДА СССР, руководителя 3-го Европейского отдела и впоследствии посла в ФРГ Фалина. Брежнев, Андропов, советский МИД с Фалиным составляли противовес некоторым консервативным функционерам Международного отдела ЦК КПСС (Суслов, Пономарев). И, безусловно, следует подчеркнуть значительный вклад министра внешней торговли Патоличева. Тот же Фалин считал его фигурой масштаба генсека, независимым, сильным и самостоятельным политиком. На мой взгляд, документы РГАЭ подтверждают это суждение. Советские чиновники от внешней торговли (министр Патоличев, его заместители Манжуло, Осипов) общались с немецкими коллегами и бизнесменами профессионально и по-деловому, последовательно защищали экономические интересы СССР. Их слова практически не содержали идеологии: ни слова о превосходстве советской системы, классовой борьбе, экономической теории марксизма и т. д. Говорили о ценах (прекрасно разбираясь в мировой конъюнктуре), условиях доступа на рынок, ставках по кредитам и т.п. Это был чистый бизнес. Последовательную работу по либерализации взаимной торговли вело

Торговое представительство СССР в ФРГ, прежде всего через своего главу Волчкова, развившего в этот период большую публичную активность (он даже выступал с этой темой по западногерманскому телевидению).

Фонды РГАЭ показывают, что к 1969 году (к моменту формирования правительства Брандта) в потенциале развития двусторонних экономических отношений накопилась критическая масса, обеспечившая последующий качественный прорыв. Архивные документы 1966-1969 годов фиксируют недовольство немецких промышленников ограничениями экспорта советских природных ресурсов, трудностью доступа на советский рынок и открытия представительств в Москве, недовольство советской стороны - количественными ограничениями советского экспорта, его сугубо сырьевой направленностью. Представители западногерманской индустрии активно посещали Москву и озвучивали свои проблемы на встречах с функционерами МВТ. Здесь побывал весь цвет немецкой индустрии («БМВ», «Даймлер-Бенц», «Тиссен», «Сименс», «Крупп», «Бош», «Хёхст» и др.): все хотели завоевать открывающийся на глазах огромный рынок сбыта.

Настоящий прорыв в области двусторонних торгово-экономических отношений происходит после прихода к власти правительства Брандта, что показывает, насколько эти тенденции долгое время искусственно сдерживались политически. Развитие было действительно прорывным: общий объем двусторонней торговли с 1969 по 1974 года вырос в 10 раз. Параллельно политическим консультациям по заключению Московского договора летом 1970 года шли переговоры немецких фирм в Москве по заключению контрактов. Многие для этого сделали непосредственно руководители государств: Брандт и Брежнев уделяли большое внимание экономическим вопросам на переговорах в Москве (1970), Орланде (1971), Бонне (1973), лично договаривались о создании совместной экономической комиссии (наподобие германо-французской). Параллельно Брандт встречался с представителями немецкой промышленности, согласуя важнейшие направления партнерства. Косыгин и Шеель на

переговорах определяли новые ключевые сферы взаимодействия (электроника, химия, транспорт), Бар встречался с министром химической промышленности СССР. Впервые политика не только шла в ногу с экономикой, но и обгоняла ее, задавала новые векторы развития.

Буксовавшие с 1966 года переговоры о заключении нового торгового соглашения были резко активизированы с приходом к власти правительства Брандта. До этого советская сторона фактически торпедировала продолжение переговоров из-за наличия торговых ограничений. Большинство ограничений было снято в 1970 году, после этого стороны провели два раунда переговоров: в феврале-марте 1971 года в Бонне и в апреле 1972 года в Москве. В 1972 году было подписано долгосрочное соглашение о торговле и экономическом сотрудничестве между СССР и ФРГ. Интересно, что во время переговоров по новому соглашению СССР предлагал распространить на ввоз своих товаров в ФРГ таможенные привилегии на ввоз аналогичных товаров в ФРГ из стран-участниц ЕЭС - это показывает потенциальный уровень желаемого советской стороной партнерства.

Советский Союз в этот период неоднократно заявлял желание получить от ФРГ торговые преференции, аналогичные странам-участницам ЕС. Когда немецкие журналисты спросили советского торгпреда в ФРГ Волчкова, на каком собственно основании должны быть предоставлены эти привилегии, тот отвечал, что на основании режима наибольшего благоприятствования, зафиксированного в торговом договоре 1958 года. Поскольку это стремление СССР раз за разом фрустрировалось, советские функционеры выступали с критикой ЕЭС, который и в целом СССР не особо нравился.

Несколько цитат к дискуссии по этому поводу, использованы документы РГАЭ и РГАНИ. Министр иностранных дел ФРГ Шеель, после встречи с Громыко в 1970 году докладывал на совместном заседании внешнеполитических комитетов бундестага и бундесрата: „Я проинформировал Громыко о развитии ЕЭС, заявив ему, что интеграция

осуществляется ускоренными темпами и что наблюдается тенденция к созданию западноевропейского союза. Эту тенденцию сегодня уже нельзя не видеть или оспаривать. Поэтому мы считаем сотрудничество между ЕЭС и странами Варшавского договора необходимым. Я также сказал Громько, что ЕЭС не является каким-то динозавром, который намерен все разрушить и сожрать. Этот зверь выращен в зоопарке и имеет хорошие манеры“. Министр внешней торговли СССР Патоличев заявлял в 1971 году Герхарду Шрёдеру, тогда председателю внешнеполитического комитета бундестага: „Наша отрицательная точка зрения к этой экономической группировке не меняется. Мы считаем, что интересам народов в большей степени отвечает укрепление и развитие отношений на двусторонней основе. Если бы «общий рынок» имел уже всю полноту экономической власти, неизвестно, как бы удалось заключать такие крупные контракты, как, например, контракты на поставку газа и труб или контракт с фирмой «ФИАТ»“.

В период 1969-1974 годов инициатива развития экономических связей зачастую исходила от советской стороны: например, в вопросах внесения вопросов экономики в повестку переговоров на высшем уровне, создания и начала продуктивной работы двусторонней экономической комиссии, разработки совместных экономических проектов и т.д. Например, 18-22 мая 1973 года состоялся визит Брежнева в Бонн, 19 мая он встречался с деловыми кругами ФРГ. 1 июня Брандта посетил советский посол Фалин, Архив Вилли Брандта содержит протокол беседы. Фалин передает канцлеру благодарственное письмо за прием, при этом ставит следующие вопросы. Отмечает, что заседание советско-германской экономической комиссии прошло в апреле, следующее будет в октябре, называет столь большой перерыв организаторским вакуумом. Кроме того Фалин подчеркивает, что лично у Генерального секретаря сложилось впечатление, что промышленники, с которыми он говорил, были сдержаны, что они опасаются масштабов задач и проектов и что в конечном итоге Советский Союз будет вынужден обратиться к другим

партнерам, например США. Реакция Брандта: провести встречу комиссии раньше, поручить ответственным лицам заняться реализацией достигнутых договоренностей.

Что касается основных направлений экономического сотрудничества, то здесь прежде всего необходимо выделить энергетическое партнерство. Интересно, что началось все с Австрии. Советский Союз решил строить газопровод в Италию через Чехословакию. В ноябре 1966 года Председатель Президиума Верховного Совета СССР Подгорный во время визита в Вену обмолвился, что Австрия может подключиться к проекту. Уже в начале декабря, то есть очень быстро, Австрия через посла в Москве Водака и вице-канцлера Бока заявила свой интерес. Больше года стороны торговались по цене, летом 1968 года была заключена сделка газ-трубы между Австрией и СССР. Австрия получала газ, СССР – трубы, оборудование для строительства газопровода и кредит для оплаты этих труб и оборудования. Кредит для СССР был тоже важным условием. Трубы закупались австрийцами у немецких корпораций, которые, конечно, были заинтересованы в прямых поставках в СССР. Эмбарго на трубки было снято в Германии в 1966 году. После советско-австрийского соглашения немецкие бизнесмены, представители нефтегазовой отрасли, химической промышленности, производители труб и представители баварского правительства обратились к советской стороне (прежде всего к МВТ) с предложением заключить аналогичное соглашение. Интерес Германии был очевиден, вопрос обсудили министр внешней торговли СССР Патоличев и министр экономики Германии Шиллер, начались переговоры. Но только после прихода к власти правительства Брандта они быстро и успешно завершились подписанием аналогичного с Австрией соглашения. Немцы назвали сделку Тройка-Гешефт (газ-трубы-кредит). В основе немецкого интереса сугубо лежали экономические соображения (цена, логистика): советский газ, как и российский сегодня, покупать просто выгоднее.

В этот период СССР практиковал так называемые компенсационные сделки, то есть рассчитывался за немецкую продукцию не деньгами, а своей продукцией, прежде всего сырьем. В целом структура взаимной торговли, сложившаяся тогда, сохраняется по сей день: ФРГ продает нам машины, оборудование, технологии, мы – энергоресурсы, сырье. Представители МВТ тогда, в эпоху Брандта-Брежнева, были недовольны такой структурой, неоднократно предлагали коллегам из ФРГ обратить внимание на высокотехнологичную советскую продукцию. Этого как правило не происходило. На мой взгляд главными причинами были глобальные недостатки плановой экономики в сравнении с рыночной, а именно отсутствие конкуренции и недостаточно высокое качество продукции как следствие. СССР хотел торговать с Германией в основном через МВТ и Торгпредство, тогда как советскую сторону осаждали сотни представителей отдельных фирм с детальными и выверенными предложениями. В итоге торговать сырьем оказывалось просто и выгодно, впрочем как и сегодня.

Прорыв в области экономического сотрудничества был обоюдно выгодным: ФРГ компенсировала потери своей экспортноориентированной экономики от рецессии (1966/1967) и последующего спада (1973), снижения активности на западных рынках, СССР многократно нарастил объемы внешней торговли, ФРГ с 1972 года прочно заняла место № 1 среди его западных торговых партнеров. Именно в тот период зародилось стратегическое экономическое партнерство, которое продолжается и сегодня.

„ Die ostdeutsche Bodenreform 1945-1948 und die sowjetische Deutschlandpolitik“ Vortrag auf dem Kolloquium „Deutsch-russische Wirtschaftsbeziehungen“ der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen“, 12./13. Juli 2019 in Woronesch

1. Allgemeine Daten zur Bodenreform

Für Gesellschaften, die Bodeneigentum kennen, stellen Agrarreformen tiefe Einschnitte in Produktions- und Reproduktionsabläufe dar. Sie wälzen soziale Schichtungen um. Solche Reformen bezwecken in der Regel keine Effektivierung der Agrarproduktion, sondern stehen in anderen makroökonomischen und Herrschaftszusammenhängen, für die vorübergehend Einbußen in den Erträgen in Kauf genommen werden. Das Spezifische der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) von 1945-48, die immerhin fast ein Drittel des Territoriums der späteren DDR tangierte, war, dass sie nach einem verlorenen Krieg von einer fremden Besatzungsmacht konzipiert, terminiert und abgesichert wurde.

Über die Absichten der östlichen Siegermacht ist wiederholt gestritten worden. Kurioserweise waren sich die kommunistische SED-Geschichtsschreibung und die kommunismuskritische bis antikommunistische westliche Geschichtsschreibung in einer Frage weitgehend einig: Sie unterstellten der Reform revolutionierende Wirkung und ein sozialistisches Fernziel als Zweck. Bestätigung findet diese These auch in postsowjetischen Darstellungen. So schrieb der Historiker M. I. Semirjaga, selbst einst Besatzungsoffizier, 1995: *„Die Führung der SMAD setzte in die Bodenreform große Hoffnungen und sah in ihr einen die soziale Basis der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung*

⁹⁸ К.и.н., Институт современной истории, Мюнхен-Берлин

auf dem Lande stärkenden Faktor, der nachfolgend der sozialistischen Umgestaltung des Dorfes zugutekommen sollte.“

((«Руководство СВАГ возлагало на земельную реформу большие надежды, рассматривая ее как фактор, который укрепит социальную базу антифашистско-демократических преобразований на селе, а в последующем послужит делу социалистического переустройства села.»))ⁱ

Dies verkürzend wird gelegentlich auch Unsinn verbreitet. Die Große Russländische Enzyklopädie behauptet, Bodenbesitz über 100 ha wäre verstaatlicht worden („земельные владения св. 100 га национализировались“).ⁱⁱ Auf einer anderen russischsprachigen Internetseite heißt es, auf den konfiszierten Ländereien seien örtliche Vereinigungen der Bauernhilfe entstanden, 1949 seien alle verteilten Flächen zu Volkseigentum erklärt und zur Grundlage von Kollektivwirtschaften gemacht worden. ((На отчужденных землях «начали создаваться общинные объединения крестьянской взаимопомощи, а в 1949 г. все участки, переданные крестьянам в ходе реформы, были объявлены народной собственностью и стали основой для образования коллективных хозяйств («народных имений»)).ⁱⁱⁱ Hier werden falsche Fakten zu einem Nationalisierungs+Kollektivierungs-Szenario à la Sowjetrussland zusammengestellt und zeitlich im Rahmen der Besatzungsjahre verankert. Als deutsches Pendant dazu kann eine regierungsgeförderte Geschichtsseite für Jugendliche zitiert werden. Dort ist zu lesen: Die Bodenreform „legte den Grundstein für eine sozialistische Planwirtschaft“, „im Osten schlug man den Weg Richtung Sozialismus ein, z. B. mit der Bodenreform [...]“.^{iv}

Rücken wir das Bild wieder gerade!

Die **Bodenreform in der SBZ enteignete** den Boden des NS-Staates, der NS-Organisationen und der Wehrmacht sowie den privatbäuerlichen Besitz von NS-Aktisten und Kriegsverbrechern. Enteignet wurde darüber hinaus der gesamte Besitz von Bodeneigentümern mit mehr als 100 ha Fläche. Kirchenland blieb

unangetastet. Die Enteignungen erfolgten vollständig und entschädigungslos. Sie umfassten neben dem Boden sämtliche agrarische Produktionsmittel einschließlich Vieh, Geräte, Gebäude und Verarbeitungsanlagen. Die enteigneten Flächen machten 1946 rund 2,2 Mio ha, 1949 rund 3,3 Mio ha aus. Sie wurden von den Landes- und Provinzialregierungen der Zone in einem Sonderfonds geführt, großenteils aber sofort aufgeteilt. Die Entscheidung über die Verteilung trafen spezielle Gemeinde- und Kreisbodenkommissionen aus Vertretern der potenziellen Landempfänger und örtlichen Funktionäre von Parteien im Parteienblock (sofern die sich dem Reformgedanken anschlossen).

Der Boden wurde in kleinen Stücken von 5 bis 7 ha, ausnahmsweise bis 10 ha, aufgeteilt auf landarme Bauern ((**малоземельным** крестьянам)) sowie landlose Gutsarbeiter ((**сельским рабочим**)), er ging an hinzugezogene Städter und sogenannte „Umsiedler“ aus den von Deutschen zu räumenden Gebieten. Der Boden wurde nicht verpachtet und nicht verschenkt, sondern verkauft, und zwar gegen eine Ernte (meist in natura), zu zahlen in Raten über mehrere Jahre. Die neuen Besitzer wurden als Eigentümer in Grundbücher eingetragen, obgleich sie nur beschränkten Zugriff auf dieses neue Eigentum hatten. Das neue Land durfte nicht veräußert, nicht belastet und nicht geteilt werden. Es war aber vererbbar. Auf diese Weise entstand ein neuartiger bäuerlicher, privater Bodenbesitz. Auch Bauern mit altem Bodenbesitz bzw. Pachtland durften ihre Flächen „aufstocken“ ((**расширить, добавить**)), aber nur bis maximal 100 ha Größe, was in einigen Ländern der Zone auch gesetzlich fixiert wurde.

Zentrum der Bodenreform war Mecklenburg/Vorpommern ((**Мекленбург/Западная Померания**)), wo 54 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche von der Reform erfasst wurden. Hier existierten die meisten größeren Besitzungen, meist kapitalistische Gutswirtschaften. Ein Drittel der Bodenreformfläche der Zone lag in Mecklenburg-Vorpommern, hier griff der Strukturwandel am weitesten. In Brandenburg kamen 41 Prozent, in Thüringen dagegen nur 15 Prozent der agrarischen Fläche des Landes in die Reform.^v

Die Bodenreform bewirkte einen **grundlegenden Strukturwandel** in der Agrarwirtschaft der Zone und bestimmte die künftige Agrarpolitik im Osten, die den neuen Betriebsgrößen gerecht werden musste.

Den Strukturwandel kann man veranschaulichen.

Der Anteil von Großgütern mit mehr als 100 ha Land verringerte sich von 1939 bis 1949 auf dem Gebiet der Zone stark, von rund 28 Prozent auf rund 4 Prozent; der Anteil der kleinen bis mittleren bäuerlichen Betriebe mit 5 bis 20 ha Land verdoppelte sich von rund 32 Prozent auf rund 60 Prozent der Gesamtbetriebszahlen, darin vor allem die Betriebe mit unter 10 ha. Die kleinen Nebenerwerbsbetriebe (bis 5 ha Land) blieben in ihrem Anteil etwa gleich (etwa 9 bzw. 11 Prozent).

Doch war diese Struktur besonders anfällig für sozialistische

Planwirtschaft? Ein Ost-West-Vergleich der Eigentumsstrukturen von 1949/50 zeigt folgendes:

Betriebsgrößengruppen nach der landwirtschaftlichen Nutzfläche

Größe in ha	Zahl der Betriebe in %				Nutzfläche der Betriebe in %			
	Gebiet der späteren		Gebiet der		Gebiet der späteren		Gebiet der	
	DDR	BRD	DDR	BRD	DDR	BRD	DDR	BRD
	1939		1951	1949	1939		1951	1949
0.5 - 5	55.9	59.5	46.8	59.0	9.0	18.4	10.8	18.2
5 - 20	33.1	33.8	47.0	34.3	31.8	46.4	58.8	47.4
20 - 50	8.5	5.8	5.5	5.9	22.5	24.0	21.4	24.1
50 - 100	1.4	0.7	0.6	0.7	8.4	6.3	4.6	6.1
über 100	1.1	0.2	0.1	0.1	28.3	4.9	4.4	4.2

Wer profitierte von der Landaufteilung im Osten?

Mit Stand von **1948** profitierten direkt rund 544.000 „Bodenempfänger“.

In private Hand gingen etwa **zwei Drittel des Fonds**:

- 1,7 Mio ha Land gingen an rund **210.000** sogenannte „Neubauern“.
- rund 272.300 ha Agrarfläche und rund 63.000 ha Waldparzellen gingen als „Aufstockung“ an rund **82.500** bestehende Kleinbetriebe.
- 43.300 ha gingen als ehem. Pachtland in Eigentum der Pächter über.
- 183.300 Tausend Arbeiter und Angestellte (meist Städter) übernahmen Bodenparzellen in der Größe bis zu 1 ha.

Rund ein Drittel des Fonds ging oder verblieb in Landes- und kommunalem Eigentum (Versuchsbetriebe, Zuchtanlagen, Sämereien, größere Verarbeitungsbetriebe, aber auch Wälder und minderwertige Böden); ein kleiner Teil ging an Organisationen. Dies entsprach dem deutschen Vorkriegsanteil öffentlichen Eigentums an Agrarfläche.

2. Deutungsrahmen

Der Bodenreform einen staatssozialistischen Zweck zu unterstellen, korrespondiert mit anderen Interpretationen im Rahmen der These von der frühen Sowjetisierung. Dem setzte ich einen Deutungsrahmen entgegen, der die sowjetische Besatzung zeitlich **in zwei Phasen teilt**: Eine **ersten Phase war bestimmt vom kooperativen Ringen** der Alliierten um die Umsetzung der Potsdamer Vereinbarungen, sie dauerte bis Ende 1947 an (in ihr sind zweitrangige zeitliche Gliederungen auszumachen). Ihr folgte eine zweite Phase des **schrittweisen Wandels sowjetischer Absichten** in Deutschland. Die Vorstellung vom schrittweisen Wandel ist nicht gleichzusetzen und ist keine

Variante der These von mehreren Optionen der UdSSR. Vielmehr wird hier ein **größeres, mehrjähriges Zeitfenster** (1948 bis 1953) gesehen, in dem Moskau trotz wachsender Skepsis einem Friedensvertrag immer noch Vorrang einräumte, einem Vertrag, der eine antisowjetisch ausgerichtete Partnerschaft Deutschlands verhindern würde. Als Minimalforderungen an Deutschland blieben aus der ersten Phase die Ziele einer dauerhaften Demilitarisierung erhalten, die konsequente Bestrafung von Kriegsverbrechen, eine angemessene Wiedergutmachung sowie politische Garantien gegen eine antisowjetische deutsche Außenpolitik. Begleitet vom aufkommenden Kalten Krieg, der außerhalb Europas 1950 sogar in einen heißen Krieg zwischen den Supermächten mündete, beruhte der **schrittweise Wandel der sowjetischen Deutschlandpolitik jedoch** auf einer hochkomplizierten innersowjetischen Interessenabstimmung und auf widersprüchlicher Strategiefindung. Er implizierte heftige interne Machtkämpfe und war begleitet von Fehleinschätzungen und bürokratischen Pannen, insbesondere bei der Führung der Besatzungsbehörde in der SBZ. Widersprüchliche Einschätzungen und Aktionen stellten die Glaubwürdigkeit sowjetischer Offerten vehement in Frage. Von mehreren gleichwertigen Optionen Moskaus kann nicht gesprochen werden, wenngleich Alternativen gewiss erörtert wurden. Am Ende musste Moskau konstatieren, dass es in überschaubarer Zeit keinen die Sicherheit der UdSSR mittelfristig absichernden Friedensvertrag mit Deutschland geben wird.

Dieses **2-Phasen-Modell** konstatiert nicht bloß das Fehlen eines stringenten besatzungspolitischen Konzepts am Beginn der Besatzungszeit (das geben mittlerweile auch die Anhänger der Sowjetisierungsthese zu), sondern würdigt, dass sich aller Strukturwandel und alle politische Neuordnung in der Zone mindestens bis Mitte 1947 außerhalb der Sowjetisierungsannahme und teils sogar gegen sie erklären lassen. Sowohl die Bankenreform (Juli 1945), als auch die Bodenreform (September 1945), die Bildung deutscher Zentralverwaltungen mit Zonen-Aktionsradius, dann aber auch die Gründung der SED im April 1946,

die von der Besatzungsmacht gelenkte Verfassungsgebung in den Ländern, schließlich auch Entnazifizierung und Sequestrierung zielten **primär auf anderes als auf Staatssozialismus** und ließen politischen Gestaltungsraum für die Zeit nach einem Friedensvertragsabschluss. Das besiegte NS-Deutschland direkt zum Kommunismus zu führen, war 1945 im wahrsten Sinne des Wortes undenkbar. Das Modell der zwei Revolutionen, das die Bodenreform im Nachhinein aufgedrückt bekam, wurde damals auch nicht bemüht; denn von revolutionärer Stimmung konnte keine Rede sein. Vielmehr musste es in Deutschland zunächst aus Sicht der Siegermacht um nazismusfreie (antifaschistisch-demokratische) Verhältnisse und volkswirtschaftliches Überleben gehen, wofür die zugleich an rascher Entschädigung interessierte Siegermacht alle politischen Fäden in der Hand behalten wollte. Längerfristig ging es Moskau um optimale Sicherheit in Europa.

Die Bodenreform hatte in der kurzen Perspektive einen bestimmten Platz.

Sie war von der sowjetischen Besatzungsmacht initiiert. Anfang Juni 1945 erfuhr eine KPD-Abordnung in Moskau von einem konkreten Plan.^{vi} Die Konzipierung erfolgte ohne Rücksprache mit den Alliierten, wie übrigens auch die der Bankenreform, doch beides löste kaum öffentlichen Protest bei den Alliierten aus. Zeitpunkt und Inhalt der Bodenreform deckten sich *nicht* mit den KPD-Plänen. Das Moskauer KPD-Exil hatte agrarische Umstrukturierung zunächst in Anlehnung an alte Pläne vorgesehen. 1944 lauteten die Programmpunkte: „*Ausrottung des reaktionären junkerlichen Preußentums*“ und „*demokratische Neuordnung der Boden- und Besitzverhältnisse zugunsten der landarmen Bauern und Landarbeiter*“ innerhalb eines „*Sofortprogramms*“ unter Besatzungsverhältnissen.^{vii} Was „sofort“ meinte, war unklar. Die bäuerlichen Wirtschaften, vor allem die Familienbetriebe, sollten von NS-Reglementierungen, drückenden Pachtverhältnissen, von Schulden und hohen Steuern sowie von der Gefahr der Bodenspekulation befreit und staatlich gefördert werden. Ende 1944 stellten sich die Exil-Kommunisten die Schaffung eines Bodenfonds über **mindestens 10 Millionen Hektar (dreimal mehr als**

die Reform in der SBZ ergab) „zur Stillung des schlimmsten Bodenhungers des schaffenden Landvolkes“ vor. Einfließen sollte der Besitz von verurteilten Kriegsverbrechern, anderen Kriegsschuldigen, Bodenspekulanten, von Großindustriellen und von Großgrundbesitzern mit über **150** ha Land.^{viii}

Anfang Februar 1945 konkretisierte man unter den Stichworten „*wirklich demokratische Agrarreform*“ und „*Vernichtung der ökonomischen Basis des preußischen Junkertums*“ weitere Aspekte der Umstrukturierung, die aber im Wesentlichen eine **intensive, marktorientierte** Agrarproduktion fortgesetzt gewährleisten sollte - auch unter Berücksichtigung großer „Flüchtlingsscharen“ aus dem Osten. „*Besitzungen gerichtlich verurteilter faschistischer Volksfeinde und Kriegsgewinner*“ sollten zur Aufteilung kommen. Außerdem plante man eine freiwillige Bodenspende und eine - notfalls erzwungene - „*Notabgabe von größeren Großgrundbesitzern*“ gegen Entschädigung. Gerade Freiwilligkeit galt als vertrauensbildend. Nicht als Zweck, sondern als erste Grundbedingung für die Lösung der Aufgaben wurde von der KPD die „*Gewinnung der Hauptmassen der werktätigen Landbevölkerung, einschließlich der Flüchtlinge aus dem Osten*“ angesehen.^{ix}

Die reale Lage bei Kriegsende stellte das alles in Frage. Eine Bodenreform schien nicht aktuell. Die KPD nahm die Forderung nach sofortiger Umverteilung von Agrarflächen in ihren Aufruf vom 11. Juni 1945 erst auf, nachdem Stalin dies verlangt hatte.^x Binnen elf Wochen waren die Reformkomponenten fixiert. Am 27. August 1945 war der Text für die Verordnung in Sachsen-Anhalt fertig.^{xi} Die SMAD entwarf mit dem KPD-Parteivorstand eine politische Kampagne zum erfolgreichen Start.

3. Sowjetische Interessen

Was die Besatzungsmacht ab September 1945 gegenüber deutschen Gremien und Behörden durchsetzte, unterschied sich in wichtigen Teilen von den KPD-Plänen. Moskau verlangte 1. eine vollständige und entschädigungslose

Enteignung allen Großgrundbesitzes ((**полное отчуждение помещичей собственности без возмещения**)). 2. Es legte die Grenze dafür bei 100 ha Bodenbesitz fest. 3. Es verfügte eine Verteilung in kleinen Flächen von 5-7 ha (ausnahmsweise mehr). Einen formellen Befehl erließ die Besatzungsmacht nicht, ihr Agieren erweckte den Eindruck eines deutschen politischen Willens. Gleichwohl wiesen ihre Vertreter alle deutschen Einwänden und Alternativen ab und oktroyierten ihre Reformvorstellungen, und zwar in Eile.

Wie es zu den konkreten Reforminhalten kam, ist noch nicht ergründet. Angeblich wollte die KPD die Enteignungsgrenze auf 50 ha festlegen.^{xii} Aus Ulbrichts Drängen ist abgeleitet worden, dass die KPD die sowjetischen Forderungen begrüßte. Doch dem war nicht so. Ihr Aktionismus im Herbst 1945 erklärt sich allein aus der Konsequenz der sowjetischen Forderung: Denn sollte die Enteignung wirklich noch 1945 durchgezogen werden, dann war Eile geboten; die neuen Eigentümer mussten unbedingt noch vor der Herbstsaat das Land übernehmen.

Die **Eckpunkte der sowjetischen Reformidee** stellten für die KPD gerade im Bemühen um Abstimmungen mit der SPD und generell im Parteienblock eine große Herausforderung dar. Die KPD-Basis billigte die Bildung bäuerlicher Privatbetriebe auch nicht. In der SPD trug man alte Siedlungskonzepte zur Verteilung staatlicher Siedlerstellen weiter, gemeinschaftliche Wirtschaftsformen waren auf der Agenda. Der SPD-Zentralausschuss wandte sich bis November 1945 gegen private Kleinbetriebe und warnte vor übereilten Entscheidungen in den Dörfern und Kreisen.^{xiii} Die bürgerlichen Parteien im Osten boykottierten zunächst alles bzw. forderten Entschädigung und versuchten dann, den Enteigneten zumindest einen „Resthof“ zu sichern.

Diese Auseinandersetzungen zwischen den deutschen Parteien und die Maßnahmen der Besatzungsmacht gegen jede Unterwanderung des Plans sind bekannt. **Der Blick dieses Vortrags ist auf die sowjetische Zwecksetzung gerichtet.**

Öffentlich argumentierte der Sieger mit **drei Grundanliegen** einer Demokratisierung der deutschen Agrarverhältnisse durch Bodenreform:

1. Moskau machte sein Sicherheitsinteresse gegenüber einem traditionellen Expansionsstreben im junkerlichen Milieu geltend; auch die Zerschlagung des Staates Preußen wurde so begründet. Intern wurde ebenso die konsequente Entmilitarisierung als Hauptziel herausgestellt: In einem Schreiben Molotovs und Vysinkijs an Stalin vom 20. August 1945 heißt es, dass die Reform als Ganzes sich ausschließlich gegen den gutsherrlichen Erbesitz in Junkerwirtschaften und Rittergütern mit Land über 100 ha richtet.^{xiv} Die westlichen Alliierten forderten 1945 die Zerschlagung des „Junkertums“ nicht weniger, ungeachtet der agrarwirtschaftlichen Vorreiterrolle vieler Güter. **2.** Moskau verlangte die Bestrafung und Enteignung der Kriegsschuldigen und Kriegsprofiteure; auch diese Forderung stieß 1945/46 auf Zustimmung der Alliierten. Die beiden Hauptanliegen spiegeln sich in der Zusammensetzung des Bodenfonds.

Und schließlich **3.** mahnte Moskau die Befriedigung des Landhungers unter deutschen Agrarproduzenten an. Den hielten deutsche Experten zwar für steuerbar, doch die Siegermacht bestand auf der Kleinaufteilung, obgleich große Wirtschaftseinheiten mit Lohnarbeitskräften unter normalen Bedingungen mehr Effizienz versprochen.

Warum? Weil geplant war, dass einige wenige Jahre lang nicht einmal annähernd „normale“ Bedingungen herrschen werden! Die Besatzungsmacht registrierte die kriegsbedingten Ertragsrückgänge um 30-50 Prozent, sah aber keine Investitionen vor, im Gegenteil. Die Bodenreform war Teil der sowjetischen Politik **des raschen, energischen Zugriffs** auf die SBZ-Wirtschaft zwecks Wiedergutmachung. Dieser Zugriff **dominierte 1945 alle sowjetischen Aktionen in der Wirtschaft der Zone. Für den Agrarsektor bedeutete er, dass für die nächsten zwei-drei Jahre extreme volkswirtschaftliche Belastungen auf ihn wirken** und es danach auch nur eine **langsame Erholung** geben würden. Selbst die Ernährungsstruktur der Deutschen war dem

anzupassen: mehr Kartoffeln und Brotgetreide – weniger tierische Erzeugnisse. Dennoch: die ernährungswirtschaftliche Problematik war im Moment der Bodenreform in ihrer vollen Tragweite nicht erkannt.^{xv}

Noch Ende 1945 sah der sowjetische Zugriff höchst dramatisch aus. Geplant waren zu Jahresbeginn 1946 für dieses Jahr Reparationen im Wert von 2 Milliarden RM aus der Zone sowie 11,2 Milliarden RM Besatzungskosten.^{xvi} Unter Verrechnung des Plus' aus dem Vorjahr hätte das den Länderhaushalten ein Defizit von 10 Milliarden RM beschert, die Hälfte davon gedachte die Besatzungsmacht durch Steuererhöhungen und durch Streichung von Preisstützungen einzuziehen.^{xvii} Gewiss, diese Kalkulation zwang recht bald schon, die Besatzungskosten rapide zu drosseln, doch sie zeigt **die gewaltige Entnahme-Euphorie** der ersten Besatzungswochen, - **just in dem Moment, als Stalin die Bodenreform auf die Agenda setzte.** Diese Entnahme-Euphorie tangierte die Agrarproduktion **direkt und indirekt.**

In der SBZ wurden 1945 nicht nur große Teile der Ernte, Lebensmittellager und Viehbestände eingezogen.^{xviii} Der Rinderbestand sank in Mecklenburg beispielsweise innerhalb des Jahres auf ein Drittel. Grundsätzlich sollte die Agrarproduktion **ab sofort und während mehrerer Wachstumszyklen all ihrer Intensivierungsfaktoren beraubt sein.** Die Besatzungsmacht beabsichtigte, auf die Masse des mineralischen Düngers bzw. die Produktionsanlagen zuzugreifen und sehr viel Agrartechnik und Geräte abzutransportieren. Für den Rest an abgenutzten Maschinen würden Diesel, Strom sowie Ersatzteile fehlen. Als Reparationsgut wurden Saaten, Saatzuchtbestände, Zuchtvieh und Herdbuchtiere verladen. Baumaterial und deren Produktionsstätten sollten zuerst in die zerstörte UdSSR kommen. Der Agrarhandel mit Ostpreußen, Hinterpommern, Schlesien und der Neumark entfiel auch, und damit fehlten insbesondere Sämereien und Futtermittel. Noch 1945 wurden auch zahlreiche Betriebe der Lebensmittelindustrie demontiert.^{xix} Es war abzusehen, dass **der Ausfall all dieser Intensivierungsfaktoren** die Hektarerträge weiter senken wird. **Das einzige, was das Dorf in der SBZ noch**

haben würde, waren Arbeitskräfte - mehrheitlich keine männlichen, keine qualifizierten, und größtenteils Neueinsteiger in die Landwirtschaft.

Die folgende Entwicklung bestätigte das Szenario. 1946 ging **nahezu die Hälfte des gesamten Bruttosozialproduktes** der Zone auf das Reparationskonto und in die Truppenversorgung der Besatzer. Auch wenn 1945 noch nicht zu erkennen war, dass in der Zone dereinst 30 Prozent der Industriekapazitäten des Jahres 1944 und entsprechend viele städtische Arbeitsplätze vernichtet sein würden^{xx}, so stand doch fest, dass in arbeits- und ernährungspolitischer Hinsicht stark auf agrarische Selbstversorger gesetzt werden musste. Bodeneigentum sah die Besatzungsmacht hier als einzigen Motivierungshebel an. Sie wollte die Kleinproduzenten durch kleine Steuervorteile und Kleinkredite dazu bewegen, neben der Zwangsabgabe genügend Agrarerzeugnissen auf einen kontrollierten Binnenmarkt zu bringen. Offensichtlich kalkulierte man ein, dass ein Teil der Neubauern später wieder urbane Arbeitskräfte werden.

Die Frühjahrsbestellung 1946 war noch mit der Hoffnung verbunden, „dass durch die Aufteilung des Großgrundbesitzes unser Volk besser ernährt wird als vorher“. So formulierte es der Landesverwaltungspräsident Mecklenburg/Vorpommerns bei einer Begegnung der Landes-, Provinzial- und Zentralverwaltungspräsidenten mit der SMAD-Spitze am 28. Mai 1946. In den Höfen der 81.000 Neu- und 45.000 Altbauern seines Landes war allerdings die Bespannung, das heißt die Pferdestärke pro Ackerfläche ((= **лошади́нная сила на гекта́р обрабаты́ваемой земли́**)) sehr gering: nur 6,6 Pferdestärken bzw. 0,27 Traktoren auf 100 ha. Katastrophal niedrig war die ausgebrachte Stickstoffmenge: nur 12 % des Jahres 1939.^{xxi} Welche Reservequellen bot SMAD-Chef Sokolowskij? Volle Flächenauslastung, gute Arbeitsorganisation, sorgsame Ernte, Saatenpflege^{xxii} – zu wenig für eine Wendung zu höheren Erträgen.

Zum Jahr **1946 ist die reale Reparationslast** übrigens gut dokumentiert. Im Frühjahr 1946 wurden per SMAD-Befehl den Länder- und Provinzetaats der Zone (ohne Berlin) für Reparationen und Besatzungskosten nicht 13 Milliarden,

sondern ca. **1,5 Milliarden RM** aufgebürdet, letztlich abgerechnet wurden 0,9 Milliarden RM. Erstaunlicherweise rechneten die Industrieländer der Zone weniger als befohlen ab, nur die Agrarregionen Brandenburg und Mecklenburg/Vorpommern leisteten schließlich drei- bzw. fünfmal mehr als befohlen – nicht freiwillig, wie man sich denken kann.^{xxiii} So wurde die Agrarproduktion auch noch zum Ersatzleister für weggefallene Industrie-Reparaturen der Zone.^{xxiv}

Den sowjetischen Aktionen der schnellen materiellen Entnahmen unter extremem Zeitdruck entsprach auch die **Absage an jedwede Entschädigung für Bodenenteignung**. Die KPD musste das nun unterstützen, denn wer sollte andernfalls die Entschädigung zahlen? Die Landeshaushalte waren von der SMAD nur minimal mit Krediten ausgestattet. Moskau wird auch den Aufwand der Wertermittlung für die großen Güter gescheut haben, zumal die Konten in westlichen Bankfilialen nicht einsehbar blieben. – Bald zeigte sich, dass die Entschädigung auch das Kernproblem der Bodenreform im Falle einer gesamtdeutschen Entwicklung darstellte. Als die sowjetische Besatzungsmacht gemäß dem Beschluss der Moskauer Außenministerkonferenz 1947 die Bodenreformen in den anderen Zonen anmahnte, stellte sie kritisch fest, dass die Konzepte in der amerikanischen und britischen Zone stark auf freiwillige Abgabe setzten und daher viele Großbetriebe und ihre altkonservativen, nazistischen Eigentümer glimpflich davonkamen. Die SED beunruhigte zusätzlich, dass der Westen Entschädigung vorsah, was im Falle eines Einheitsstaates eine Entschädigungen aus Steuergeldern fraglos auch im Osten spruchreif gemacht hätte.

4. Winzige Höfe?

Den Aktivisten der Bodenreform wird unterstellt, gezielt ineffiziente Kleinhöfe angestrebt zu haben, damit ihre Besitzer recht bald den Weg der Kollektivierung gingen. Jochen Laufer lieferte seinerzeit einen angeblichen Beleg für den

Zerstückelungsplan. Doch sein Beweis beruht auf einem Übersetzungsfehler. Ein falsches Datum verwirrt zusätzlich.^{xxv}

Laut **Laufer** entwarf der Leiter der SMAD-Agrarverwaltung Čuenkov in einem Bericht nach Moskau eine „äußerst radikale“ Reform, nämlich mit Landvergabe in Kleinstparzellen ab 2 ha. Laufer verschwieg, dass das 9-seitige Typoskript erst auf S. 4 knapp einige mögliche Reformkomponenten nennt. Zuerst lieferte Čuenkov auftragsgemäß eine agrarwirtschaftliche Bestandsaufnahme. Er registrierte starke Einbußen und Ertragsrückgänge, Mangel an Technik, Kraftstoff und Zugvieh. Fünf Wochen nach der Festlegung einer neuen, vergleichsweise bauernfreundlichen Ablieferungspflicht für 1945 (pflanzliche Erzeugnisse) durch einen sowjetischen Befehl^{xxvi} empfahl Čuenkov erfolgreich differenziertere Normen entsprechend der realen Lage. Die Last der Reparationen konnte er noch nicht im Blick haben.

Die genannten 2 Hektar beschreiben im Bericht aber nicht die kleinstmögliche Zuteilung an Boden, sondern markieren eine Gruppe von Bodenempfängern mit bislang 2 ha Land und weniger. Die Größe der Bodenzuteilung wird überhaupt nicht genannt, der Bodenfonds ist nicht kalkuliert. Richtig gibt Laufer wieder, dass Čuenkov für allen bäuerlichen Besitz über 40 ha Land Konfiszierungen vorsah, d.h. 40 ha durften bleiben. Bauern mit 2-40 ha sollten weder Boden verlieren noch Boden erhalten. Damit wäre dem bäuerlichen Stand tatsächlich ein herber Schlag erteilt worden. - Ab 100 ha sollte der Besitz vollständig enteignet werden. Čuenkov sah aber einen Resthof für enteignete Großgrundbesitzer vor, es sei denn, sie wären aktive Nazis gewesen. Zu Entschädigungen äußerte er sich nicht.

Čuenkovs Entwurf entstand vor dem Treffen der Großen Drei in Potsdam. Die weitere Planung ist nicht bekannt, sie erfolgten parallel zu jener für die Bodenreformen in Polen, Ungarn und Rumänien. Laufer weist empört die Darstellung des damaligen SMAD-Politberaters Semenovs zurück, wonach Stalin mit Rücksicht auf die deutsche Bauernschaft die Grenze für Enteignungen höher gelegt und sogar Entschädigung erwogen hätte.^{xxvii} Laufer meint, das Bild

sei apologetisch, was ich - bei aller gebotenen Kritik an Semenovs Erinnerungen – nicht teile. In Moskau kannte man alte deutsche Reform- und Siedlungsprojekte. Die 100 ha-Grenze tauchte schon im Reichssiedlungsgesetz vom August 1919 auf, welches Boden-Enteignungen gegen Entschädigung vorsah.^{xxviii} Auch in den Reformprojekten bzw. Gesetzen der Amerikanischen Zone spielte die 100-ha-Grenze eine entscheidende Rolle. - Für die Reform in der SBZ fehlen leider Quellen, die tiefgründige agrarwirtschaftliche oder agrarrechtliche Überlegungen belegen.

Aus sowjetischer Sicht schuf die Umverteilung des Bodens – obgleich die Zahl der Betriebe um mehr als ein Drittel anstieg - **keine wesentlich kleinteiligere Besitzstruktur im unteren Segment von Bodeneigentum**; vielmehr war dieses in Deutschland auch zuvor schon arg „zerklüftet“. Einer sowjetischen Einschätzung von Anfang 1951 zufolge^{xxix} hatte sich durch die Reform die Zahl der kleinen Nebenbetriebswirtschaften **bis 2 ha Fläche** zwischen 1939 und 1949 zwar etwas vergrößert (von 84.000 auf 88.300), die durchschnittliche Fläche pro Hof aber war gewachsen von 1 auf 1,5 ha; diese Höfe machten 1949 sogar einen geringeren Anteil an der Gesamtzahl der Betriebe aus (1939: 18,8 %; 1949: 14,9%). Die Zahl der Betriebe mit **2-5 ha** war absolut zurückgegangen, indes ihr Anteil an der Gesamtfläche vergrößerte sich, ebenso ihr Anteil an der Gesamtbetriebszahl; zugleich vergrößerte sich die durchschnittliche Nutzfläche auch in dieser Kategorie (auf 4,7 ha). Zwar erhöhte sich auch die Zahl der bäuerlichen Wirtschaften mit **5-20 ha** erheblich, auf nahezu das Doppelte (1939: 190.000; 1949: 370.000), doch auch hier wuchs die Nutzfläche je Hof von 10 auf 11,7 ha. 1949 waren diese Bauern mit 65 Prozent des Gesamtaufkommens an Getreide die Haupterzeuger – in der Regel Familienbetriebe mit Lohnarbeitskräften. Optimal war diese Betriebsgröße nicht. Die durchschnittliche Betriebsstruktur war im Vergleich zu 1939 geschwächt. Aber der Mangel an Zugkraft, Technik, Dünger und Energieträgern ließ effektiven Bodeneinsatz ohnehin nicht zu.

Gleichwohl, die Bodenreform bezweckte keinen Ruin. Sie setzte auf einen bäuerlichen Familienbetrieb mit wachsendem Marktaufkommen. Sein Erfolg hing - wie in allen Industrie-Volkswirtschaften - von Preisgestaltung, Steuer- und Kreditangeboten ab. Dass diese sich ab 1948 gegen die wirtschaftsstarken Bauern entwickelten, **war in der Bodenreform nicht zwingend angelegt** und erklärt sich aus veränderten politischen Bedingungen. 1948 nahm die SED Kurs auf Verdrängung „kapitalistischer Elemente“ auf dem Lande.^{xxx} Die Anleitung dazu kam zwar aus der SMAD, war aber in Moskau nicht gebilligt worden...

5. Zusammenfassung

Meine Darstellung der Absichten der Siegermacht in der Bodenreform findet sich in keiner Quelle, so wie auch Sowjetisierungspläne nicht belegt werden können. Den Hintergründen und Motiven ist aufgrund der Sachlage, durch Prüfung von Folgedokumenten und Logik nachzugehen. Nur sind eben alle Befunde des jeweiligen Zeitabschnitts mitzudenken. Das bedeutet für das Bodenreformkonzept, die **besondere reparationspolitische Konstellation von 1945 mitzudenken. Volkswirtschaftliche Kernideen waren neben der sicherheitspolitisch begründeten Beseitigung von Großgrundbesitz die energische, zonenweite Industrie-Demontage und eine breite Arbeitskräfte-Selbstversorgung**; Ertragseinbußen wollte man im innerdeutschen und Außenhandel etwas ausgleichen. Als man 1946 in der SBZ sowjetische Großbetriebe (SAG) schuf und damit reparationspolitisch für die Industrie eine geniale Lösung fand, besserten sich die Chancen auch für die agrarwirtschaftliche Verwertung von Fahrzeugbau und Düngemittelproduktion in der Zone etwas. Dann allerdings schlug der Wegfall westdeutscher Reparationslieferungen negativ zu Buche, die Lasten für die SBZ blieben hoch - und die Masse der Höfe über das Jahr 1949 hinaus ohne nennenswerte Investitionen.

Die Bodenreform verfolgte sicherheitspolitische Ziele und war **vor allem reparationspolitisch eingebettet**. **Zugleich** betrieb die Siegermacht gegenüber den Deutschen eine Klientelpolitik für die „kleinen Leute“, was man durchaus mit Ideologie begründen darf. Das **belegen** sowjetische Berichte über die **Durchführung** der Reform.^{xxxix} Sie zeigen Schwachstellen, antizipierte Fehler und politische Spannungen sowie Korrekturversuche, die a) bündnispolitisch und b) versorgungspolitisch begründet wurden. Im Alliierten Kontrollrat war die Bodenreform kein Streitthema.^{xxxix} Moskau konnte noch Ende 1947 davon ausgehen, dass sie nicht Stein des Anstoßes in Friedensvertragsverhandlungen sein würde.

Der Vorwurf einiger Historiker, die Bodenreform sei „**gescheitert**“, ist deshalb auch falsch. Nur wer sozialistische Ziele unterstellt oder, indirekt, sie als einkalkulierte Folge von Ruin darstellt, wird die niedrigen Erträge beklagen. In allen Zonen blieben die Erträge bis 1948 auf dem schlechten Kriegsende-Niveau. **Die Bodenreform in der SBZ sollte nichts „intensivieren“, nichts außer Arbeitskraftverbrauch!**^{xxxix} Sie folgte dem **richtigen Gedanken**, dass Klein- und Mittelbetriebe die arbeitsintensivsten sein können. Der klein- und mittelbäuerliche Betrieb galt als bestgeeignet für einen späteren Neuaufbau der Viehbestände.^{xxxix} Ertragssteigerung war gewünscht, mehr noch - Flächenerweiterung.

Nach Abschluss der Reform waren Ost und West in den Eigentumsstrukturen nicht wesentlich verschieden, die Bodenreform hatte eher für Angleichung gesorgt. Im Westen kam man dann mit Wiederaufbauprogrammen, höherem Technikeinsatz, viel Dünger, guten Futtermitteln, und wachsenden Ankaufpreisen schneller und dauerhaft aus dem Ertrags-Tief.

Endnoten

¹ М. И. Семиряга: Как мы управляли Германией, М. 1995, с.112. https://dom-knig.com/read_229494-30#, gelesen am 3. 6. 2019.

¹ https://bigenc.ru/world_history/text/3589289, gelesen am 29.5. 2019.

¹ www.agehistory-ru/ages-796-2, gelesen am 2. 5.2019.

¹ Sabine Gruler und Kirsten Wagner verantworten die Texte auf <http://www.zeitclicks.de/ddr/zeitclicks>, gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie von der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien. In darauf aufbauende Ausstellungstexten für Kleinkinder heißt es: „In der Landwirtschaft wurden die *Bauern* enteignet und staatliche Betriebe geschaffen. Dies nannte man `Bodenreform`. *Jeder Bauer sollte sein Land abgeben* und somit einen Teil zum Sozialismus beitragen. Einige Landbesitzer wurden auch zwangsweise enteignet, das heißt, sie wurden nicht gefragt. Als Begründung gab man an, in den Kriegsjahren mit den Nationalsozialisten kooperiert zu haben. Die enteigneten Bauernhöfe wurden staatlich zusammengeführt.“- Quelle PRÜFEN

¹ Siegfried Kuntsche, Bodenreform in einem Kernland des Großgrundbesitzes, in: Hans Modrow, Hans Watzek (Hrsg.), *Junkerland in Bauernhand. Die deutsche Bodenreform und ihre Folgen*, S. 99-127, hier S. 104-108.

¹ Siehe die Erinnerungen Anton Ackermanns, „zur Frage über das Zustandekommen des Aufrufs der KPD vom 11. 6. 1945, Protokoll einer mündlichen Darstellung, gez. Ackermann, 8.7.1964, BArch, SgY 30/1291/3, Bl. 428. Siehe auch Jochen Laufer, *Die UdSSR und die Einleitung der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone*, in: Arnd Bauerkämper (Hrsg.), „*Junkerland in Bauernhand*“. Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, Stuttgart 1996, S. 21-35, hier S. 22.

¹ Aktionsprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie, Entwürfe vom Oktober 1944, in: Peter Erler, Horst Laude, Manfred Wilke (Hrsg.), „*Nach Hitler kommen wir*“. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, S. 241f., 245.

¹ Aktionsprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie, Entwurf von Ende 1944, in: ebenda, S. 295f.

¹ Agrarpolitik des Blocks der kämpferischen Demokratie, Ausarbeitung Edwin Hoernles, 4.2.1945, in: ebenda, S. 311-328, hier S. 311, 318, 322f.

¹ Erinnerungen Anton Ackermanns, BArch, SAPMO, SgY30/1291/3, Bl.428 (wie Anm. 6) .

¹ Schreiben Semenovs an Schukow, 28.8. 1945, BArch, Z47F, R-7317/36/4/ Bl. 6-10. Laufer fand einen Entwurf im Archiv des sowjetischen Außenministeriums, offenbar undatiert, weitgehend identisch mit der bekannten deutschen Verordnung aus Sachsen-Anhalt. Direktive und Instruktionen sind bislang nicht erschlossen.

¹ Siehe Laufer, *Die UdSSR und die Einleitung der Bodenreform*, S. 25. Der Vorschlag der 50 ha Betriebsgrößengrenze ist noch immer nicht belegt und findet sich nur in den Erinnerungen von Politberater Semenov. Der wiederum hatte als „Verfasser“ des Reformentwurfes allen Grund, „radikalere“ KPD-Planungen vorzuschieben. Vgl. Semenov, *Von Stalin bis Gorbatschow, ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission*, Berlin 1995, S. 237.

¹ Andreas Malycha, *Privatbäuerliche oder staatliche Landwirtschaft? Die Auseinandersetzungen über die Bodenreform zwischen SPD und KPD in der Sowjetischen Besatzungszone im Sommer/Herbst 1945*, in Bauerkämper, *Junkerland*, S. 37-49

¹ Molotov und Vysinskij an Stalin, 20.8.1945, in: J. P. Laufer, Georgij P. Kynin: *Die UdSSR und die deutsch Frage 1941-1948*, Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, Bd. 2, Berlin 2004, S.96-98, hier s. 96. Dass die Waldflächen nicht aufzuteilen sind, wie es hier hieß, wurde bald korrigiert, vermutlich auf Anregung Politberater Semenovs. Vgl. *Russische Ausgabe der Dokumentation*, Bd. 2, S...

¹ 1946 stand für die SED fest: Während sich im Jahr 1913 von 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche 192 Menschen ernähren mussten (deutscher Durchschnitt), waren es 1946 in der SBZ 278. Sicherung der Volksernährung, Sekretariat Merker, o. D. [1946], BArch, DY 30/IV 2/2.022/63, Bl. 16.

¹ Bei einem Wechselkurs 1: 4,20 wären das - nur aus der SBZ und nur in einem Jahr - das zusammen 3,14 Milliarden US-Dollar gewesen oder ein Drittel aller für die UdSSR geforderter Reparationszahlungen.

¹ SMAD-Halbjahresbericht Juli bis Dez. 1945, 8.1.1946, GARF, R-7317/7/15, Bl. 53f.

¹ Pavel Knyschewskij zitiert aus einer geheimen Statistik, dass Trophäentruppen der Roten Armee 1945 u.a. für 30 Milliarden Rubel (= 5,7 Milliarden US-Dollar) Lebensmittel, darunter Getreide und Getreideprodukte (2,26 Mio t), Fleischerzeugnisse, tierisches Fett und Fisch (0,47 Mio t), Zucker (0,39 Mio t), Kartoffeln und Gemüse

(0,99 Mio t) sowie Spiritus (20 Mio l) aus besetzten Gebieten Europas requirierten und die Hälfte davon in die UdSSR abtransportierten. Кнышевский Павел: Добыча. Тайны германских репарации, М., 1994, с. 20.

¹ Beispiele bei Knyshevskij, Dobuca, S. 30.

¹ Rainer Karlsch, Allein Bezahlt?. Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945-53, Berlin 1993, S. 233.

¹ Bericht des Präsidenten der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft Edwin Hoernle über die Beratung des Obersten SMAD-Chefs Sokolovskij mit den Präsidenten und Vizepräsidenten der Länder und Provinzen der SBZ am 28. 5.1946 in Berlin, BArch., DK 1, 8121, Bl. 1-11, auch DK 1, 7310, Bl. 140-150; auszugsweiser Abdruck (unter falschem Datum 28.3.1946) bei Foitzik: Sowjetische Kommandanturen (2015), S. 453-459. In der SBZ betrug der Stickstoffeinsatz im Durchschnitt 1946/47 nur 33% der Jahre 1938/39. Landwirtschaftsstatistik für Gen. Merker (SED), 1.4.1947, BArch, DY 30/IV 2/2.0022/52 Bl. 85.

¹ Ebenda.

¹ SMAD Befehle NR. 77, 78, 79, 80, 81 vom 13.3.1946, GARF, R-7317/8/4, Bl. 184-212; Schreiben der DZfV an die SMAD-Finanzverwaltung, 22.1.1947, BArch DC1/1805, nicht pag. .

¹ In die UdSSR geliefert wurden noch aus der Ernte 1945 außerplanmäßig Zucker, Spiritus und Stärkeprodukte, SMAD-Halbjahresbericht Juli bis Dez. 1945, 8.1.1946, GARF, R 7317/7/15, Bl.49.

¹ Das Dokument stammt nicht vom 23. August (so bei Laufer), sondern vom 23. Juli 1945. Siehe Laufer, Die UdSSR und die Enteignung der Bodenreform, S. 25; ebenso in der Anm. 103 in: J. P. Laufer, Georgij P. Kynin: Die UdSSR und die deutsch Frage 1941-1948, Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, Bd. 2, Berlin 2004, S. 665. Das Dokument ist neuerdings im russischen Original zu lesen in : Sovetskaja Voennaja Administracija v Germanii 1945-1949 gg.- Ekonomiceskie aspekty dejatel'nosti, Sb. dokumentov, sostavitel` Viktor Knoll, Bd. 1 1945-47, Moskva 2016, S. 62-66.

¹ Beschluss Nr. 082 des Militärates der 1. Belorussischen Front, 3.6.1945, gez. Žukov/Telegin, Abschrift, BArch Z 47F, 7212/1/4, Bl.2-5; Teilkorrektur vom 31.7.1945, ebenda, Bl. 1.

¹ Laufer, Die UdSSR und die Einleitung der Bodenreform, S. 26.

¹ Reichssiedlungsgesetz, 11.8.1919, in: RGBI. 1919, 1429-1436; <https://www.gesetze-im-internet.de/rsiedlg/BJNR014290919.html>. Paragraf 12 beginnt: „In den Ansiedlungsbezirken, deren landwirtschaftliche Nutzfläche [...] zu mehr als 10 vom Hundert auf die Güter von 100 und mehr Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche (große Güter) entfällt, sind die Eigentümer dieser großen Güter zu Landlieferungsverbänden zusammenzuschließen;...“ Paragraf 27: „...Landwirtschaftlich genutzter Grundbesitz im Eigentume von Personen, deren gesamtes Eigentum dieser Art 100 Hektar nicht erreicht, darf zu Siedlungszwecken jedoch nicht enteignet werden.“

¹ Bericht der SKK „Über die sozial-ökonomische Umgestaltung in der Landwirtschaft“, Auszug, o.D. [Anfang 1951], in Scherstjanoi, SED-Agrarpolitik, Dokumentenanhang auf CD, Dok. 8, S. 29; AVPRF , f. 0457g, o.3, p. 28, d. 1.

¹ Siehe Christel Nehrigh, Uckermärker Bauern in der Nachkriegszeit. Sozialhistorische Untersuchungen zur Lage von Neu- und Altbauern im Kreis Prenzlau 1945-1952, Berlin 1996.

¹ Siehe den Bestand der SMAD und der SMA im Bundesarchiv, übernommen als Kopie vom GARF.

¹ Dokumente des AKR, Stenogramme und Entwürfe.... , BArch, Z 47F, übernommen als Kopie vom AVPRF.

¹ Vgl. Onlineportal zur deutschen Zeitgeschichte, Bundesarchiv, Stiftungen Deutsches Historisches Museum, Haus der Geschichte der Bundesrepublik, <https://www.hdg.de/lemo/kapitel/nachkriegsjahre/doppelte-staatsgruendung/anfaenge-der-planwirtschaft.html> (31.5.2019): Durch die Bodenreform sollte „eine intensive Bewirtschaftung möglich werden, die die Ernährung der Bevölkerung sichert. Allerdings zeigt sich rasch, dass die Parzellen der einzelnen Bauern zu klein sind. Viele Kleinbauern fordern die Bildung von Genossenschaften.“

¹ Zur Agrarfrage, Abt. Bodenordnung der Agrarpolit. Abt beim PV der SED, 7.3.1946, DY30/IV 2/2.0022/52, Bl. 39-45, hier Bl.42.

**Торгово-экономические отношения СССР и ГДР в рамках Совета
экономической взаимопомощи в 1960-1970-е годы.**

В последние годы возросло внимание научного сообщества к документам международного фонда Секретариата Совета экономической взаимопомощи (СЭВ), находящегося на хранении в Российском государственном архиве экономики. По решению 46-го Заключительного заседания Сессии СЭВ в июне 1991 г. документы Секретариата СЭВ были переданы на постоянное хранение Правительству СССР и затем поступили в профильный государственный архив.

На основе ставших доступными архивных документов Секретариата СЭВ написано значительное число статей и даже монографий, авторы которых с современных позиций исследуют различные этапы складывания восточноевропейского экономического блока – в лице СЭВ как коллективного органа экономической интеграции стран, строящих социализм и стремящихся к выравниванию уровня экономического развития стран-участников Совета. Среди новых работ весьма интересны работы М.А. Липкина, А.М. Филитова, Б.В. Яблокова, О.Н. Широкова, А.А. Попова, позволяющие ознакомиться с малоизвестными фактами политического становления ГДР в послевоенный период, экономическими и политическими вопросами развития контактов СЭВ с ЕЭС в 70-е гг., а также экономическим становлением стран-членов СЭВ в процессе социалистической интеграции.^{xxxv}

Избранная нами тема доклада позволяет рассмотреть взаимоотношения двух стран-членов СЭВ: СССР и ГДР с позиций основополагающих принципов деятельности СЭВ, таких как: добровольность участия, равноправие всех стран-членов СЭВ и открытость для всех желающих к участию в сотрудничестве. Следует

⁹⁹ К.и.н., директор Российского государственного архива экономики

отметить, что работа СЭВ строилась строго по Уставу, внутри Совета действовали строгие процедурные правила и распоряжки. Например, сотрудник Секретариата СЭВ не мог получать или запрашивать какие-либо указания от своих правительств или их органов, или иных лиц, не входящих в СЭВ. В ряду основополагающих принципов деятельности СЭВ можно назвать принцип единогласия, который соблюдался в работе всех комиссий СЭВ вплоть до 1979 г. С целью исследования торгово-экономических отношений СССР и ГДР нами были изучены документы Постоянной комиссии СЭВ по внешней торговле, Постоянной комиссии СЭВ по плановой работе, отдела Секретариата СЭВ по внешней торговле, стенограммы заседаний Исполкома СЭВ и Сессий СЭВ, проходивших в изучаемый период.

Из современной историографии известно о положении ФРГ и ГДР на международной арене в послевоенный период, где неясность с их международно-правовым статусом сохранялась в течение многих лет и приводила к различного рода ограничениям в их внешнеполитическом и торгово-экономическом развитии.^{xxxvi}

Вступление ГДР в Совет экономической взаимопомощи в сентябре 1950 г. по рекомендации СССР и с согласия всех стран-учредительниц СЭВ стало для страны хорошим шансом на развитие и интенсификацию своей ослабленной экономики.

Рассмотрим сферу торгово-экономических отношений СССР и ГДР в рамках СЭВ в 1960-е гг. XX в.

В начальный период деятельности СЭВ поставки товаров между внешнеторговыми организациями стран-участниц СЭВ осуществлялись на основании общих условий 1951, 1957, 1965 гг., которые разрабатывались в недрах СЭВ. Они представляли собой единый порядок заключения контрактов и условий их исполнения.^{xxxvii} Торговые отношения стран-членов СЭВ строились на основе двусторонних и многосторонних

соглашений о поставках. Достижением первоначального периода деятельности СЭВ можно назвать Соглашение о многостороннем клиринге стран-членов СЭВ, при котором поставки в одну из стран-участниц Соглашения многостороннего клиринга могли покрываться на объявленную сумму средств товарами из других стран-участниц Соглашения, которые затем получали возмещение их стоимости в виде поставок товаров из других стран-участниц Соглашения.^{xxxviii}

Среди первых поставок товаров из ГДР в СССР в рамках многостороннего клиринга были различные промтовары, ткани, обувь, парфюмерия, галантерея, пиво. Взамен СССР направлял в ГДР часы наручные, спортивные товары, янтарь, скатерти льняные, фотоаппараты, турбобуры и др.^{xxxix} Для осуществления клиринговых соглашений была создана Расчетная палата, которая отчитывалась перед Комиссией стран-участниц Соглашения о многостороннем клиринге. Единственным кредитором Расчетной палаты на 1 июля 1960 г. в сумме 45,3 млн. руб. являлся СССР, за счет средств которого Расчетная палата предоставила кредит остальным странам, являющимся должниками Расчетной палаты. Сумма долга Расчетной палаты Госбанку СССР составила 50,3 млн. руб. Долг ГДР составил при этом 12,4 млн. руб. (для сравнения: Польша – 5,4 млн. руб., Румыния – 2,3 млн. руб., Чехословакия – 12,1 млн. руб.).^{xl}

Отчетные данные Расчетной палаты за 1 полугодие 1963 г. показывают, что взаимные поставки стран-участниц Соглашения осуществлялись достаточно активно лишь с СССР, поскольку значительная часть товарооборота у большинства стран приходилась на СССР. Превышение экспортных поставок над импортными имело место только у СССР и ГДР, у всех других стран-членов СЭВ импорт превышал их экспорт.^{xli} Эти факты свидетельствуют о высоком потенциале экономики ГДР, которая очень быстро восстанавливалась и набирала обороты на общем фоне экономической слабости стран-участниц СЭВ в этот период.

На XIII Сессии СЭВ представители ГДР и СССР активно выступали за наращивание процесса специализации и кооперации между странами СЭВ, координации планов по созданию высокопроизводительных и экономичных конструкций машин и приборов на основе лучших образцов, особенно в области производства машиностроительной продукции по электроэнергетике. Делегация ГДР отмечала, что на 90% уже обходится собственным машиностроением, при том, что ФРГ обходилась собственным машиностроением только на 70%. Однако подчеркивалось, что специализация ГДР на энергетическом машиностроении будет эффективной при условии, что СССР сможет покрывать потребности ГДР в паровых турбинах и генераторах свыше 100 МВт, а ЧССР – в гидротурбинах свыше 10 МВт и гидрогенераторах.^{xliii} Среди центральных задач указывались задачи повышения качества экспортной продукции, упрощения процесса обмена научно-технической документацией, а также повышения качества выдвигаемых проектных предложений.

В начале 60-х гг. XX в. генеральная перспектива развития стран-членов СЭВ тесно связывалась с созданием топливно-энергетического баланса, который смог бы обеспечить возрастающий уровень потребления продуктов угольной, нефтяной и газовой промышленности, а также энергетики. В расчетах до 1980 г. темпы прироста внутреннего потребления ТЭР по ГДР составляли 3,9% в год, самые высокие темпы планировались НРБ и ПНР – 9,1 и 6,4% соответственно. Осуществлялся переход стран-членов СЭВ на новые виды энергоресурсов, повышался уровень потребления нефти и газа в структуре ТЭР с 13,5% в 1970 г. до 32,6% в 1980 г.^{xliiii} Доля бурого угля в потреблении промышленности ГДР в этот период была еще очень высокой и составляла в общем объеме добычи угля 98-99%. Однако после 1975 г. увеличение добычи угля в ГДР уже не прогнозировалось в связи с ограниченностью его запасов. Одна треть общих государственных капиталовложений ГДР приходилась на топливно-энергетические отрасли, и предполагалось дальнейшее повышение импорта угля, кокса, нефти и нефтепродуктов, природного газа.^{xliv}

У СССР также ожидался рост потребности в ТЭР, в том числе на экспорт: с 20 млн. т условного топлива в 1960 г. до 76 млн. т в 1970 г. Основными странами, импортирующими электроэнергию из СССР, были НРБ, ВНР, ГДР и ЧССР.

Уже в 60-е гг. делегация ГДР в Постоянной комиссии по угольной промышленности заявляла о недостаточном уровне поставок нефти и газа по расчетам ТЭБ на 1970 г. и о том, что это обстоятельство будет сдерживать экономическое развитие страны.^{xlv}

В 1964-1965 гг. в процессе координации планов развития народного хозяйства стран-членов СЭВ на 1966-1970 гг. большое внимание оказывалось содействию в развитии внешней торговли стран-членов СЭВ как одному из важнейших средств подъема экономики, повышения жизненного уровня населения и укрепления международного сотрудничества. В этот период были заключены долгосрочные торговые соглашения стран-членов СЭВ на 1966-1970 гг., которые обеспечили значительный рост товарооборота, а по сравнению с периодом 1961-1965 гг. показали заметный рост: по СССР на 66%, по ГДР – на 39%.^{xlvi} В 1965 г. была обеспечена передача электроэнергии между энергосистемами Венгрии, ГДР, Польши, Румынии, СССР и Чехословакии в объеме 6 млрд. кВт*ч, что превысило объемы 1964 г. на 30%. Продолжалась подача нефти из СССР в ГДР и другие страны-члены СЭВ по нефтепроводу «Дружба», объемы которой возросли на 60% по сравнению с предыдущим периодом.^{xlvii}

С 1 января 1964 г. начало действовать Соглашение о многосторонних расчетах в переводных рублях, заключенное по решению XVIII Сессии СЭВ. Одновременно был создан Международный банк экономического сотрудничества, который стал центром международных расчетов в переводных рублях между странами-членами СЭВ.^{xlviii}

В 1964-1966 гг. в странах-членах СЭВ была разработана и начала применяться новая система управления и планирования народного хозяйства, которая в целом была направлена на повышение эффективности

общественного производства. За пятилетие 1960-1965 гг. произошло сокращение различий по объемам промышленной продукции в расчете на душу населения стран-членов СЭВ с 4,3 раза в 1960 г. до 3,3 раза в 1965 г. По мнению историка Б.В. Яблокова, применительно к ГДР успешная реализация новой экономической системы планирования и руководства народным хозяйством не только служила укреплению восточногерманской экономики, но и давала возможность руководству СЕПГ значительно повысить авторитет ГДР на мировой арене за счет использования механизмов экономической дипломатии.^{14a} В этой связи интересны материалы симпозиума представителей экономических кругов стран-членов СЭВ, состоявшегося в 1968 г. и посвященного новой системе управления внешней торговлей и ее первым результатам. Представитель ГДР В. Пецольд в своем выступлении констатировал, что внутренний рынок ГДР слишком узок для выполнения настоящих и будущих задач производственного роста экономики. По его мнению, необходима интеграция внешней экономики в единый процесс воспроизводства народного хозяйства с целью создания эффективной структуры народного хозяйства и обеспечения стабильного роста национального дохода.^{xlix} Этому в ГДР способствовали, по его мнению, реформа оптовых цен, расширение прав производственных предприятий, которые, участвуя в экспортных поставках, могли получить часть валютных поступлений и использовать их для модернизации предприятия, а также практика перспективного планирования, основанная на научном прогнозе. В выступлении было отмечено, что ГДР не видит необходимости противопоставления категорий «план» и «рынок». Решающим фактором в этом организационном единстве двух начал он объявлял общественное планирование и основанную на нем рациональную организацию народного хозяйства, соответствующую развитой социалистической экономике. Среди новаторских мер была также представлена идея хозрасчета, повышения заинтересованности предприятий в получении финансовой прибыли и многое другое.¹

Его идеи поддерживались в выступлениях коллег из ЧССР и ВНР. Так Представитель ЧССР Ф. Гайдук заявил, что собравшиеся на симпозиуме, прежде всего, стремятся к мобилизации всех сил экономического роста, которые еще не раскрыты. Одним из факторов прогрессивного развития он видел установление прямых экономических связей между предприятиями стран-членов СЭВ и устранение административных препятствий к их установлению. В докладе Ф. Гаидука идея гармоничного сочетания плана и рынка также подводилась к объективному характеру существования внутренней ценовой системы, которая не может механически приспособливаться к ценам внешней торговли.ⁱⁱ

В докладе представителя СССР Г. Попова также говорилось о хозяйственной реформе, проводимой в СССР по решению октябрьского Пленума ЦК КПСС (1964 г.). Однако, характеризуя ее суть, Г. Попов подчеркивал, что совершенствование организационных форм ведения внешней торговли проводится на единственно возможной основе – строжайшего соблюдения государственной социалистической монополии. По-прежнему, по одному товару на внешнем рынке может выступать только одна советская государственная организация. Он также констатировал имеющий место в СССР перенос центра тяжести с административных методов руководства на экономические и использование таких категорий социалистического товарного производства, как прибыль, цена, кредит, зарплата, хозрасчет и т.д. Как видим, понятие «рынок» не входило в повестку дня для специалистов СССР даже в плане дискуссионного выступления.

В рекомендациях симпозиума не содержится данных в поддержку высказанных мнений представителями ГДР, ЧССР, ВНР о применении категорий рынка во внешнеторговой политике. Порядок внешнеторговых отношений в виде двусторонних и многосторонних соглашений о поставках был сохранен. Вместе с тем, наступил период создания международных внешнеторговых объединений по отраслевому принципу,

которые приобрели более широкие права в организации внешней торговли внутри СЭВ.

Работа СЭВ с международными организациями и борьба против дискриминации ГДР на международной арене.

Постоянная комиссия СЭВ по внешней торговле, образованная в 1956 г. по решению VII Сессии СЭВ, в своей деятельности строго соблюдала принцип осуждения политики торговой дискриминации по отношению к другим странам: в частности, страны-члены СЭВ не были ограждены от других стран особыми таможенными барьерами, не имели во взаимной торговле (т.е. торговле внутри СЭВ) никаких таможенных преференций, в своих торговых отношениях с другими странами исходили из единого принципа, что международное социалистическое разделение труда строится с учетом всемирного разделения труда.^{lii}

В этой связи следует отметить особый характер работы СЭВ в лице Комиссии по внешней торговле по изучению конъюнктуры капиталистического хозяйства и перспектив его развития. В рамках СЭВ ежегодно проводились экономические совещания представителей внешнеторговых и научно-исследовательских органов стран-участников Совета и СФРЮ, где рассматривались вопросы влияния изменяющейся конъюнктуры капиталистического хозяйства на условия торгово-экономического развития стран-членов СЭВ.^{liii}

С созданием в 1964 г. Конференции ООН по торговле и развитию (ЮНКТАД), органа Генеральной Ассамблеи ООН, дискуссии о развитии равных условий торговли для стран с разными социально-экономическим устройством становятся весьма актуальными. Эта площадка стала для СЭВ местом постановки вопросов о снятии дискриминационных ограничений и создании благоприятного климата торговли для стран-членов СЭВ и особенно для ГДР, которая не была принята в состав ЮНКТАД в связи с неопределенностью ее статуса в глазах США и Европейского сообщества.

В фонде СЭВ сохранилась Памятная записка о беседе Секретаря Совета Н. Фаддеева с Генеральным секретарем Конференции ООН по торговле и развитию (ЮНКТАД) Р. Пребишем. В записке отражена дискуссия господина Н. Фаддеева по поводу упоминания в докладе на IV Сессии Совета ЮНКТАД в августе 1966 г. ГДР как Восточной Германии, в то время, как Западная Германия именовалась как ФРГ. При этом Н. Фаддеев указал, что широко известна значительная роль ГДР в Европе как высокоразвитого в экономическом и политическом отношении государства и непризнание ее суверенитета, в какой бы форме это ни выразалось, не может рассматриваться иначе, как дискриминация.^{liv}

Р. Пребиш сообщил Н. Фаддееву, что термин «Восточная Германия» установлен справочником Генерального Секретариата ООН, но ЮНКТАД формирует свои взгляды на эту проблему и будет докладывать их Секретариату ООН. Также он отметил, что впервые в докладе назвал страны с центрально-планируемой экономикой социалистическими странами, чем вызвал возражения со стороны западных стран.^{lv}

Дискуссии по ситуации с непризнанием ГДР и невключением ее в члены ЮНКТАД отражены во многих источниках фонда СЭВ. Этот вопрос стал предметом для обсуждения на IX Сессии экономического совещания представителей внешнеторговых и научно-исследовательских учреждений стран-членов СЭВ в Софии в 1968 г. На совещании много внимания было уделено повышению влияния мировой социалистической системы на мировую экономику и международную торговлю, также констатировалась окончательная утрата капиталистическими государствами монополии на рынках сырья и оборудования, в сфере технической и научной помощи развивающимся странам, предоставлении кредитов и льготных условиях кредитования.

В дискуссии участвовали представители всех стран-членов СЭВ, в том числе представители ГДР, которые высказывались по поводу буржуазной теории роста экономики и современных факторов влияния на мировое экономическое развитие.

В свете развития взаимоотношений с ЮНКТАД примечателен документ, подготовленный Советом министров ГДР и Министерством внешней и внутригерманской торговли к докладу Генерального Секретаря ЮНКТАД на тему: «Осуществление рекомендаций I заседания Конференции ООН по торговле и развитию от 16 апреля 1966 г.».²³ В нем дается полная характеристика экономического развития ГДР за 1965 г. и сообщается о внедрении в ГДР Новой экономической системы планирования и руководства, что позволило стране расширить внешнеторговый оборот, достигший в 1965 г. 24,3 млн. нем. марок (5.8 млн. американских долларов), в том числе экспорт – 12,7 млн. нем. марок и импорт – 11,6 млн. нем. марок.²⁴ Примерно $\frac{3}{4}$ объемов внешней торговли ГДР составляла торговля с социалистическими странами.

Несмотря на факторы развития внешнеторгового оборота ГДР, в том числе и с ФРГ, продолжалась политика дискриминационных мер в отношении ГДР со стороны Запада и наказания тех стран ЕЭС, которые осмеливались торговать с ГДР. К примеру, в мае 1966 г. под давлением ФРГ Совет Министров ЕЭС принял решение о том, что в случае экспорта в ГДР какой-либо страной ЕЭС сельскохозяйственных продуктов, эта страна «общего рынка» не имеет права субсидировать такой экспорт из Сельскохозяйственного фонда ЕЭС²⁵ и будет нести финансовые потери. Кроме того, по единственному долгосрочному торговому соглашению между ГДР и Финляндией на 1966-1968 гг. и торговыми протоколами около 80% финского импорта из ГДР было ограничено, в том числе ввоз из ГДР текстильных товаров, некоторых сортов стали и т.д.²⁶

Страны-члены СЭВ совместно выступали за снятие дискриминационных ограничений с ГДР. На IV Сессии Совета по торговле и развитию, которая проходила в Женеве с 30 августа по 24 сентября 1966 г. при участии 54 стран, все делегации стран-членов СЭВ (НРБ, ВНР, ПНР, СРР, СССР, ЧССР) заявили о необходимости принятия ГДР в члены Конференции ООН по торговле и развитию (ЮНКТАД). Эксперты из ГДР присутствовали на заседаниях Совета в неофициальном порядке.²⁷

Действительно, объемы товарооборота стран-участниц СЭВ в 1960-е гг. динамично повышались, составляя в международном торговом обороте в 1967 г. – 10,3%. Особенно быстрыми темпами росла так называемая «взаимная торговля», оборот внутри стран-участниц СЭВ в 1967 г. вырос в 5,5 раза по сравнению с 1950 г. и превысил 25 млрд. руб.²⁸ При этом оборот торговли со странами-членами СЭВ вырос за этот период в ГДР в 7,4 раза. В 1951-1967 гг. оборот торговли между СССР и ГДР увеличился в 8,2 раза и составил более 2,5 млрд. руб., что почти в 2 раза превысило оборот торговли между Англией и ФРГ.²⁹ Эти данные содержались в докладе Н. Патоличева, председателя ПК СЭВ по внешней торговле, посвященном 20-летию сотрудничества стран-членов СЭВ в области внешней торговли.

Таким образом, к концу 1960-х гг. ГДР достигла высоких показателей в области внешней торговли: являясь одной из активных участниц потребления энергетических ресурсов из СССР, развивая торговые контакты с ФРГ и другими западными странами, участвуя в оказании помощи развивающимся странам и являясь страной опережающего экспорта над импортом, ГДР была достойна занимать свое место в ООН. Политические дискриминационные меры были сняты только в сентябре 1973 г., когда ГДР и ФРГ были приняты в ООН и стали полноправными членами всех организаций ООН, в том числе и ЮНКТАД. Этому событию предшествовала длительная дипломатическая работа: подписание 12 августа 1970 г. Московского договора между СССР и ФРГ, Договора об основах отношений между ГДР и ФРГ от 21 декабря 1972 г. Работа в рамках СЭВ также должна быть учтена в общем итоге.

В 1968 г. на совещании экспертов стран-членов СЭВ был рассмотрен вопрос «О разработке внешнеторговых проблем, связанных с дальнейшим совершенствованием и личным использованием преимуществ системы многосторонних расчетов в переводных рублях между странами-членами СЭВ и развитием деятельности МБЭС». Было отмечено, что система многосторонних расчетов создала определенные возможности для

многостороннего балансирования поступлений и платежей по взаимным обязательствам. Эта система предусматривала возможность использовать средства в переводных рублях для платежей в любой стране-члене МБЭС, не требуя достижения двустороннего равенства поставок между каждыми двумя странами. По мнению СССР и ГДР, это могло быть использовано более активно путем согласования странами-членами СЭВ направлений хозяйственного развития, координации более крупных капитальных вложений международного масштаба с целью установления длительных и устойчивых производственных связей и рационального использования производительных сил отдельных стран и содружества в целом. Ставились вопросы о целесообразности повышения роли долгосрочных торговых соглашений по сравнению с годовыми протоколами и повышением периодов планирования.³⁰

Вопросом формирования оптимальных внешнеторговых цен было поручено заняться делегациям ГДР, НРБ и ЧССР, которые подготовили сводный доклад, где ГДР высказывалась за дальнейшее использование принципа «очищения» цен мирового рынка при использовании их как основы расчетов стран-членов СЭВ. Позиция СССР по этому вопросу была более скептическая; СССР считала понятие «выгодности взаимной торговли» только в сравнении с выгодностью торговли стран-членов СЭВ с капиталистическими странами.³¹

XXIII (специальная) Сессия СЭВ, принявшая решение о разработке Комплексной программы социалистической экономической интеграции, поставила вопрос о необходимости комплексного изучения вопроса совершенствования системы внешнеторговых цен в отношениях между странами-членами СЭВ при соблюдении условий взаимной выгоды. Среди документов Секретариата СЭВ много дискуссионных высказываний по теме определения критериев выгоды. Мнение ГДР было четко и определено: «Взаимная выгода будет обеспечиваться, если общее экономическое сотрудничество стран-членов СЭВ будет согласовано и координировано на базе социалистических производственных отношений

и в избранных областях будет планироваться на длительный период. Используя мировые цены, очищенные от конъюнктурных и циклических колебаний, следует учесть, что на процесс ценообразования непосредственно влияют... национальные интересы как страны-экспортера, так и страны-импортера. Таким образом, каждая из стран-членов СЭВ своим участием в торговом процессе определяет свою выгоду...»³²

Мнения СССР и ГДР по вопросам развития торговой и ценовой политики, как правило, были близки и отличались крупно поставленными целями и точными характеристиками, тогда как некоторые участники процесса обсуждения делали замечания, обращая внимание на формальную сторону вопроса и конъюнктурно направленные на интересы своих стран.

Документы Секретариата СЭВ показывают, что авторитет делегации ГДР постоянно возрастал, и важные вопросы международного сотрудничества часто передавались на рассмотрение ГДР. Став членом ООН и войдя в состав ЮНКТАД, ГДР участвовала в выработке политики взаимоотношений с этой организацией, считая ее подходящим органом для рассмотрения проблем торговых связей между странами с различными социально-экономическими системами, изучения вопроса экономических отношений между Востоком и Западом и соблюдения Общих принципов международной торговли и торговой политики I Сессии ЮНКТАД в международном экономическом сотрудничестве государств.³³

Делегация ГДР в Постоянной комиссии по внешней торговле пользовалась большим авторитетом, и, как правило, от ее лица чаще всего исходили предложения о характере взаимоотношений стран-членов СЭВ с капиталистическими странами, особенно совместных выступлений по отношению к США. Делегация ГДР считала, что необходимо более тесно увязывать координацию торговой политики с координацией коммерческой деятельности, а также с координацией пятилетних планов стран-членов СЭВ.³⁴

Советская сторона полагала, что для повышения эффективности торговли необходимо осуществление контроля за реализацией согласованных в рамках СЭВ торгово-политических мероприятий. Такой контроль, по мнению СССР, позволил бы оперативно выявлять недостатки в реализации совместных решений и способствовать повышению их эффективности. Секретариат СЭВ не имел полномочий контроля за торговыми взаимоотношениями стран-членов СЭВ со странами ЕЭС, то есть странами, входящими в Европейские сообщества, - ЕЭС, ЕОУС и Евратом, объединившихся в 1967 г. и называемых в литературе и архивных документах ЕЭС, на что обращает внимание М.А. Липкин.³⁵ В своей известной работе о сложном процессе поиска взаимопонимания СЭВ и ЕЭС в течение 70-х гг. XX в., в котором искомое так и не было достигнуто, М.А. Липкин неоднократно называет в роли посредников в длительных переговорах посла ГДР в Бельгии Хайнца Хоффманна и председателя Редакционной группы, созданной для выработки текста Соглашения между СЭВ и ЕЭС, Герхарда Вайса, заместителя председателя Совета Министров ГДР, которые во многом способствовали организации переговорного процесса и разрешению наиболее спорных вопросов будущего взаимодействия. Если СЭВ предлагал создать конкретный механизм взаимодействия – через создание Смешанной комиссии из представителей СЭВ и стран-членов СЭВ и из представителей ЕЭС и стран-членов ЕЭС, - то ЕЭС, в лице Комиссии ЕЭС, стремилось к установлению прямых двухсторонних отношений с каждой страной-членом противоположной организации. В дальнейшем, Герхард Вайс, Председатель Исполкома СЭВ, в письме Представителю Совета европейских сообществ Гастону Торну от 9 февраля 1976 г. прямо делал акцент, что главное в Соглашении СЭВ и ЕЭС – это улучшение условий торговли между странами-членами СЭВ и странами-членами ЕЭС. Однако на такие уступки Комиссия ЕЭС не была готова.

Долгая борьба за установление контактов СЭВ и ЕЭС не дала положительного результата, который был достигнут только в 1988 г. в

период перестройки и гласности в СССР. Однако в процессе долгой и упорной работы был осмыслен и введен в действие один основополагающий принцип – в 1979 г. были внесены изменения в Устав СЭВ, позволяющие отойти от принципа единогласия и обойти препятствие в лице румынской делегации, постоянно мешавшей ходу переговорного процесса с ЕЭС.³⁶

Торгово-экономические отношения СССР и ГДР внутри СЭВ в 1970-е гг. XX в.

Начало 70-х гг. XX в. явилось периодом перехода стран-членов СЭВ к еще более высокому уровню интеграции, кооперации и разделения труда в деятельности СЭВ по выполнению Комплексной программы социалистической экономической интеграции. Выступая на заседании XXVIII Сессии СЭВ в июне 1974 г., Председатель Правительства СССР А.Н. Косыгин назвал наиболее важные объекты совместного строительства стран-членов СЭВ, среди которых выделялось начало строительства Усть-Илимского целлюлозно-бумажного и Кiemбаевского асбестового комбинатов, подготовка Генерального соглашения о сотрудничестве в сооружении Оренбургского газопровода, строительство линии электропередач напряжением 750 кВт, создание новых международных хозяйственных объединений, таких как: «Интератомэнерго», «Интертекстильмаш», «Интерэлектро» и других. В докладе отмечалось, что глубина и темпы интеграционных процессов еще не соответствуют масштабу задач и возможности интеграционных процессов. А.Н. Косыгин сосредоточил внимание на проблемах развития топливно-энергетической базы и единой энергетической системы стран СЭВ, на координации действий социалистических стран в области внешней торговли, на интеграции в области машиностроения, особенно в области оборудования для атомных электростанций, а также необходимости повышения эффективности общественного производства на базе его всесторонней

интенсификации.³⁸ Именно интенсификация использования труда, капиталовложений, сырья, топлива и материалов должна была быть главным ориентиром в планах стран-членов СЭВ на 1976-1980 гг.

На XXVIII Сессии СЭВ А.Н. Косыгин заявил, что создание долговременной программы решения проблем ТЭБ стран-членов СЭВ стало первоочередной задачей. Появилась озабоченность в удовлетворении все возрастающего спроса на поставки нефти и газа во взаимной торговле сообщества. Представитель ГДР Г. Зиндерманн высказался в поддержку доклада А.Н. Косыгина и отметил, что ГДР поставила перед собой задачу снижения удельного расхода энергии по первичной энергии на 4,5%, а по энергии в промышленности – на 2%. Одновременно он высказался критически о наличии зависимости химической промышленности ГДР от поставок продукции капиталистических стран по завышенным ценам и необходимости изменить существующее положение, используя потенциал социалистических стран.³⁹

В 1974 г. в СЭВ поступили прогнозы развития химической промышленности ГДР, к общему плану развития химической промышленности стран-членов СЭВ на период 1976-1990 гг., а также пояснения к показателям по развитию нефтяной и газовой промышленности ГДР в периоде до 1990 г. В этих документах констатировалось, что до 1975 г. имеющиеся месторождения нефти в ГДР будут истощены, а природный газ характеризуется пониженным содержанием метана и может быть использован только в промышленных целях. Поэтому народное хозяйство ГДР заинтересовано в непрерывном приросте импорта нефти и природного газа в целях развития химической промышленности, металлургии, стекольной и керамической промышленности. В прогноз было включено 29 млн. т нефти и 11 млрд. м³ импортного природного газа.⁴⁰

В период представления странами-членами СЭВ потребностей топливно-энергетических ресурсов до 1990 г. только СССР показал покрытие своих потребностей за счет собственных ресурсов. Другие

страны-члены СЭВ планировали решать эту проблему через импорт, в том числе НРБ, ВНР, ГДР, ЧССР намечали импорт электричества, в основном из СССР, в объеме 32 млрд. кВт*ч⁴¹.

В марте 1975 г. в рамках Бюро Комитета СЭВ по сотрудничеству в области плановой деятельности состоялось совещание экспертов стран-членов СЭВ, на котором был рассмотрен проект Согласованного плана многосторонних интеграционных мероприятий на 1976-1980 гг. В этом плане объекты будущего строительства распределялись по всем странам, участникам строительства, с установлением видов поставок и сроков исполнения, указанием количества и цены.⁴² Например, по строительству Усть-Илимского целлюлозного завода ГДР должна была поставить машины и оборудование, в том числе: краны железнодорожные, краны дизельные, кабель силовой. Время строительства – 1974-1978 гг. Расчетная стоимость в переводных рублях составила 1156,5 млн. перевод. руб. Впоследствии на XXIX Сессии СЭВ в июне 1975 г. в докладе Председателя Госплана СССР Н.К. Байбакова отмечалось, что свои обязательства по поставкам на строительство Усть-Илимского целлюлозного завода полностью выполнили только ГДР и ВНР.⁴³

Идея повышения качественного уровня сотрудничества стран-членов СЭВ на основе Комплексной программы стала центральной на Совещании стран-членов СЭВ на высшем уровне, к которому все страны дали свои развернутые предложения. Постоянный представитель СССР в СЭВ М. Лесечко направил Н. Фаддееву предложения, в которых назывались наиболее острые проблемы совместного материального производства:

1. Обеспечение рациональных потребностей стран-членов СЭВ в основных видах энергии, топлива и сырья;
2. Согласованное развитие машиностроения на базе глубокой специализации и передовых технологий;
3. Удовлетворение населения стран-членов СЭВ в основных видах продовольствия (мясо, зерно и товары народного потребления).

С целью решения поставленных задач М. Лесечко предлагал разработку Программ на 10-15 лет, в которых должны быть просчитаны материальные и финансовые затраты, трудовые ресурсы. Данные Программы должны будут включаться в планы национальных экономик и стать основой многосторонних и двусторонних соглашений.

Со стороны ГДР постоянным представителем в СЭВ господином Г. Вайсом была представлена очень подробная и детализированная программа по совершенствованию социалистической интеграции. В предложениях ГДР констатировалось, что рост товарооборота со странами-членами СЭВ вырос у ГДР с 5,7 млрд. руб. в 1970 г. до 10 млрд. руб. в 1974 г. В предложениях ГДР большое внимание уделялось всемерному развитию научно-технического прогресса, и предлагалась новая линия углубления сотрудничества путем перехода к разработке совместных долгосрочных концепций развития избранных отраслей, прежде всего: энергетического хозяйства, черной металлургии, цветной металлургии, химической промышленности, машиностроения, сельскохозяйственного производства и пищевой промышленности.⁴⁴

Важным элементом предложений ГДР было заявление о том, что совместные долгосрочные концепции развития должны стать составной частью согласованного плана многосторонних интеграционных мероприятий стран-членов СЭВ, который превратится в обязательный коллективный плановый инструмент на длительный период, то есть обеспечит перманентную плановую деятельность внутри СЭВ. Таким образом, переплетение национальных экономик стран-членов СЭВ обеспечивалось бы максимально сближенным планированием и увязкой Согласованного плана интеграционных мероприятий с планами народного хозяйства всех стран. Кроме этого ГДР выступала за формирование интегрированного топливно-энергетического хозяйства и ставила перед Комитетом СЭВ по сотрудничеству в области плановой деятельности вопрос: готов ли СССР к дальнейшему увеличению поставок и транспортировки нефти и природного газа в заинтересованные страны.

Содержание предложений ГДР во многом было созвучно предложениям СССР, но в них ощущалось настойчивое беспокойство об обеспечении сырьевыми и энергетическими ресурсами своей динамично развивающейся экономики и пути решения этих насущных проблем в перспективе.

В этой связи интерес представляет позиция СРР, как наиболее слабой экономики в рамках СЭВ. Румынская сторона предлагала осуществить «Программу мероприятий по постепенному выравниванию уровней экономического развития стран-членов СЭВ». При этом обращалось внимание на создание льготных условий для обеспечения менее развитых стран сырьем, топливом, энергией, научно-технической помощью и т.д.⁴⁵ Таким образом, мы видим, что каждая страна-участница сотрудничества имела свои четко выраженные интересы, диапазон которых был достаточно широк и подлежит конкретному исследованию.

Постоянная Комиссия СЭВ по внешней торговле постоянно контролировала выполнение обязательств по поставке товаров стран-членов СЭВ. ГДР, остро нуждающаяся в сырьевых товарах из СССР, стремилась точно исполнять свои обязательства и согласовывала заявки на заключение годовых протоколов заблаговременно.⁴⁶ В 1977 г. ГДР выполнила обязательств на 218,0 млн. руб. В целом страны-члены СЭВ выполняли свои обязательства, но некоторые недостатки имелись у всех стран, в том числе и у ГДР.

Проектируя свое развитие на 1980 г., ГДР предполагала потребить 138 млн. т условного топлива. Из этого количества на уголь выпадало 84,5 млн. т условного топлива, на нефть и газ – 44,5 млн. т условного топлива против 14,3 млн. т в 1970 г. Предполагалась выработка электроэнергии на атомных электростанциях, которая заменит 3,9 млн. т условного топлива.⁴⁷

В 80-е гг. XX в. ГДР оставалась передовой экономикой в рамках СЭВ, разделяла курс развития экономического сотрудничества, проводимый СЭВ, и выступала за формирование объединенного рынка стран-членов СЭВ и введение конвертируемых валют. На 44 Сессии СЭВ в

июле 1988 г. в выступлении В. Штофа содержалась положительная оценка деятельности СЭВ и отмечалось, что интенсификация с начала 70-х гг. получила всесторонний и длительный характер. С удовлетворением отмечался углубляющийся рост сотрудничества между ГДР и СССР. В рамках 130 согласованных на договорной основе прямых связей между комбинатами ГДР и производственными объединениями СССР решались крупномасштабные научно-технические задания Комплексной программы. Экспорт в СССР изделий металлообрабатывающей промышленности достиг в 1988 г. 50% от поставок других стран СЭВ.

ГДР выступала за полноценную увязку международного сотрудничества с процессом планирования в отдельных странах СЭВ. План интеграции и исходящие из него интернациональные обязательства рассматривались в ГДР как приоритетные, так как переплетение экономик требовало, по мнению ГДР, повышения надежности и стабильности взаимных отношений внутри СЭВ.⁴⁹

В то же время в торговой практике стран-членов СЭВ в 1970-е гг. продолжалось увеличение удельного веса стран «общего рынка» во внешнеторговом обороте: в 1960 г. он составлял – 12%, в 1970 г. – 14%, в 1976 г. – 16%. В товарообороте ГДР этот процент равнялся 15%, в СССР – 16%. Из стран ЕЭС главным партнером стран-членов СЭВ являлась ФРГ. Однако по темпам роста торговли первое место в 1970-1976 гг. заняла Франция.⁵⁰ Структура ввоза товаров странами ЕЭС из стран-членов СЭВ была различна: импорт из СССР в 1975 г. составлял 56% и был представлен минеральным сырьем и топливом, 23% падало на промышленное сырье, 2% - на продовольствие; импорт из ГДР составляли готовые изделия и полуфабрикаты. Торговля с капиталистическими странами давала твердую валюту, доступ к технологиям и дефицитным потребительским товарам, при том, что экспорт на западные рынки был ограничен.

Сырьевой перекоп советского экспорта был очевиден, запасы ТЭР истощались, были необходимы серьезные финансовые расходы по

разработке новых месторождений нефти и газа, строительству газопроводов и нефтеперерабатывающих предприятий.

Наступившая в СССР эпоха пересмотра политического и экономического курсов, называемая периодом перестройки и гласности, стала одной из причин изменения стратегического курса СЭВ. На 44 Сессии СЭВ в докладе Председателя Совета Министров СССР Н.И. Рыжкова впервые была высказана мысль, что сложившаяся экстенсивная модель разделения труда стран-членов СЭВ исчерпала свои возможности. До недопустимо низкого уровня упала динамика взаимной торговли: с 1985 г. общая стоимость поставок между странами увеличилась лишь на 4%.⁵¹ Выход из ситуации виделся в перестройке механизма многостороннего сотрудничества на основе более широкого использования экономических методов и инструментов, создания условий для развития прямых связей и взаимной обратимости национальных валют. Несмотря на принятие мер по структурной перестройке СЭВ и изменению структуры внешнеторгового обмена, политические процессы, охватывающие страны Восточной Европы, привели к осознанию у стран-членов СЭВ необходимости дальнейшего сотрудничества в рамках СЭВ. Делегация ГДР не присутствовала на 46 заключительном заседании стран-членов СЭВ 28 июня 1991 г. Ее дальнейшее развитие состоялось в составе объединенной Германии, что открыло новую страницу в истории немецкого народа. В составе СЭВ ГДР выросла в высокоразвитую экономику, основанную на интенсификации и наукоемкости производства, в то же время зависимую от сырьевых поставок из СССР и вынужденную к соблюдению общих политических и экономических правил взаимодействия внутри СЭВ.

ⁱ М. И. Семиряга: Как мы управляли Германией, М. 1995, с.112. https://dom-knig.com/read_229494-30#, gelesen am 3. 6. 2019.

ⁱⁱ https://bigenc.ru/world_history/text/3589289, gelesen am 29.5. 2019.

ⁱⁱⁱ www.agehistory-ru/ages-796-2, gelesen am 2. 5.2019.

^{iv} Sabine Gruler und Kirsten Wagner verantworten die Texte auf <http://www.zeitklicks.de/ddr/zeitklicks>, gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie von der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien. In darauf aufbauende Ausstellungstexten für Kleinkinder heißt es: „In der Landwirtschaft wurden *die Bauern* enteignet und staatliche Betriebe geschaffen. Dies nannte man `Bodenreform`. *Jeder Bauer sollte sein Land abgeben* und somit einen Teil zum Sozialismus beitragen. Einige Landbesitzer wurden auch zwangsweise enteignet, das heißt, sie wurden nicht gefragt. Als Begründung gab man an, in den Kriegsjahren mit den Nationalsozialisten kooperiert zu haben. Die enteigneten Bauernhöfe wurden staatlich zusammengeführt.“- Quelle PRÜFEN

^v Siegfried Kuntsche, Bodenreform in einem Kernland des Großgrundbesitzes, in: Hans Modrow, Hans Watzek (Hrsg.), *Junkerland in Bauernhand. Die deutsche Bodenreform und ihre Folgen*, S. 99-127, hier S. 104-108.

^{vi} Siehe die Erinnerungen Anton Ackermanns, „zur Frage über das Zustandekommen des Aufrufs der KPD vom 11. 6. 1945, Protokoll einer mündlichen Darstellung, gez. Ackermann, 8.7.1964, BArch, SgY 30/1291/3, Bl. 428. Siehe auch Jochen Laufer, *Die UdSSR und die Einleitung der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone*, in: Arnd Bauerkämper (Hrsg.), „Junkerland in Bauernhand“. Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, Stuttgart 1996, S. 21-35, hier S. 22.

^{vii} Aktionsprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie, Entwürfe vom Oktober 1944, in: Peter Erler, Horst Laude, Manfred Wilke (Hrsg.), „Nach Hitler kommen wir“. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, S. 241f., 245.

^{viii} Aktionsprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie, Entwurf von Ende 1944, in: ebenda, S. 295f.

^{ix} Agrarpolitik des Blocks der kämpferischen Demokratie, Ausarbeitung Edwin Hoernles, 4.2.1945, in: ebenda, S. 311-328, hier S. 311, 318, 322f.

^x Erinnerungen Anton Ackermanns, BArch, SAPMO, SgY30/1291/3, Bl.428 (wie Anm. 6) .

^{xi} Schreiben Semenovs an Schukow, 28.8. 1945, BArch, Z47F, R-7317/36/4/ Bl. 6-10. Laufer fand einen Entwurf im Archiv des sowjetischen Außenministeriums, offenbar undatiert, weitgehend identisch mit der bekannten deutschen Verordnung aus Sachsen-Anhalt. Direktive und Instruktionen sind bislang nicht erschlossen.

^{xii} Siehe Laufer, *Die UdSSR und die Einleitung der Bodenreform*, S. 25. Der Vorschlag der 50 ha Betriebsgrößengrenze ist noch immer nicht belegt und findet sich nur in den Erinnerungen von Politberater Semenov. Der wiederum hatte als „Verfasser“ des Reformentwurfes allen Grund, „radikalere“ KPD-Planungen vorzuschieben. Vgl. Semenov, *Von Stalin bis Gorbatschow, ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission*, Berlin 1995, S. 237.

^{xiii} Andreas Malycha, *Privatbäuerliche oder staatliche Landwirtschaft? Die Auseinandersetzungen über die Bodenreform zwischen SPD und KPD in der Sowjetischen Besatzungszone im Sommer/Herbst 1945*, in *Bauerkämper, Junkerland*, S. 37-49

^{xiv} Molotov und Vysinskij an Stalin, 20.8.1945, in: J. P. Laufer, Georgij P. Kynin: *Die UdSSR und die deutsch Frage 1941-1948, Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation*, Bd. 2, Berlin 2004, S.96-98, hier s. 96. Dass die Waldflächen nicht aufzuteilen sind, wie es hier hieß, wurde bald korrigiert, vermutlich auf Anregung Politberater Semenovs. Vgl. *Russische Ausgabe der Dokumentation*, Bd. 2, S...

^{xv} 1946 stand für die SED fest: Während sich im Jahr 1913 von 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche 192 Menschen ernähren mussten (deutscher Durchschnitt), waren es 1946 in der SBZ 278. Sicherung der Volksernährung, Sekretariat Merker, o. D. [1946], BArch, DY 30/IV 2/2.022/63, Bl. 16.

^{xvi} Bei einem Wechselkurs 1: 4,20 wären das - nur aus der SBZ und nur in einem Jahr - das zusammen 3,14 Milliarden US-Dollar gewesen oder ein Drittel aller für die UdSSR geforderter Reparationszahlungen.

^{xvii} SMAD-Halbjahresbericht Juli bis Dez. 1945, 8.1.1946, GARF, R-7317/7/15, Bl. 53f.

^{xviii} Pavel Knyschewskij zitiert aus einer geheimen Statistik, dass Trophäentruppen der Roten Armee 1945 u.a. für 30 Milliarden Rubel (= 5,7 Milliarden US-Dollar) Lebensmittel, darunter Getreide und Getreideprodukte (2,26 Mio t), Fleischerzeugnisse, tierisches Fett und Fisch (0,47 Mio t.), Zucker(0,39 Mio t), Kartoffeln und Gemüse (0,99 Mio t) sowie Spiritus (20 Mio l) aus besetzten Gebieten Europas requirierten und die Hälfte davon in die UdSSR abtransportierten. Кнышевский Павел: Добыча. Тайны германских репарации, М., 1994, с. 20.

^{xix} Beispiele bei Knyschewskij, Dobyca, S. 30.

^{xx} Rainer Karlsch, Allein Bezahlt?. Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945-53, Berlin 1993, S. 233.

^{xxi} Bericht des Präsidenten der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft Edwin Hoernle über die Beratung des Obersten SMAD-Chefs Sokolovskij mit den Präsidenten und Vizepräsidenten der Länder und Provinzen der SBZ am 28. 5.1946 in Berlin, BArch., DK 1, 8121, Bl. 1-11, auch DK 1, 7310, Bl. 140-150; auszugsweiser Abdruck (unter falschem Datum 28.3.1946) bei Foitzik: Sowjetische Kommandanturen (2015), S. 453-459. In der SBZ betrug der Stickstoffeinsatz im Durchschnitt 1946/47 nur 33% der Jahre 1938/39. Landwirtschaftsstatistik für Gen. Merker (SED), 1.4.1947, BArch, DY 30/IV 2/2.022/52 Bl. 85.

^{xxii} Ebenda.

^{xxiii} SMAD Befehle NR. 77, 78, 79, 80, 81 vom 13.3.1946, GARF, R-7317/8/4, Bl. 184-212; Schreiben der DZfV an die SMAD-Finanzverwaltung, 22.1.1947, BArch DC1/1805, nicht pag. .

^{xxiv} In die UdSSR geliefert wurden noch aus der Ernte 1945 außerplanmäßig Zucker, Spiritus und Stärkeprodukte, SMAD-Halbjahresbericht Juli bis Dez. 1945, 8.1.1946, GARF, R 7317/7/15, Bl.49.

^{xxv} Das Dokument stammt nicht vom 23. August (so bei Laufer), sondern vom 23. Juli 1945. Siehe Laufer, Die UdSSR und die Enteignung der Bodenreform, S. 25; ebenso in der Anm. 103 in: J. P. Laufer, Georgij P. Kynin: Die UdSSR und die deutsch Frage 1941-1948, Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, Bd. 2, Berlin 2004, S. 665. Das Dokument ist neuerdings im russischen Original zu lesen in : Sovetskaja Voennaja Administracija v Germanii 1945-1949 gg.- Ekonomiceskie aspekty dejatel'nosti, Sb. dokumentov, sostavitel' Viktor Knoll, Bd. 1 1945-47, Moskva 2016, S. 62-66.

^{xxvi} Beschluss Nr. 082 des Militärates der 1. Belorussischen Front, 3.6.1945, gez. Žukov/Telegin, Abschrift, BArch Z 47F, 7212/1/4, Bl.2-5; Teilkorrektur vom 31.7.1945, ebenda, Bl. 1.

^{xxvii} Laufer, Die UdSSR und die Einleitung der Bodenreform, S. 26.

^{xxviii} Reichssiedlungsgesetz, 11.8.1919, in: RGBl. 1919, 1429-1436; <https://www.gesetze-im-internet.de/rsiedlg/BJNR014290919.html>. Paragraf 12 beginnt: „In den Ansiedlungsbezirken, deren landwirtschaftliche Nutzfläche [...] zu mehr als 10 vom Hundert auf die Güter von 100 und mehr Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche (große Güter) entfällt, sind die Eigentümer dieser großen Güter zu Landlieferungsverbänden zusammenzuschließen;...“ Paragraf 27: „...Landwirtschaftlich genutzter Grundbesitz im Eigentume von Personen, deren gesamtes Eigentum dieser Art 100 Hektar nicht erreicht, darf zu Siedlungszwecken jedoch nicht enteignet werden.“

^{xxix} Bericht der SKK „Über die sozial-ökonomische Umgestaltung in der Landwirtschaft“, Auszug, o.D. [Anfang 1951], in Scherstjanoi, SED-Agrarpolitik, Dokumentenanhang auf CD, Dok. 8, S. 29; AVPRF , f. 0457g, o.3, p. 28, d. 1.

^{xxx} Siehe Christel Nehrig, Uckermärker Bauern in der Nachkriegszeit. Sozialhistorische Untersuchungen zur Lage von Neu- und Altbauern im Kreis Prenzlau 1945-1952, Berlin 1996.

^{xxxi} Siehe den Bestand der SMAD und der SMA im Bundesarchiv, übernommen als Kopie vom GARF.

^{xxxii} Dokumente des AKR, Stenogramme und Entwürfe.... , BArch, Z 47F, übernommen als Kopie vom AVPRF.

^{xxxiii} Vgl. Onlineportal zur deutschen Zeitgeschichte, Bundesarchiv, Stiftungen Deutsches Historisches Museum, Haus der Geschichte der Bundesrepublik, <https://www.hdg.de/lemo/kapitel/nachkriegsjahre/doppelte-staatsgruendung/anfaenge-der-planwirtschaft.html> (31.5.2019): Durch die Bodenreform sollte „eine intensive

Bewirtschaftung möglich werden, die die Ernährung der Bevölkerung sichert. Allerdings zeigt sich rasch, dass die Parzellen der einzelnen Bauern zu klein sind. Viele Kleinbauern fordern die Bildung von Genossenschaften.“

^{xxxiv} Zur Agrarfrage, Abt. Bodenordnung der Agrarpolit. Abt beim PV der SED, 7.3.1946, DY30/IV 2/2.0022/52, Bl. 39-45, hier Bl.42.

^{xxxv} Липкин М.А. «Мировой кооператив народов»: Совет экономической взаимопомощи, который пытался построить Н.С. Хрущев. В ж. Новый исторический вестник, № 954, 2017, с. 121-144; «Мы идем с открытым забралом на разговор с «Общим рынком»: История переговоров СЭВ и ЕЭС об основах отношений в 1972-1979 гг. В ж. Новый исторический вестник, № 4(58), 2018, с. 101-135; Попов А.А. Торгово-экономические отношения СССР со странами СЭВ во второй половине 1950-х гг.: *Magistra Vitae*: электронный журнал по историческим наукам и археологии, № 1, 2018, с. 79-84; Филитов А.М. Германия в советском внешнеполитическом планировании. 1941-1990. – М.: Наука, 2009, 333 с.; Яблоков Б.В. О роли «фактора ГДР» в политике разрядки. В ж. Вестник КГУ им. Н.А. Некрасова, №5, 2015, с. 44-49; Широков О.Н. Влияние «рыночного социализма» на развитие экономической интеграции стран-членов Совета экономической взаимопомощи. В ж. Вестник Саратовского университета, № 17(3), 2007, с. 35-38.

^{xxxvi} Яблоков Б.В. Там же. С. 44-49.

^{xxxvii} РГАЭ. Ф. 561. Оп. 2. Д. 9. ЛЛ. 119-136.

^{xxxviii} Там же. Оп. 1. Д. 80. ЛЛ. 30, 344 Д. 77. ЛЛ. 30-36.

^{xxxix} Там же. Оп. 17. Д. 6. ЛЛ. 39, 50, 60.

^{xl} Там же. Оп. 17. Д. 2. ЛЛ. 10-12.

^{xli} Там же. Оп. 17. Д. 10. ЛЛ. 18-20; Д. 9. Л. 11.

^{xlii} Там же. Оп. 14. Д. 8. Л. 120.

^{xliii} Там же. Оп. 21. Д. 1. Л. 95.

^{xliv} Там же. Оп. 21. Д. 15. Л. 15.

^{xliv} Там же. Оп. 21. Д. 10. Л. 22.

^{xlvi} Там же. Оп. 17. Д. 26. Л. 25.

^{xlvii} Там же. Л. 26.

^{xlviii} Там же. Л. 27.

^{14a} Яблоков Б.В. Экономическая дипломатия ГДР 1963-1973 гг. В кн.

Обеспечение международной безопасности в условиях холодной войны: поиски согласованных подходов. Сб. научных статей. М., изд. «Весь мир», 2017, с. 315.

^{xlix} Там же. Оп. 17. Д. 45. Л. 49об.

^l Там же. Оп. 17. Д. 45. ЛЛ. 53-55.

^{li} Там же. Оп. 17. Д. 55. Л. 92об.

^{lii} Там же. Оп. 17. Д. 26. Л. 28.

^{liii} Там же. Оп. 17. Д. 42. ЛЛ. 50-59.

^{liv} Там же. Оп. 17. Д. 26. ЛЛ. 64-67.

^{lv} Там же.

²³ Там же. Оп. 17 Д. 30. ЛЛ. 11-26.

-
- ²⁴ Там же. Л 18.
- ²⁵ Там же. Оп. 17. Д. 26. Л. 74.
- ²⁶ Там же. Оп. 17. Д. 44. Л. 109.
- ²⁷ Там же. Оп. 17. Д. 27. Л. 87.
- ²⁸ Там же. Оп. 17. Д. 39. Л. 26.
- ²⁹ Там же. Оп. 17. Д. 39. ЛЛ. -25-36.
- ³⁰ Там же. Оп. 17. Д. 48. ЛЛ. 5, 6.
- ³¹ Там же. Оп. 17. Д. 83. ЛЛ. 11, 13.
- ³² Там же. Оп. 17. Д. 84. Л. 16.
- ³³ Там же. Оп. 60. Д. 105. ЛЛ. 154, 155.
- ³⁴ Там же. Оп. 61. Д. 117. Л. 103.
- ³⁵ Липкин М.А. «Мы идем с открытым забралом на разговор с «Общим рынком»: История переговоров СЭВ и ЕЭС об основах отношений в 1972-1979 гг. В ж. Новый исторический вестник, № 4(58), 2018, с. 101.
- ³⁶ Липкин М.А. Там же, с. 107, 112, 115, 116, 118, 128.
- ³⁸ РГАЭ. Ф. 561. Оп. 60. Д. 5. ЛЛ. 35-38.
- ³⁹ Там же. Оп. 60. Д. 5. Л. 110.
- ⁴⁰ Там же. Оп. 60. Д. 171. Л. 6.
- ⁴¹ Там же. Оп. 21. Д. 41. ЛЛ. 12, 13
- ⁴² Там же. Оп. 61. Д. 58. Л. 5.
- ⁴³ Там же. Оп. 61. Д. 4. Л. 19.
- ⁴⁴ Там же. Оп. 60. Д. 2. Л. 100.
- ⁴⁵ Там же. Оп. 60. Д. 2. Л. 238.
- ⁴⁶ Там же. Оп. 17. Д. 168. ЛЛ. 2-34.
- ⁴⁷ Там же. Оп. 21. Д. 15. Л. 23.
- ⁴⁹ Там же. Оп. 61. Д. 4. ЛЛ. 63, 64.
- ⁵⁰ Там же. Оп. 17. Д. 153. Л. 125.
- ⁵¹ Там же. Оп. 79. Д. 1. Л. 82.